

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:  
Leipzig, Landauer Straße 10/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13 008

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorkauf 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Landauer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Das Vorspiel von Basel.

Am nächsten Sonntag treten die Vertrauensmänner und Wortführer des internationalen Proletariats in Basel zusammen, um ihre Stimme gegen Krieg und Kriegsgefahr zu erheben. Ein Vorspiel zu dieser internationalen Aktion war der gestrige Tag. In allen Hauptstädten Europas trat gestern das Proletariat in machtvollen Demonstrationen zusammen, um der brüderlichen Solidarität der Unterdrückten aller Länder Ausdruck zu geben und ihrer Entschlossenheit, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Krieg zu verhindern. Deutsche Reichstagsabgeordnete waren nach Paris, London, Amsterdam und Budapest geeilt, um die Solidarität des deutschen Proletariats mit den Arbeitern anderer Länder in der Kriegssache zum Ausdruck zu bringen. Französische, englische und österreichische Parlamentarier kamen nach Berlin, um ihrerseits zu versichern, daß die Arbeiter ihrer Länder eines Sinnes mit der deutschen Arbeiterschaft sind. Mit lothendem Ingrimm verfolgten Regierungen und Kriegsinteressenten die energischen Willenserklärungen des Proletariats; und der kleine Polizeigewaltige Berlins, v. Jagow, war der Meinung, er könne die Demonstration schon dadurch wirkungslos machen, daß er den englischen und französischen Abgesandten verbot, in ihrer Muttersprache zu reden. Und daß er seine ganze Polizeigarde mit umgeheulanten Revolvern, die Schuppenfedern unterm Kinn, zu Fuß und zu Pferd, in die Straßenviertel warf, in denen die Versammlungen stattfanden.

In gewaltigen Massen strömten die Berliner Arbeiter nach den Versammlungsorten. Schon sehr früh mußten sämtliche Lokale abgesperrt werden; teilweise wurden die Versammlungen wegen des Andrangs der Massen in den Garten verlegt. Auf der Straße vor den Lokalen bildeten sich starke Ansammlungen der Tausende, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten. Unter der Führung von Polizei-offizieren zogen Polizeitruppen die Straße auf und ab und aßen dem Ganzen ein kriegerisches Bild. Ruhig hielten die Massen auf der Straße bis zum Schluß der Versammlung aus, um sich dann mit ihren Brüdern zu vereinen; aber die Arbeiter wahrten Disziplin. Es kam nirgends zu erheblichen Straßendemonstrationen. Einige größere Abteilungen, die in Seitenstraßen gedrängt wurden, sammelten sich wieder und zogen eine Stunde nach der Versammlung, Hochrufe auf den Frieden und das allgemeine Wahlrecht und die Sozialdemokratie ausbringend, durch die Straßen der Vorstädte. Vor der Brauerei Königsstadt im Schönhauser Viertel hielt die Polizei für notwendig, sich für die ihr entgangene Arbeit durch Attaken auf harmlose Leute, die auf den Trottoirs das gewaltige Polizeiaufgebot bewunderten, zu entschädigen. Ein Polizeioffizier zu Pferde und hinter ihm eine ganze Anzahl berittener Polizisten, lenkten ihre Pferde direkt in das Publikum auf das Trottoir hinein, wodurch es allerdings beinahe zu ernstlichen Konflikten gekommen wäre.

In dem Nebenjaale der Neuen Welt sprachen Jaurès und Richard Fischer. Die Versammlung wurde eingeleitet durch ein vom Neufußler Männerchor vorgetragenes Lied mit dem stimmungsvollen Refrain: Ein Herz, ein Volk, ein Vaterland.

Zu einer kurzen Ansprache nahm dann der Reichstagsabgeordnete des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises, Richard Fischer, das Wort. Er erinnerte daran, daß im Jahre 1905 schon der jetzt vergessene Reichskanzler Fürst Bülow als Erzengel Michael dem französischen Sozialisten Jaurès das Paradies der Neuen Welt gesperrt habe. Heute habe nun der kleine Napoleon von Berlin, Polizeipräsident v. Jagow, den Staat durch das Sprachenverbot retten wollen. Erreicht sei damit, so führte Fischer unter der zustimmenden Heiterkeit der Versammelten aus, daß Jaurès statt in seiner Muttersprache in einem der ganzen Versammlung verständlichen Deutsch die Botschaft des Völkerfriedens verkünden werde.

Nun erhob sich Jaurès, von den Jubelrufen vieler Tausende begrüßt, zu seiner Rede. Mit einer martigen, den ganzen Saal durchdringenden Stimme verkündete er in einem für einen Franzosen überraschend klaren Deutsch der Versammlung die Botschaft von der Brüderlichkeit und den gemeinsamen großen Zielen des Proletariats aller Länder. Als er am Sonnabend die Kunstschätze des Alten Museums zu Berlin bewundert habe, sei ihm die Inschrift eines mittelalterlichen Bildes, Christi milites, Soldaten Christi, in die Augen gefallen. Wie dereinst die Christen, so fühlen sich heute die Sozialisten als Glieder eines Heeres, das gleichfalls der ganzen Menschheit diene, um sie einer schöneren Zukunft entgegenzuführen. Der Bourgeoisie

hüben und drüben zum Trotz, die im Kampf gegen die gewaltige Bewegung nichts anderes vermöge, als das alte Lied von der Vaterlandslosigkeit der proletarischen Kämpfer herzuheulen. Die Sozialdemokratie der Kulturwelt sehe, wie sich das Kriegsgewitter am Balkan entlade. Mit Unrecht suchten die Reaktionäre die Niederlage der Türkei dem dort erwachten Freiheitsgedanken zuzuschreiben. Nicht daß die Türken sich zur politischen Freiheit durchgerungen, sondern daß sie zu spät den Despotismus abgeschüttelt haben, sei ihr Unglück. Nachdem nun die Slawen über ihre einstigen Bezwingler den Sieg davongetragen, juche Oesterreich ihnen in den Arm zu fallen. Dasselbe Oesterreich, das seine eignen slawischen Völker so rücksichtslos unterdrücke, wie dies kaum die Türkei auf dem Gipfel ihrer Macht mit den Besiegten getan hätte. Mit dem Feuer eines Weltkrieges hätten die Herrschenden gespielt. Warum und mit welchen Folgen? Vielleicht damit, aller andern Greuel nicht zu gedenken, ihre Majestät, die Cholera, die sich den Balkanvölkern als Bundesgenossin zugesellt habe, ihre grausame Herrschaft über ganz Europa ausbreite? Mit der dynastischen Eroberungslust sei die kapitalistische Profitgier am Werke. Da heiße es wachsam sein, die Arbeiter aller Länder hätten die Aufgabe, den Kabinetten ein drohendes Halt entgegenzurufen, getreu der Losung des Proletariats: Frieden dem Volke, Krieg dem Kriege!

Mit diesen Worten, die die Versammlung zu brausenden Beifallsrufen begeisterten, schloß Jaurès seine Rede. Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen! riefen ihm die Teilnehmer zu, als er durch ihre Reihen schritt, um sich in ein andres Versammlungslotal zu begeben. — Reichstagsabgeordneter Richard Fischer geißelte hierauf noch einmal das Verhalten der Berliner Polizei, durch das unser französischer Genosse gezwungen worden sei, nach deutschen Ausdrücken zu ringen, um sich der Versammlung verständlich zu machen. Der Redner rollte dann in martiger Darstellung das Bild des Kriegsganges auf, geißelte die Unfähigkeit der Diplomatie und erinnerte eindringlich an die Pflicht des Proletariats, keinen andern Krieg zu führen, als den gegen Krieg, Hunger und Unterdrückung. Als dann der Vorsitzende die Versammelten ermahnt hatte, sich nicht durch das Verhalten der Polizei provozieren zu lassen, schloß ein Gesangsvortrag die eindrucksvolle Demonstration.

In der Versammlung im Friedrichshain sollten sprechen O'Grady (an Stelle Macdonalds) und Genosse Zubeil. Dem englischen Genossen war von Jagow der Mund verboten worden. Seine Rede wurde zu Beginn der Versammlung in deutscher Uebersetzung vorgetragen: Wenn ihm auch als Gast in Deutschland — man wisse nicht wie lange — das Reden verboten sei, so werde die Uebersetzung seiner Rede doch zeigen, daß die Arbeiter Großbritanniens von demselben Geiste befeelt sind, wie die deutschen. Auch die englischen Arbeiter seien der Ansicht, daß der Balkankrieg nicht die Knochen eines irischen Bauern und auch nicht die eines pommerischen Grenadiers wert sei. Auch im demokratisch regierten England habe das Volk keine Entscheidung über die Auslandspolitik; sie werde wohl im Parlamente diskutiert, das Parlament werde aber stets durch vorliegende Verträge vor fertige Tatsachen gestellt. Auch dort würden die Diplomaten, die die Geschichte des Landes leiten, nicht nach Können und Wissen ausgewählt, sondern Betterwirtschaft bringe sie ins Amt. Die diplomatischen Räte, die vielfach Konfusionsräte seien, brächten durch ihre „Diplomatie“ die Staaten ständig an den Abgrund des Krieges. Nur eines Zufalls, eines verrückten Einfalls dieser Herren bedürfe es, um einen Krieg heraufzubeschwören, der Europa im Blute erstickend lasse. Was in langen Jahren aufgebaut wurde, könne so im Augenblick zerstört werden. — Am Balkanstaat versuche jetzt jeder seinen Anteil zu erlangen. Gegen uns seien die Herrschenden, weil wir „teilen“ wollen; sie selbst aber seien jetzt daran, sich in die Balkanbeute zu teilen. Im Interesse der Panzerplattenpatrioten, nicht, wie angegeben, im Interesse der Nationen, gehe diese Teilung vor sich. — Die Völker in ihrer Einheit wollen den Frieden; deshalb rufe das Proletariat und die Sozialdemokratie: Vor keinem Mittel werde es zurücktreten, um den Völkerkrieg unmöglich zu machen; es werde sich nicht vorschreiben lassen, wie es sich zum Krüppel schiefen lasse! Das Proletariat werde darauf weiter hinarbeiten, daß dem politischen Freibeutertum Halt geboten werde. Es sei keine Utopie, auf dem Wege der Verständigung Kriege zu verhindern. In wirtschaftlichen Dingen geschähe das schon, also könne es auch auf politischem Gebiete geschehen. Die Arbeiter wollten die Verständigung. In diesem Sinne riefen auch sie: Nieder mit dem Kriege!

Die Rede O'Gradays wurde wiederholt mit lebhaftem Beifall und lang andauerndem Händeklatschen begleitet. — Der Vorsitzende ließ darauf dem englischen Genossen sagen, er möge dem irischen Proletariat mitteilen, auch das

deutsche Proletariat werde seine Pflicht tun, und, komme es, wie es wolle, gegen den Krieg sein; er soll den englischen Genossen sagen, welche Stimmung unter den deutschen Genossen herrsche. — Als O'Grady den Saal verließ, wurde er von lebhaften Hochrufen und Händeklatschen begleitet. Der Vorsitzende machte hierauf bekannt, daß, weil noch Tausende draußen warten, die keinen Einlaß in den Saal erlangen konnten, die Versammlung in den Garten verlegt werde.

Zu dem Riesengarten stand die Menge Kopf an Kopf. Hier sprach Friß Zubeil, der an O'Gradays Worte anknüpfte und von der schlauen deutschen Diplomatie eine gleiche Schilderung gab. Das internationale Proletariat habe vor zwei Jahren schon bewirkt, daß der Krieg unterblieb. Das Proletariat repräsentiere heute eine ungeheure Macht, dessen steigenden politischen Einfluß niemand leugnen könne. Es protestiere auch heute gegen die Kriegsgefahr, während sich keine bürgerliche Stimme gegen den drohenden Völkermord erhebe. Noch heute ständen wir friedlich beisammen, morgen könne die Welt in Flammen stehen. Das arbeitende Volk, das schon auf wirtschaftlichem Gebiete große Opfer bringe, müsse dann auch noch die Kriegsoffer bringen, im Interesse des Kapitals. Das verlange man von preussischen Arbeitern, die sonst rechtlos im Staate seien. — Im Interesse des Kaiserstaates Oesterreich würde kein Arbeiter die Luft verspüren; seine Knochen zu Marke zu tragen. Die Arbeiter würden alles daran setzen, durch ihren Willen die Regierungen zu zwingen, daß sie von ihrem Kriegsvorhaben ablassen. Der Arbeiter lasse sich heute nicht mehr als willenloses Vieh behandeln. Mit einem Appell an die Anwesenden, für die Stärkung unserer Kompagnien und die Regimenter so zu sorgen, wie die Mächte durch endlose Rüstungen für die Stärkung des Kaiserstaates sorgen, schloß Zubeil unter lebhaftem Beifall seine Rede. Nach kurzen Worten des Vorsitzenden ging die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie auseinander.

In den Germania-Sälen kritisierte einleitend Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt mit gelungenem Humor das Verhalten des Polizeipräsidenten Jagow, der da glaubte, der Demonstration Abbruch tun zu können, dadurch, daß er verbot, in einer fremden Sprache zu reden. Die bürgerliche Presse hat, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gehetzt und geschrikt, damit bekundend, daß ihr der Protest gegen den Krieg nicht angenehm ist. Der Frieden kann nur gesichert werden, wenn die Friedensbestrebungen vor die Massen getragen werden. Die Situation ist ernst. Die Großmächte, die den Frieden auf dem Balkan nicht erhalten konnten, werden auch nicht in der Lage sein, einen Weltkrieg zu verhindern. Der Zusammenbruch der Türkei könnte eigentlich für andre Staaten eine Warnung sein. Ein Staatswesen, an dem, wie in der Türkei, die Massen kein Interesse mehr haben, ist verloren. Was heute ein Weltkrieg an Opfern fordern würde, das kann selbst die kühnste Phantasie nicht ausmalen. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Klassen strebt die französische Arbeiterschaft ein Zusammengehen mit Deutschland an. Der Abscheu vor dem Zarismus, mit dem die herrschenden Klassen in Frankreich verbunden sind, ist dort bei der Arbeiterklasse genau so stark wie bei uns. Mit England ist gerade das Deutsche Reich wirtschaftlich so eng verbunden, daß ein Abbruch der Beziehungen für Deutschland eine Katastrophe bedeuten müßte. Die Aufwendungen für die Rüstungen lasse nicht allein kulturelle Aufgaben in den Hintergrund treten, sie reizen auch andre Staaten dazu, ihrerseits immer größere Rüstungen zu unternehmen. Die Haltung Oesterreichs, das wirklich an inneren Zwistigkeiten genug haben sollte, wirkt geradezu provozierend. Der Balkankrieg wird neue Entwicklungen heraufbeschwören, die Balkanvölker wechseln den Herrn, die sozialen Zustände bleiben aber genau so miserabel, wie sie bisher gewesen sind. Soll nun wegen der österreichischen Schruske, Serbien nicht ans Meer zu lassen, ein Weltbrand entzündet werden? Das wäre der Gipfel verbrecherischen Anstuns. Was in unserer Kraft steht, einen Krieg verhüten zu können, das soll geschehen. Das Proletariat verurteilt den Krieg und bekämpft die gewissenlosen Kriegsheher. (Stürmischer Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Kerner-Wien, bei seinem Erscheinen von stürmischem Beifall begrüßt, führte aus: Im Auftrag der österreichischen Sozialdemokratie überbringe ich Ihnen brüderliche Grüße. Wir stehen auf dem Boden des Friedens und werden nichts unversucht lassen, eine Eklärung des Weltfriedens hintanzuhalten. Wir haben in Oesterreich Kriegsheher, nicht viele, aber einflußreiche. In erster Linie die Kronprinzenpartei, die überall die Hand im Spiele haben möchte; dann die Christlichsozialen, die gehört haben, daß da unten in Albanien einige römisch-katholische Dörfer existieren und die nun der Meinung sind,

daß wir diese Dörfer haben müssen. Ferner die Gewaltigen des Bonkapitals, die es den Serben nicht vergehen können, daß sie ihre Kanonen nicht in Oesterreich, sondern in Frankreich gekauft haben. Die Junkerpolitik Oesterreichs und Ungarns hat zu dem Teil Schuld an der gegenwärtigen kritischen Situation. Unsere Junker sind nur noch auf den Profit bedacht. Seit Jahrzehnten haben sie die Einfuhr von Lebensmitteln vom Balkan unterbunden. Serbien wurde handelspolitisch so schlecht als möglich behandelt. Serbien ist im Ueberfluß der Lebensmittel, die dort erzeugt werden, fast kritisch; durch die Unmöglichkeit des Absatzes ist der serbische Bauer verarmt. Kein Wunder, wenn Serbien einen Ausweg nach dem Meere haben will, um die Möglichkeit zu gewinnen, seine Produkte absetzen zu können. Die Balkanpolitik Oesterreichs mußte die Balkanvölker reizen und damit den Frieden untergraben. Dem hat sich die österreichische Sozialdemokratie entgegen gestellt — nicht ohne Erfolg. Der österreichische sozialdemokratische Parteitag hat das Signal zu einer gewaltigen Protestbewegung gegeben, die in dem Satze gipfelt: „Die Hand vom Balkan“. Der Sandhaß ist nicht die Knochen eines einzigen europäischen Soldaten wert. Mit Erfolg hat die Sozialdemokratie auch in den Delegationen eingegriffen.

Der Balkan war von jeher der Wetterwinkel Europas; neben dem russischen Kubel rollte dort die österreichische Krone. Die verschiedensten Mächte warten schon längst auf das Absterben des „ranken Mannes“. Durch den Balkankrieg müssen sie nun sehen, wie das Erbe, auf das sie hoffen, von andern geteilt wird. Wir stehen auf dem Standpunkte: Der Balkan den Balkanvölkern. Wir in Oesterreich erzeugen Waren, die auf dem Balkan gebraucht werden, unsere Industrie wird dadurch einen gewaltigen Aufschwung nehmen. Umgekehrt werden auf dem Balkan Lebensmittel erzeugt, die wir in Oesterreich notwendig brauchen. In diesem Sinne wollen wir Serbien erobern, nicht aber mit den Waffen in der Hand, nicht durch die Unterdrückung des Volkes. Die österreichischen und die ungarischen Junker fürchten nichts so sehr, als das serbische Rind und das serbische Schwein. Ihr ganzes Sinnen und Trachten war schon immer darauf gerichtet, diese Erzeugnisse von Oesterreich fernzuhalten. Damit mußten die schärfsten Gegensätze geschaffen werden.

Serbien will einen Hafen am Adriatischen Meere; die österreichischen Patrioten behaupten, daß darin eine gewaltige Gefahr liege. Das Proletariat bestreitet die Wichtigkeit dessen und behauptet, daß für den österreichischen Widerspruch ganz andre Gründe maßgebend sind. Das Proletariat hat keine Lust, sich für die Interessen einer Handvoll Junker und Kapitalisten einfach morden zu lassen. Das Proletariat ist bereit, für seine Ideale in den Tod zu gehen, aber nicht für seine Unterdrücker die Kanonen aus dem Feuer zu holen. Die Welt des Kapitalismus ist nicht unsere Welt, der Tag wird kommen, wo Schluss gemacht wird mit dem System des Völkermords. Am Tage nach dem Kriege tritt eine andre Ordnung der Dinge in die Erscheinung. Das mögen sich die bürgerlichen Klassen gesagt sein lassen, das möge ihnen ein warnendes Symbol sein. Die Zukunft gehört dem Volk der Arbeit. (Stürmischer Beifall.)

In Kellers Festsälen, dem größten Versammlungssaal des Ostens, nahm als erster Redner der Genosse Haase das Wort. Zunächst rechnete er unter großem Beifall der Versammlung mit Herrn Jagow ab, der zu seinen früheren geflügelten Worten ein neues gefügt habe. Der „gewöhnlichen Kanaille“ wolle man verbieten, die internationale Politik zu beeinflussen; das solle der Diplomatie vorbehalten bleiben, die sich jetzt in ihrer ganzen Rasigkeit und Hölle zeige. Sodann geißelte der Redner die Haltung der Großmächte, die aus gegenseitigem Mißtrauen und Eigennutz zu keiner Verständigung kommen können, kennzeichnete die angeblichen „Lebensinteressen“ Oesterreichs und gab zum Schluss, fortwährend von dem Beifall der Versammelten unterbrochen, ein Bild von dem Jammer, dem Elend, den der Krieg auf dem Balkan hervorgerufen hat. Er schloß: Das internationale Proletariat müsse alles aufbieten, diesem Kriegsgreuel, verschärft durch Hunger, Pest und Cholera, ein Ende zu machen, das Morde nicht weitergreifen zu lassen. (Ungeheurer Beifall.)

Nach ihm kam der Genosse Jaurès, von der Menge mit tosendem Beifall begrüßt, zum Wort. Wenn der Polizeipräsident meinte, mit seinem Verbot besonders geschickt zu handeln, so irrte er sich. Im Gegenteil: Die mit dem Feuer der Begeisterung vorgetragene, scharf gemeißelte Sätze des Genossen Jaurès hätten durch die Uebersehung sicher viel an ihrer ursprünglichen Kraft eingebüßt. „Ich kann eure Gefühle verstehen — so sagte Jaurès — und ihr werdet mich verstehen. Wir haben dieselben Prinzipien, die gleiche Weltanschauung, dieselbe Taktik. Uns alle, das Proletariat aller Länder eint der gemeinsame Wunsch, den Frieden zu erhalten.“ Der Kapitalismus trage in seinem Schosse Krieg und Frieden, die Stimme des Weltproletariats müsse Protest einlegen gegen den Krieg, das Elend, die Ungerechtigkeit. Nur Toren oder Verbrecher vermöchten es, den Krieg als heilsam und nützlich zu preisen.

Der Beifall, den die Tausende der Rede des Genossen Jaurès spendeten, zeigte, wie sehr es ihm gelungen, das Herz der deutschen Zuhörer zu packen. Im Saal und auf der Straße wurden immer wieder von neuem Hochrufe auf ihn und den Genossen Haase ausgebracht. Genosse Hoffman schloß nach einigen kräftigen Worten die imposante Versammlung.

Im Gesellschaftshaus zu Moabit sprach als erster Redner der österreichische Reichsratsabgeordnete Renner unter dem tosenden Beifall der Versammelten. Seine Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit seiner Rede in den Germania-Sälen. — Als zweiter Redner sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Stadthagen. Redner beschäftigte sich ausführlich mit den Kriegen und Kriegsgefahren der letzten zehn Jahre. Alle haben dieselbe Ursache, den Imperialismus und das Expansionsbedürfnis der Kapitalisten. Aber alle die Kriege zeigen auch im Innern dieselben Folgeerscheinungen. Ob ein Krieg siegreich endet oder nicht, im Innern vollzieht sich mit Macht die soziale Revolution. Ein Krieg kann nur siegreich zu Ende geführt werden, wenn die große Masse des Volks mit Begeisterung bei der Sache ist. Ein Krieg, der bei den Massen des Volkes nicht populär ist, trägt den Keim der Niederlage schon bei Beginn in sich. Das zeigt sich mit aller Deutlichkeit im gegenwärtigen Krieg der Balkanvölker gegen die Türken. Die türkische Bevölkerung weiß, daß sie bei diesem Krieg nichts zu gewinnen hat. Es ist müßig zu unteruchen, ob etwa die Ausbildung der Truppen durch preussische Offiziere an der türkischen Niederlage Schuld trägt. Die Schuld liegt daran, daß man die große

Masse des türkischen Volkes ständig unterdrückt und ausgebeutet hat. Es ist nicht Freiheit, wenn die Arbeiter aller Länder einen Krieg auf alle Fälle verhindern wollen. Der Sozialismus will die Kultur, der Krieg ist Infanterie, ist Barbarei; die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben nicht das geringste Interesse, sich gegenseitig abzuschlachten. Sozial ist sicher, die Sozialdemokratie wird alle Mittel anwenden, um einen Krieg zu verhindern. Die Sozialdemokratie weiß aber auch, daß ein Krieg notwendig eine soziale Revolution im Innern zur Folge haben muß. — Nachdem Redner noch in großen Zügen die Notwendigkeit der immer eifrigeren Propaganda für den Sozialismus als dem Bringer einer Kultur nachgewiesen hatte, fand die gewaltige Kundgebung mit einem brausenden Hoch auf den Frieden und den Sozialismus ihr Ende.

Die Versammlung in der Brauerei Königstadt bot dasselbe Bild wie die übrigen. Reichstagsabgeordneter Büchner sprach als erster und bezeichnete es als Schande, daß es allein in Deutschland den Vertretern unserer ausländischen Arbeitsbrüder verwehrt sei, in ihrer Muttersprache zu reden. Aber den Protest der Arbeiter gegen die Anzettelung eines barbarischen Krieges kann die Polizei nicht verhindern. Die Sozialdemokratie hat keinen Feind außer dem gemeinsamen Feind aller Arbeiter, den internationalen Kapitalismus. Das Proletariat ist zu schade, um sein Blut und seine Knochen zu opfern für die Machtgelüste und Raubpolitik der bestehenden Klassen. Das Proletariat protestiert gegen einen Krieg um des Balkans willen, wie es protestiert hat gegen den italienischen Tripolisfeldzug und gegen einen etwaigen Krieg wegen Marokko. Die deutsche Regierung möchte sich gesagt sein lassen: die Arbeiter wollen keinen Krieg. Der Hebe sehen sie ihren unerschütterlichen Friedenswillen entgegen.

Redner muß hier abbrechen, da Genosse O'Grady erschienen ist. Unter lebhaftem Beifall begrüßt er die Versammelten, bedauernd, daß er gezwungen sei, einen andern für sich reden zu lassen. Seine Rede, die dann von Genossen Baumeister in deutscher Sprache vorgetragen wird, entfesselte stürmischen Beifall. Der Vorsitzende Genosse Henschel bat den Genossen O'Grady, den englischen Arbeitern die Grüße der Berliner Arbeitererschaft zu übermitteln. Dann setzte Genosse Büchner seine Rede unter andauerndem Beifall der Versammelten fort. Mit einem Hochruf auf die internationale Sozialdemokratie nahm die Versammlung ihr Ende.

In Hamburg fanden Sonntag vormittag zehn stark besuchte Volksversammlungen statt, die zwei größten im Gewerkschaftshaus und in Sagebiels Etablissement. Hier waren je 5000 Menschen versammelt. Der Genosse Spiedemann aus Rotterdam hielt eine mit lebhaftem Interesse und stürmischem Beifall ausgenommene Ansprache. Er erinnerte an die Fortschritte, die der Gedanke der internationalen Solidarität in allen Ländern gemacht habe, und begrüßte die deutschen Arbeiter als Vortrupp im Kampfe gegen die Kriegsgefahr. Hieran schloß sich das Referat eines Hamburger Genossen über den gegenwärtigen Stand der Balkanfrage. Einmütig wurde der vorgelegten Resolution zugestimmt. Sämtliche Versammlungen verliefen ohne Zwischenfall. Die Polizei ließ sich nicht sehen. Die tags zuvor erschienene Bekanntmachung, worin die Polizeibehörde mit Wassengewalt gedroht hatte, erwies sich als leere Drohung, die wirkungslos verpuffte.

In Altona sprach in einer Protestversammlung gegen den Krieg Genosse Adler-Kiel vor 6000 Zuhörern. Die Polizei hatte große Vorbereitungen getroffen, das Militär wurde in der Kaserne feldmarschmäßig bereit gehalten. Alles verlief ruhig.

In Hannover fanden 6 Versammlungen statt. Sämtliche Säle waren so überfüllt, daß auch noch die anliegenden Gärten und Höfe von dem gewaltigen Andrang der Massen besetzt werden mußten, und Tausende konnten trotzdem keinen Platz finden. Der Umarsch zu den Versammlungen geschah von den Bezirkslokalen aus, so daß die Polizei jedenfalls glaubte, es sei etwas Ungeheuerliches geplant. Für den Schluss der Versammlungen war ein riesiges Polizeiaufgebot mobil gemacht, das indes keine Arbeit fand.

In der Braunschweiger Protestversammlung fanden sich 4000 Personen ein. Die Resolution für den Völkerrfrieden fand einstimmige Annahme. Die gesamte Tag- und Nachtpolizei war mit umgeschuldeten Revolver zur Absperzung der Zugangsstraßen zum Schloß aufgebunden und demonstrierte so die drohende Kriegsgefahr der bewaffneten Macht gegen das arbeitende Volk. Die Polizei kam jedoch nicht dazu, von ihren Waffengeräten Gebrauch zu machen.

In Halle wurden im Volkspark zwei von mindestens 4000 Personen besuchte Versammlungen abgehalten, in welchen die Abgg. Kunert und Albrecht unter stürmischem Beifall gegen den Krieg sprachen. Ein starkes Polizeiaufgebot wartete vergeblich auf Arbeit.

#### Friedensdemonstrationen im Auslande.

Christiana. Die norwegische Arbeiterschaft demonstrierte am Sonntag im Zirkus Tivoli. Der riesige Raum war überfüllt. Tausende fanden keinen Platz mehr. Das Orchester des schwedischen Genossen Branting wurde enthusiastisch applaudiert. Eine Resolution, die die Solidarität des norwegischen Volkes mit der internationalen Sozialdemokratie im Kampf gegen den Krieg ausdrückt und betont, daß die Kriegursachen in kapitalistischen Erbsünden zu suchen seien, wurde einstimmig angenommen. Die Versammelten feierten dann noch die letzten norwegischen Wahlflüge und demonstrierten für die Verbrüderung der skandinavischen Arbeiter.

Die Manifestation gegen den Krieg in Prag war großartig. Unter fünf roten Fahnen vollzog sich ein Märsch von der Arbeiter über die Hauptstraße, die Ferdinandstraße und den Graben zum Volkshaus. Auf der Sophieninsel wurde eine Märschversammlung abgehalten, die mit Beflag der Internationale eröffnet wurde. Unter dem Vorsitz des ganzen Parteivorstandes sprach Troelstra aus Amsterdam und Reichstagsabgeordneter Tomashoff. Im Volkshaus sprachen Mitglieder des internationalen sozialistischen Bureau, Klemm und Soutup, vor 15000 Teilnehmern. Keinerlei Zwischenfälle waren zu verzeichnen.

In der Pariser Protestversammlung sprach Genosse Scheidemann vom deutschen Parteivorstand. Er erinnerte in seiner Rede daran, daß er vor Monaten in der Lage war, dem Pariser Proletariat mit den Grüßen der deutschen Arbeiter auch die frohe Nachricht von einem plänyenden Wahlsiege überbringen zu können. Heute sei der Anlaß seiner Anwesenheit die Sorge um den Weltfrieden. Nach einer kurzen Schilderung der Orientwirren schloß er weiter an:

Das Verderben nimmt seinen Lauf, und nichts bleibt uns übrig, als die Hoffnung, daß die furchtbaren Opfer dieses Kampfes auf dem Balkan nicht umsonst gebracht, daß dem schrecklichen Kriege nach

raschem Verlauf ein dauernder und sicherer Frieden folgen möge. Ich kann von dem Frieden als Deutscher nicht nur ruhig sprechen, ohne des Verhängnisses zu gedenken, das seit Jahrzehnten uns bedrückt, auch wie uns, verfolgt. Andre Völker haben miteinander Krieg geführt und Frieden geschlossen. Als ihre Verbundenen vernarrt waren, sah man sie als Bundesgenossen, als Freunde wieder vereint. Zwischen uns aber, Franzosen und Deutschen, liegt dank der Schuld der herrschenden Klassen auch heute noch der dumpfe Schatten verflörter Mißgunst. Der Frieden, in dem wir seit 40 Jahren leben, hat uns beiderseits die furchtbaren Mißgunst aufgebildet, war ein Zustand des gegenseitigen Mißtrauens, war ein gegenseitiges ängstliches Beobachten mit der Axt im Arm. Es schien nichts anders zu sein, wie der ewig vertagte, immer wieder hinauszugeschobene und doch stets aufs neue beschriebene Krieg. Es war der Krieg selbst, nicht geführt in offenen Schlachten, sondern durch unaussprechliche Intrigen, diplomatische Heberei, diplomatische Intrigen. Dieser 40-jährige „Frieden“ war ein Zustand gegen alle Forderungen der Vernunft und der geschichtlichen Notwendigkeit.

Vernunft und geschichtliche Notwendigkeit weisen unsere beiden Völker ihre Wege nicht gegeneinander, sondern nebeneinander. Kein lebendiges und nationales wirtschaftliches Interesse trennt Deutschland von Frankreich. Ich spreche nicht von der internationalen Solidarität des Proletariats, die so selbstverständlich ist, daß auch die Interessen und Konflikte der Herrschenden nicht imstande sind, sie zu erschüttern. Nein, ich spreche von den Interessen der herrschenden Klassen selbst und ich frage: Wo in der Welt besteht für die Kapitalisten Frankreich ein Grund, den Krieg gegen Deutschland zu wollen, und welcher Großindustrielle, welcher Bankier oder Großgrundbesitzer Deutschlands könnte, ohne völlig von Sinnen zu sein, den Krieg gegen Frankreich wünschen? Beide herrschenden Klassen, die deutsche wie die französische, können nur vom Frieden eine Förderung ihrer Interessen erwarten. Mehr noch, beide sind daran interessiert, bei der Regelung internationaler Fragen Hand in Hand zu arbeiten, um die Dinge zu ihrem gemeinsamen Nutzen gemeinsam zu ordnen. Das trifft nirgends mehr zu als jetzt, wo durch den Balkankrieg alle Fragen des Ostens aufgerollt sind und ihre endgültige Lösung fordern. Frankreichs und Deutschlands Situation im nahen Osten ist beinahe vollständig die gleiche. Frankreich und Deutschland können dort nur wirtschaftliche, nicht territoriale Interessen verfolgen. Die Kapitalisten beider Länder sind heute von der gleichen Sorge geplagt: Wer nach dem Verfall der Türkei die Zinsen der türkischen Staatsschuld den deutschen und französischen Gläubigern bezahlen soll?

Während alle geschichtliche Vernunft Frankreich und Deutschland das gemeinsame Amt des uneigennütigen Schiedsrichters und Friedensstifters zuweist, sehen wir Europa heute in zwei Lager gespalten; über dem einen flattert die französische Trikolore, über dem andern die deutsche Fahne. Die Dreibund, die Tripartente! Sont herausfordernd der Luft. Und die Meinung ist allgemein, daß die Tripartente nicht unternehmen kann, was der Dreibund nicht zu durchsetzen sucht, daß der Dreibund keinen Erfolg erringen kann, den die Tripartente nicht als Mißerfolg empfindet. Das kleinlich gehässige Spiel der Rivalitäten, seine Nichtigkeiten und Einzelheiten, schädigen die wirklichen Interessen der beiden Nationen kaum.

Wohin sie durch dieses System einer mehr als widersinnigen Bündnispolitik gelangt sind, haben die Ereignisse der letzten Tage mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Weil Serbien an der Adria einen Hafen haben will, den ihm Oesterreich nicht gönnt, droht Oesterreich Serbien mit Krieg. Serbien aber ist mit Ausland verbündet, und es entsteht die Gefahr, daß Ausland einen Angriff Oesterreichs auf Serbien mit einem Angriff auf Oesterreich beantwortet. Nun verpflichtet der Dreibundvertrag Deutschland, Oesterreich für den Fall, daß es von Ausland angegriffen wird, zu Hilfe zu kommen. Mit einem Angriff Deutschlands auf Ausland wäre aber der Bündnisfall für Frankreich gegeben. Dieses sollte dann dem bedrohten Verbündeten an der Adria zu Hilfe kommen.

Kann man sich etwas Bahuviegeres denken? Deutsche und Franzosen sollen einander die Hälse abschneiden, um einen Hafen an der Adria, den sie beide nicht kriegen können, den sie beide auch gar nicht haben wollen, der sie beide nicht mehr interessiert als die Berge auf dem Monde. Schon das Aussehen solcher absurder Möglichkeiten sollte Europa zeigen, in welchem schmachvollen Zustand es durch die Bündnispolitik seiner Diplomaten geraten ist. Wir, Franzosen, Engländer und Deutsche sind im Begriff, durch diese Bündnispolitik das Recht der nationalen Selbstbestimmung zu verlieren und in ein Souveränitätsverhältnis zu Ostbalkan herabzusinken. Die Oesterreich weiß, daß Deutschland lauzen; wenn Ausland kommandiert, soll Frankreich marschieren. Im Dreibund, wie in der Tripartente sind es die rückständigen Elemente, die die Führung an sich gerissen haben, und mit Frauen fragen wir uns, wohin diese Heise gehen soll.

Darum rufen wir internationalen Sozialisten: Los von diesen Bündnissen! Diese widerwärtige Zweiteilung muß ein Ende nehmen. Je schneller, um so besser. Dort unten heißt es jetzt: Der Balkan den Balkanvölkern. Hier bei uns muß es heißen: Europa den Europäern!

Frankreich, England und Deutschland vereint, können die Kultur Europas vor der Zerstörung retten, durch friedliche Ordnung der mit dem Balkankrieg aufgeworfenen Frage, jeder für sich mehr gewinnen, als durch zehn gewonnene Schlachten.

So sind wir zusammengekommen, um unsere Regierungen zu sagen, was nach unserer Ueberzeugung zu tun ihre Pflicht ist. Wir wissen nicht, ob es uns gelingen wird, sie durch unsere guten Gründe zu überzeugen, aber wir wissen, daß, wenn sie nicht hören, und wenn es anders kommt, als sie selbst hoffentlich wollen, dann wären sie die Verantwortlichen für die Ruinen der Zerstörung und für die Ströme vergossenen Blutes. Wir aber werden, solange wir atmen können, die Stimme der Vernunft und der Gerechtigkeit erheben.

Wir wollen keinen Krieg! Und gegen jene, die versuchen, uns in die Bestialität hinabzuführen, werden wir uns wehren mit dem Rute der Verzweiflung. Die deutschen Arbeiter, die deutschen Sozialisten, achten und lieben Euch Sozialisten Frankreichs als ihre Brüder! Sie wollen nicht auf Euch schießen, sie wollen Euch vielmehr als Freunde und Bundesgenossen begrüßen! Laßt uns gemeinsam in den Kampf ziehen: Für den Fortschritt des Menschengeschlechts! Für die Freiheit der Arbeit! Für den Frieden der Welt!

In Amsterdam verlief die Friedensdemonstration ebenfalls glänzend. Der größte Saal Amsterdams war überfüllt, und es mußte eine zweite Versammlung anberaumt werden, die ebenfalls überfüllt war. Mehr als 5000 Besucher waren anwesend, und mehr als 10000 Arbeiter aus dem Lande waren vertreten. Es sprachen Rotterdam-Berlin, Devienne-Brüssel, Adler-Wien, Mendels-Amsterdam unter tosendem Beifall der Versammelten.

Wie man benutzert. Das Volkliche Bureau bringt aus Paris folgende falsche und demagogische Meldung:

Paris, 17. November. In einer heute vor den Toren von Paris in Saint Gervais abgehaltenen sozialistischen Protestversammlung gegen den Krieg erklärte der deutsche Reichstagsabgeordnete Scheidemann, daß im Falle eines Krieges das deutsche Proletariat nicht auf seine französischen Brüder schießen werde.

Das Genosse Scheidemann in Wirklichkeit gesagt hat, ersehen unsere Leser aus obigem Bericht. Immerhin soll das Bemühen des offiziellen Volklichen Bureau gebührend gewürdigt werden, durch Meldungen, denen der Charakter der bisartigen denunciationsartigen Falschmeldung an der Stirn geschrieben steht, die Öffentlichkeit irre zu führen. Die der Pariser Korrespondent der Deutschen Tageszeitung meldet, was von den Medien schon in geringer Entfernung der Redner nichts mehr zu verstehen. Allein das ordinäre Chauvinistenblatt Antirassentant wußte zu melden, daß Scheidemann jene Worte gebraucht habe. Aus dieser trüblichen Quelle hat augenscheinlich das deutsche Regierungsbureau geschöpft, ohne freilich seine schmutzige Quelle anzugeben. — Eine laubere Methode!

# Serbien und Rußland.

Wir Serben möchten wir uns Leben gern in Frieden und Freundschaft leben. Aber hinter Serbien steht Rußland! Wir können Serbien keinen Hafen an der Adria geben; das wäre ja kein Serbischer, sondern ein russischer Hafen, ein Stützpunkt der russischen Kriegsmarine! Wir können keine Vergrößerung Serbiens dulden, wenn wir nicht „Bürgerschaften“ bekommen dafür, daß Serbiens Machtzuwachs nicht Rußland stärke! So lesen wir es jetzt Tag für Tag in der Regierungspresse. So möchte Oesterreich, indem es dem kleinen Serbien gegenübertritt, als das Bollwerk der europäischen Demokratie gegen die drohende Uebermacht des russischen Zarismus erscheinen. Serbien ist Rußlands Vasall — das soll die Serbenfürcht der österreichischen Patrioten rechtfertigen.

Ist Serbien Rußlands Vasall? Wird es Rußlands Vasall bleiben? Was bindet die Serben an das Reich des Zaren? Wohl verknüpft Serben und Russen die Gemeinschaft der Sprache, der Rasse, der Religion. Beide sind Slawen, beide bekennen sich zur orthodoxen Kirche. Aber dieses Band würde nicht genügen, sie aneinander zu ketten. England und Deutschland stehen einander tödfeind gegenüber, obwohl germanisches Blut drüben wie hüben rollt, protestantischer Glaube drüben wie hüben vorherrscht. Franzosen und Italiener sind katholische Romanen; dennoch standen sie einander unzähligmal hasserfüllt gegenüber. Polen und Tschechen sind katholische Slawen; trotzdem scheidet sie tiefe Kluft. Ungaren und Serben sind orthodoxe Slawen; und doch haben sie in offener Schlacht wie im Kleinkrieg der Banden um die Macht gerungen. Ueber die Beziehungen zwischen Völkern und Staaten entscheidet nicht das Blut, nicht die Sprache, nicht die Religion, sondern die Interessen ihrer herrschenden Klassen. Was knüpft also das Schicksal der serbischen Bauern an den russischen Despotismus?

Man könnte meinen, die Geschichte sei es, die Erfahrung eines Jahrhunderts, die Serbien mit Rußland vereint. Rußland habe stets auf dem Balkan die Rolle des Befreiers gespielt; die Dankesspflicht der Befreiten stelle Serbien unter Rußlands Führung. Aber die Befreiung der Balkanvölker durch den Zarismus ist eine Legende. Der russische Zarismus hat an jedem Volke, dessen Schicksal in seine Hand gelegt war, Verrat geübt. Auch die Geschichte der Beziehungen Rußlands zum serbischen Volke ist eine Geschichte des Verrats. Verraten hat der Zarismus die Serben im Friedensvertrag von 1812, in dem er die Serben der Türkei ausgeliefert und sich für diesen Verrat mit dem Besitz Bessarabiens bezahlen ließ. Verraten hat der Zarismus die Serben im Jahre 1830, als Nikolaus I. zum Schiedsrichter zwischen der Türkei und Serbien im Streite um die Festungen bestellt, für die Pforte, gegen die Serben entschied. Verraten hat der Zarismus die Serben im Jahre 1853, als er Oesterreich die Erwerbung Serbiens und Bosniens anbot, um dafür Oesterreichs Bundesgenossenschaft im Kriege gegen England und Frankreich und Oesterreichs Zustimmung zur Knechtung der Moldau und der Walachei zu erlangen. Verraten hat der Zarismus die Serben im Jahre 1878, als er sie zuerst zum Kampfe gegen die Türken hegte, um sie dann im Frieden von San Stefano der Stogesbeute zu berauben und alferbisches Land den Bulgaren zuzurechnen. Das sind Serbiens Erfahrungen mit Rußland. Zur Dankbarkeit hat Serbien keinen Grund. Auch die Geschichte kann es nicht erklären, daß Serbien Rußlands Schutz und Hilfe sucht.

Wohl stand Serbien nach seiner Befreiung vom Türkenjoch unter dem „Schutze“ des Zaren. Aber was hat dieses Protektorat bedeutet! Die russischen Gesandten setzten Minister und Beamte ein und ab. Die russischen Diplomaten führten Verfassungen ein, um sie morgen zu widerrufen. Die russischen Agenten entschieden über Krieg und Frieden. Widersetzte sich das kleine Land dem Diktat des Zaren, dann strafe Rußland die Widerspenstigen. Es nützte den Kampf der beiden um den Thron habenden Familien, der Obrenowitsche und Karageorgewitsche, aus, bald die eine, bald die andre zu stürzen, bald auf die eine, bald auf die andre seine Herrschaft zu stützen. Es mißbrauchte die Parteien im Lande für seine Zwecke. Als sich Serbien im Jahre 1835 eine Verfassung schuf, erklärte Rußland, es könne nicht dulden, daß in Serbien die „revolutionären Prinzipien“ Anwendung finden; später, als die radikale Bauernpartei gegen Absolutismus und Oligarchie rebellierte, stützte und schützte Rußland, das absolutistische Rußland, die „revolutionären Prinzipien“ der serbischen Bauerndemokratie, um die ihm ungehorsame Dynastie zu besetzen. So wurde jeder innere Kampf im Lande von der zarischen Diplomatie für ihre Zwecke benützt. Der Rubel rollte, die Verschwörung stand unter russischem Schutze, hinter den politischen Morden, die — von dem Tode des Fürsten Michael bis zum Ende der Obrenowitsch — in Serbiens innerer Geschichte die Wendepunkte bezeichnen, standen russische Agenten, russische Anstifter, russische Geldgeber. Die ganze Geschichte Serbiens, seit einem Jahrhundert ist die Geschichte seines Kampfes um die Selbständigkeit, seines Kampfes gegen das Diktat des Zaren! Aus dieser Geschichte wäre es nimmer zu erklären, daß Serbien ein Vasall Rußlands ist!

Aber dennoch sehen wir, daß Serbien immer wieder den Schutz Rußlands, die Hilfe des Zarismus sucht. Warum? Was treibt Serbien immer wieder in Rußlands Arme? Oesterreich ist es, das Serbien zwingt, bei Rußland Hilfe zu suchen! Oesterreichs Gegner schaft allein zwingt die Serben, den Schutz des Zaren zu erstehen! Serbien war nur so lange Rußlands Vasall und es wird nur so lange Rußlands Vasall bleiben, als es Oesterreichs Feindseligkeit zwingt, um hohen Preis den Schutz des Zarismus zu erkaufen.

Vom serbischen Rußland an bis heute hat Oesterreich immer wieder die Serben in die Gefolgschaft des Zarismus getrieben. Als Serbien seinen Befreiungskrieg gegen die Türkei führte, stand Oesterreich auf der Seite der Türkei — Oesterreich, das Oesterreich Metternichs war ja der Beschützer aller legitimen Gewalten gegen die Revolution, und zu den legitimen Fürsten, die Metternich gegen die Völker beschützte, gehört neben den Zwergdespoten Deutschlands und Italiens, neben den reaktionären Dynastien Frankreichs und Spaniens, auch der türkische Sultan! So mußten die Serben das mächtige Rußland um Hilfe ansehn. Nach 1848 fand Oesterreichs Begeisterung für die Sultansherrschaft ein Ende. Jetzt suchte es selbst in der Türkei Beute. Nicht nur auf Bosnien und die Herzegowina, auch auf Serbien warf es in der Zeit des Krimkrieges gierige Blicke. Von Oesterreich bedroht, mußten die Serben wiederum bei Rußland Schutz suchen. Erst 1878 kam eine plötzliche Wendung. Graf Andraffy vertrat 1878 auf dem Berliner Kon-

groß Serbiens Forderungen; 1885 verwehrte der österreichische Gesandte Aehrenhaller nach dem Zusammenbruch des serbischen Heeres bei Slunizza den Bulgaren den Zutritt auf serbischen Boden. Oesterreich hatte sich auf die Seite Serbiens gestellt. Sofort hörte Rußlands Einfluß in Serbien auf. Serbien befreite sich in dieser Zeit vollständig von Rußlands Diktat, das es ja nur aus Furcht vor Oesterreich ertragen hatte, und zwischen Oesterreich und Serbien bestanden die besten Beziehungen. Aber die österreichische Diplomatie tat alles, sich die Erregenschaften dieser Politik bald zu verschmerzen. Statt auf das Volk zu bauen, suchte sie in der entarteten Dynastie ihren Verbündeten; der liebliche Milan stand unter ihrem Schutze. Der Haß gegen das unwürdige Königsgelecht traf darum auch Oesterreich, seinen Beschützer. So kam der serbische Bauernradikalismus im Haße gegen Oesterreich empor; der Sturz der Obrenowitsche beraubte auch Oesterreich seines Einflusses. Serbien näherte sich wieder Rußland. Oesterreich trieb es immer weiter auf dieser Bahn. Die agrarische Wirtschaftspolitik trieb die serbischen Bauern zur Verzweiflung. Die Erpressungen, die Goluhowski im Dienste des Eisenkartells an Serbien verübte, steigerten den Haß gegen Oesterreich. Der Widerstand Oesterreichs gegen die Zollunion Serbiens mit Bulgarien, die Hindernisse, die Oesterreich dem Bau der Donau-Adria-Bahn bereitete, schließlich die Annexion Bosniens, gaben diesem Haße neue Nahrung. So hat die österreichische Diplomatie das Kunststück zustande gebracht, Serbien immer wieder in die Gefolgschaft des Zarismus zu drängen, trotz des hundertfachen Verrats, den der Zarismus an Serbien begangen hatte, trotzdem die Macht des Zarismus in Serbien in den Tagen Andraffys schon völlig gebrochen war! Wenn Serbien heute als Rußlands Vasall erscheint, ist das einzig und allein die Schuld österreichischer Staatsmänner!

Aber wird Serbien darum Rußlands Vasall bleiben? Das arme, kleine, hilflose Serbien hat Rußlands Schutz nicht entbehren können, wenn Oesterreich ihm feindselig gegenübertrat. Wird Serbien ein starker, selbständiger Staat, dann braucht es Rußlands Hilfe nicht mehr, dann hört es auf, Rußlands Vasall zu sein. Das wissen die Agenten des Zaren sehr gut. Als Nikolaus I. im Streite um die Festungen die serbischen Forderungen abwies, erklärte ein russischer Diplomat die Entscheidung des Zaren mit den Worten: „Die Serben sollen immer etwas zu wünschen haben, was ihnen nur von Rußland gegeben werden kann. Man muß die Serben in einem Zustand erhalten, in dem sie ohne Schutz Rußlands nicht leben können.“ Das war Rußlands alte Politik gegenüber allen Balkanstaaten! Dieser Politik naht jetzt das Ende. Nach ihren großen Siegen werden die Balkanstaaten große, freie, selbständige Länder, die des Zaren Protektorat nicht mehr brauchen und darum aufhören, seine Vasallen zu sein. Ein starker Balkanbund ist das Ende der russischen Vorherrschaft am Balkan!

Und was tut in diesem geschichtlichen Augenblicke die österreichische Diplomatie? Wieder tritt sie Serbien gegenüber, wieder will sie ihm die Siegesbeute entreißen, wieder zwingt sie es, Rußlands Hilfe zu erbitten! Und Rußland, das seine Machtstellung am Balkan schon zusammenbrechen sah, benützt die günstige Lage, es stellt noch einmal die Rolle des gnädigen Beschützers und sichert sich dadurch für Jahre den Dank des serbischen Volkes! Unzweifelhaft hat aus der Geschichte nichts gelernt. Noch einmal begeht sie die alte, so oft und so schwer gebüßte Sünde!

Als Oesterreich im Jahre 1878 die Forderungen Serbiens auf dem Berliner Kongreß unterstützte und durchsetzte, forderten viele, Oesterreich solle als Preis für seine Unterstützung von Serbien eine Militärkonvention und ein Zollbündnis verlangen. Andraffy lehnte die Forderung ab. Er sagte dem serbischen Gesandten Nikitsch, Oesterreich wolle von Serbien nichts verlangen, was Serbien nicht gern und freiwillig gewähre. Denn erzwungene Verträge seien nicht von Dauer; sie erzeugten nur den Haß, der sie schließlich zerreiße. Damit hat Andraffy Serbiens Freundschaft erworben und es von der erdrückenden Umarmung Rußlands befreit! Graf Berchtold ist kein Andraffy. Er folgt lieber den Spuren der Metternich, Ruzs, Goluhowski. Gerade in dem Augenblicke, in dem erblich Rußlands Vorherrschaft am Balkan zusammenbricht, treibt er durch eine Politik des Säbelkrassens, der Drohungen, des Hochmuts, Serbien noch einmal in Rußlands Bann. Oesterreichs Völkern dient diese Politik nicht. Sie ist Arbeit für den Zaren von Rußland.

## Aus der Partei.

Die Absichten Quertreibereien in Württemberg. Selbst bei den Landtagswahlen, wo also die Partei gegen die bürgerlichen Gegner kämpft, ist die überaus bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß innerhalb unsrer sozialdemokratischen Parteigenossen Württembergs die nichtswürdigsten Quertreibereien vorgekommen sind. Wir meldeten bereits am Freitag von dem Geheimzirkular eines „radikalen Komittees“, das die Wähler aufforderte, bei Stimmzettel zugunsten der „Radikalen“ und zumgunsten der „Revisionisten“ zu tumulieren. Kurze Zeit vor dem Wahltage wurden nun raffinierte gefälschte „sozialdemokratische Stimmzettel“ ausgegeben, auf denen nur drei Namen — Dr. Lindemann, Engelhardt, Oster — standen, während die Namen der übrigen drei aufgestellten Genossen — Westmeyer, Manz, Schummel — ausgelassen waren. Ob dieses perfide Manöver, dessen Urheber bisher nicht festgestellt werden konnte, von Erfolg begleitet sein wird, wird sich erst morgen nach Feststellung des Wahlergebnisses in Stuttgart-Stadt nachweisen lassen. Aber davon abzusehen, beweist hier Vorfälle von neuem, daß die württembergischen Parteiverhältnisse noch sehr weit von ihrer Heilung entfernt sind.

## Aus der Jugendbewegung.

Einzelne: Schriften  
Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 23 des vierten Jahrgangs heben wir hervor: Geburtstag. — Die soziale Revolution. Von G. Eckstein. — Jugenderinnerungen eines Arbeiters. Von H. Rudolph (Schluß). — Der heilige Willenbrecher. Von Wilhelm Bölsche (Mit Abbildungen). — Kaiser, Bundesrat und Reichstag (Schluß). — Zwei jugendliche Raubmörder als Opfer der Schulliteratur. Von W. S. — Fäden und drüben in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. — Aus der Jugendbewegung (Dresden, Plauen). — Die Gegner an der Arbeit sind. — Die Frage: Warum? Erzählung von Ilse Krapan. — Die Fabrikarbeiterin. Gedicht von Emma Bölsche. — Ludwig Wlad. Von Otto Koenig. — Alte deutsche Städte. Von Adolf Bruno (Mit Abbildungen). — Ein Acker den. Von Ernst Almsloh. — Bücher für die Jugend. — Die Begabung. Erzählung von Hermann Thurow.

# Soziale Rundschau.

Nicht Marx tägliches Mindesteinkommen für Lehrer.  
In Südaustralien, wo die Regierung in den Händen der Arbeiterpartei ist, wurde das Einkommen der Lehrer allgemein erhöht, so daß jetzt niemand weniger als 8 Mt. pro Tag erhält. Wie mancher unserer deutschen Schullehrer — und nicht nur aus den besagten Gefilden Chipreusens — wird sich da nach dem „wilden Land“ Australien sehnen.

Arbeiterwohnungen in Australien.  
Die Regierung in New-Süd-Wales, die sich in den Händen der Arbeiterpartei befindet, beschloß den Bau von Einfamilienhäusern in großem Maße. Die Werke soll einschließlich Garten, Bad usw. nicht über 10 Mt. pro Woche betragen; das wäre etwa mehr als der Tageslohn eines qualifizierten Arbeiters im Durchschnitt.

# Gerichtssaal.

Reichsgericht.  
Zwei Streikverletzte, die nicht auf Strafe lauten, wurden am Dienstag vom Reichsgericht bestätigt. Es handelte sich um einen sachlich und juristisch interessanten Fallbestand. Der Bergmann Max Vogt hatte, als mehrere Arbeiterwillige von der Arbeit kamen, Schimpfworte ausgesprochen. Einer der Arbeiterwilligen, A., stellte Strafantrag wegen Verleumdung. Am 11. April die Sache vor dem Landgerichte Essen (Müdr) zur Verhandlung kam, nahm A. den Strafantrag zurück. Der Staatsanwalt beantragte nunmehr, den Angeklagten wegen Streikvergehens nach § 153 der Gewerbeordnung zu bestrafen. Das Gericht hielt aber ein solches Vergehen nicht für vorliegend, da nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte durch die fraglichen Worte die andern zum Niederlegen der Arbeit veranlassen wollte. Deshalb wurde das Verfahren eingestellt; dem Antragsteller A. wurden die Kosten des Verfahrens aufgebürdet. — Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Er beantragte, statt auf Einstellung auf Freisprechung zu erkennen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Das Reichsgericht verwarf die Revision, soweit die Ueberbürdung der Kosten auf den Antragsteller gerügt war, als unzulässig, da der Angeklagte dadurch nicht beschwert ist, wenn ein anderer die Kosten des Verfahrens zu zahlen hat. Im übrigen wurde die Revision als unbegründet verworfen, soweit Freisprechung statt Einstellung beantragt worden war. Da die fragliche Äußerung an mehrere Personen gerichtet war, so hätten auch die andern außer A. Strafantrag stellen können. Die Rechte dieser andern wären durch eine Freisprechung beeinträchtigt worden, denn es hätte ihrem Strafantrag keine Folge mehr gegeben werden können. (Das Strafantragsrecht ist ja inzwischen verlehrt. D. Red.) — Kehlich ist am 11. April gegen den Bergmann Michael Rarcinowski auf Einstellung erkannt worden, und zwar aus demselben Anlasse. Auch in diesem Falle erkannte das Reichsgericht wie in dem ersten.

# Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Wien, 18. November. Die Mobilmachung der österreichisch-ungarischen Monarchie nimmt unentwegt ihren Fortgang und ununterbrochen rollen die Militärzüge nach Galizien und Südungarn. Interessant ist es, daß, während den Blättern verboten wurde, auch nur eine Zeile über diese Truppenbewegungen zu veröffentlichen, das Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft in Kainitsien (Niederösterreich) in seiner letzten Nummer an der Spitze eine Notiz veröffentlicht, mit welcher die Bürgermeister der betreffenden Bezirkshauptmannschaften aufgefordert werden, zu einer Besprechung zusammenzutreten, zu welcher sie die zur Mobilmachung notwendigen Akten mitzubringen haben.

London, 18. November. Zahlreiche englische Blätter, namentlich die Times und Daily Chronicle, greifen die Berichte des Leutnants Wagner, des bekannten Kriegsreporters, den die Wiener Reichspost an und bezweifeln die Wichtigkeit seiner Telegramme. Zum Beweise wird folgendes Beispiel angeführt. Der Korrespondent der Reichspost sandte am 31. Oktober ein Telegramm aus dem bulgarischen Hauptquartier an sein Blatt, in welchem er den langen und breiten die Kämpfe von Wille-Burgas schildert und behauptet, diesen Kämpfen persönlich beigewohnt zu haben. Daily Chronicle erzählt nun aus bester Quelle, daß Leutnant Wagner sich in den Tagen vom 28. bis 31. Oktober mit allen andern Kriegsreportern zusammen in Mostapha Pascha befunden habe, und daß es ihm daher vollständig unmöglich gewesen sei, sich an dieser Zeit in Wille-Burgas aufzuhalten. Die englischen Blätter sind über das Verhalten des Leutnants Wagner, das sie als Betrug bezeichnen, empört, weil bisher die Depeschen und Berichte des Leutnants Wagner überall als ein Evangelium galten und insbesondere allen Kriegsreportern als Muster hingestellt wurden.

Semlin, 17. November. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Ugron hat in Belgrad noch immer keine entscheidende Antwort von der serbischen Regierung erhalten, was sehr auffällig ist. König Peter ist heute aus Aestab in Belgrad eingetroffen. Man muß befürchten, daß Serbiens Antwort ablehnend lauten wird. Die Belgrader Blätter behaupten heute entgegen allen Petersburger Demontis, daß Rußland Serbiens Forderung auf einen Adria-Hafen eventuell auch mit Waffengewalt unterstützen werde. Dasselbe Versprechen habe Rußland auch Montenegro gegeben, daher auch die anmaßende Sprache König Nikitas gegenüber dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger in Cetinje. Es ist erklärlich, daß Serbien immer mehr Truppen längs der bosnischen Grenze zusammenzieht.

Brüssel, 17. November. Delegierte der österreichischen Regierung nahmen gestern, wie La Gazette meldet, auf dem Pferdemarkt in Brüssel große Antäufte von Pferden für Rechnung der österreichischen Regierung vor.

Kairo, 18. November. Der ägyptische Nationalist Ahmed Mikhat, der hier am 26. August mit einem Handkoffer voll aufrührerischer Plakate verhaftet worden war, ist zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Paris, 18. November. Die Polizei verhaftete den Sekretär des Anarchistenverbandes, Vacoin, der kürzlich in einer von dieser Vereinigung einberufenen Versammlung eine Rede über Sabotage im Falle einer Mobilisierung hielt und außerdem eine Flugchrift unter dem Titel: Anweisungen zur Sabotage der Mobilisierung veröffentlicht hatte. Der Verhaftete wird der Aufreizung zum Diebstahl, Milderung und Totschlag beschuldigt.

Abelaide, 18. November. Heute früh 3 Uhr rannte das Segelschiff Dienddale bei der Einfahrt zum Ankerplatz ohne Lotsen an den Leuchtturm von Wonga-Shoal an. Das 30 Fuß hohe Bauwerk stürzte ein und die beiden Wächter ertranken.

## Briefkasten der Redaktion.

C. N. 27. Papierkorb.

verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Hermann Liebmann in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Richard Pillel in Wundorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Äußerst günstiges Angebot in der  
Damen- sowie Herren-Konfektion  
unseren Mitgliedern:

# KONSUMVEREIN

L.-PLAGWITZ UND UMG. E.G.M.B.H.

Wir empfehlen in der reichhaltig sortierten  
**DAMEN-KONFEKTIONS-ABTEILUNG**

Flauschmäntel  
in Backfischgrößen 28<sup>00</sup> 24<sup>00</sup> **18<sup>00</sup>** Mk.

Flauschmäntel in Frauen-  
größen 38<sup>00</sup> 32<sup>00</sup> 28<sup>00</sup> **22<sup>00</sup>** Mk.

Schwarze Damenpaletots  
bis zur elegantesten  
Ausführung auf Seide  
gearbeitet von . . . **21<sup>00</sup>** Mk. bis **60<sup>00</sup>** Mk.

Kostüme  
75<sup>00</sup> 68<sup>00</sup> 58<sup>00</sup> 46<sup>00</sup> **30<sup>00</sup>** Mk.

Kostümröcke  
26<sup>00</sup> 22<sup>00</sup> 14<sup>00</sup> 9<sup>50</sup> **4<sup>50</sup>** Mk.

## HERREN-KONFEKTIONS-ABTEILUNG

Burschen-Anzüge  
nur Neuheiten  
35<sup>00</sup> 30<sup>00</sup> 28<sup>00</sup> 25<sup>00</sup> **22<sup>00</sup>** Mk.

Herren-Anzüge  
in modernen Fassons  
50<sup>00</sup> 45<sup>00</sup> 40<sup>00</sup> 35<sup>00</sup> **26<sup>00</sup>** Mk.

**PELERINEN** in Herren-Größen 20<sup>00</sup> 17<sup>00</sup> 15<sup>00</sup> 13<sup>00</sup> 11<sup>00</sup> **9<sup>50</sup>** Mk.  
in Kinder-Größen . . . . . von **2<sup>50</sup>** an.

Burschen-Ulster  
in modernen Farben und Fassons  
33<sup>00</sup> 30<sup>00</sup> 27<sup>00</sup> 24<sup>00</sup> **17<sup>00</sup>** Mk.

Herren-Ulster  
in nur bester Verarbeitung  
55<sup>00</sup> 50<sup>00</sup> 45<sup>00</sup> 38<sup>00</sup> **20<sup>00</sup>** Mk.

~~~~~ Geschäftshäuser: ~~~~~  
Plagwitz-Lindenau, Karl-Heine-Str. 46 – Leipzig-Reudnitz, Dresdner Str. 55

Politische Uebersicht.

Der Hansabund für die Gelben!

Am Sonntag hat in Berlin eine für die Arbeiterklasse sehr bemerkenswerte Kundgebung des Hansabundes stattgefunden. Unter tosendem Beifall der Hansaherren wurde dort die gelbe Berrätertruppe unter das Protektorat des Hansabundes gestellt.

Es war eine große Versammlung im Admiralspalast, den die Hansaherren mit Hilfe großer Scharen Angestellter, von denen ein erheblicher Teil auf Befehl „freiwillig“ gekommen war, gefüllt hatten. Sie bildete den Abschluß einer Reihe von Veranstaltungen, die nach dem Muster der agrarischen Woche arrangiert waren und die den pompösen Namen „Hansafest“ trugen.

Herr Kießer eröffnete die Verhandlungen mit einer Rede, die zunächst die „großen Erfolge“ des Hansabundes bei den Reichstagswahlen feierte — sieben Führer des Bundes der Landwirte wurden durch Hansabündler geschlagen — zum Teil allerdings in Wahlkreisen, die die Agrarier noch nicht besessen hatten. — Ebenso sieht's mit der Angabe, daß „mit unserer Hilfe durch bürgerliche Kandidaten nicht weniger als 58 Mitglieder des Bundes der Landwirte zu Fall gebracht“ worden sind. Diese Siege sind meist sehr billig, weil diese geschlagenen 58 Landwirtsbündler zum großen Teil in Wahlkreisen kandidierten, in denen sie ohnehin keine Aussichten auf Erfolg hatten. Man kann nach diesen Proben die ganze Rede beurteilen, die zudem nichts eigentlich Neues brachte, sondern im wesentlichen eine Wiederholung der früheren programmatischen Erklärungen des Bundespräsidenten, bereichert um einige aktuelle Einschübe. So durfte natürlich die übliche Versicherung des Friedenswillens mit dem beliebten Nachsatz nicht fehlen. „Aber nur eines solchen Friedens, der unseren Rechten, unseren Interessen und unserer Stellung in der Welt nach jeder Richtung Rechnung trägt.“ Und vorausgeschickt mußte die Erklärung werden, daß der Hansabund in der heutigen ersten Zeit „am wenigsten“ den Forderungen Widerstand leisten werde, die für Heer und Flotte und für den Schutz unserer Grenzen gestellt werden müssen. Bemerkenswert ist auch ein Satz, in dem schnelle Hilfe für den städtischen Grundbesitz gefordert wird, der „durch eine Reihe schwerer Lasten und durch Fehler der Gesetzgebung außerordentlich geschädigt worden“ sei. Der Hansabund will also die Hausbesitzerinteressen zu den seinigen machen. Er vermeint aber immer noch auf der berühmten mittleren Linie zu sein, entschlossen zum rückwärtslosen Kampf gegen rechts und zur energischen Abwehr gegen links. Dann ließ Professor Hans Debrück, der bekannte Herausgeber der Preussischen Jahrbücher, die Kage aus dem Sack. Er sprach über Sozialpolitik und Unternehmertum. Und da er eine Sozialpolitik vertreten mußte, die den Unternehmern gefällt, so kam er zu dem, von seinem Standpunkt aus sehr natürlichem Schluß, daß nun endlich einmal Schluß gemacht werden muß mit der Sozialreform für die Arbeiter, daß der Staat alles, was er für sie tun kann, bereits getan hat. Fortan können nur noch kleine Verbesserungen und Abänderungen in Frage kommen. Unter stürmischem Beifall der Hansaherren verkündete er alsdann:

Ich glaube, daß die gelben Gewerkschaften eine große Zukunft haben. Man hat ihnen nachgesagt, sie seien Schöpfungen der Unternehmer. Für viele mag das zutreffen. Aber wenn sie eine gewisse Macht erreicht haben, dann bekommen sie auch eine gewisse Selbständigkeit. Sie haben auch schon erklärt, daß sie grundsätzlich auf das Streikrecht nicht verzichten. Aber die gelben Gewerkschaften sagen, daß die Interessen der Arbeiter denen der Arbeitgeber nicht entgegengesetzt sind, sondern im wesentlichen mit ihnen übereinstimmen. (Sehr richtig!) Ein Arbeitgeber könne nur dann gute Löhne bezahlen, wenn er selber viel verdient. Diese richtige Tatsache haben die sozialdemokratischen Arbeiter infolge des Klassenkampfes vergessen. Es ist deshalb von hohem Wert, wenn aus der Arbeiterklasse jetzt dieser Grundsatz gepredigt wird. (Sehr richtig!) Dafür verdienen die gelben Gewerkschaften die Sympathien der Oeffentlichkeit.

Weniger entzückt als die Hansaherren schienen bei dieser Stelle die Angestellten zu sein. Ihnen sagte Herr Debrück übrigens hinterher noch, daß sie sich nicht verleiten lassen sollten, in ähnlicher Weise wie die Arbeiter gegen die Unternehmer zu kämpfen, sie würden in solchem Kampfe unbedingt unterliegen. Das war natürlich sehr nach dem Geschmack der Hansaherren, und Herr Kießer fügte sich denn auch demüthigt, dem Redner den offiziiellen Segen des Präsidiums zu spenden, indem er erklärte, die Rede habe vielen Beifall gefunden und verdient.

Sehr pikant ist es, daß nach diesem Redner — nur durch eine Rede Stresemanns über Industrie- und Handelspolitik von ihm getrennt — der große liberale Mann, Gewerkschaftsfreund und Sozialpolitiker Friedrich Raumann über Wirtschaftspolitik und nationale Aufgaben redete. Herr Raumann machte die Liebeserklärung des Hansabundes für die Gelben offensichtlich einige Weile. Aber der würde sich täuschen, der da glauben würde, Herr Raumann werde den Teilbild-Nieherischen Standpunkt bekämpfen oder doch wenigstens entschieden ablehnen. Herr Raumann weiß sich dem Willen geschickt anzupassen. Er knüpfte an die Forderung Stresemanns nach stärkerem politischen Einfluß des Bürgertums an. Solcher Einfluß kann nur durch die große Linke gewonnen werden, wozu auch die Sozialdemokratie, natürlich die von ihren „Utopien“ gereinigte Sozialdemokratie gehört. Man kann ja die Gelben auch mit dazu nehmen, aber allein gingen sie doch nicht — die Arbeitermassen, die nun einmal nicht gelb sind, müssen auch in die Schlachtlinie. Herr Raumann sagt also:

Wir müssen die Verständigung finden zwischen dem Bürgertum in allen seinen Teilen, mit den Arbeitern und mit den Angestellten in allen ihren Teilen. (Beifall.) Was man über die Gelben auch besser und freundlicher denken, als ich es bisher tat, keinesfalls kann der große Sieg gegen Rechte nur mit gelber Hilfe gemacht werden. Dazu gehören ganz andere Kolonnen, dazu gehört der Aufmarsch vom ersten bis zum letzten. (Beifall.)

Man beachte das Wörtchen „at“ in diesen Ausführungen! Herr Raumann behält sich also vor, seine bisherigen Anschauungen über die Gelben zu revidieren und sich mit ihnen freundschaftlich abzufinden! Das ist das Ende der bürgerlichen Sozialpolitik!

Der Hansabund hat mit dieser Kundgebung für die gelbe Gesellschaft eine dankenswerte Klärung herbeigeführt. Die Arbeiter haben zwar schon bislang sich keinen Illusionen über den Bund der Unternehmer hingeegeben.

Es kann aber nichts schaden, wenn der Hansabund sich selber als der Verbündete der jämmerlichsten Gesellen proklamiert, die jemals gegen die Arbeiterbewegung aufgetreten worden sind. Wir empfehlen ihm, als Feldzeichen den gelben Schnuklappen zu wählen. Das wird sicher sehr begeisternd auf seine Gefolgschaft unter den Angestellten wirken.

Deutsches Reich.

Eine Verhöhnung der Not.

Wenn die Wanderredner des Bundes der Landwirte Preisungsverfammlungen abhalten und über die Teuerung sprechen, dann beginnen sie ihren Speer gewöhnlich mit der ungemein beweiskräftigen Wendung: die wohlgenährten Gestalten der Versammelten legen bedrucktes Zeugnis davon ab, daß die behauptete Unterernährung des deutschen Volkes weiter nichts als eine Phrase sei! Die Gefichter der Versammelten verzichten sich zu einem bezeichnenden Schmungeln, und in den meisten Fällen ist dann die Sache erledigt. Von Unterernährung bei den Agrariern keine Spur, und da sie im Deutschen Reich die ausschlaggebende Flöte blasen, so erübrigen sich eben besondere Maßnahmen gegen solche Erscheinungen im „Vöbel“. Nach diesem Rezept hat auch der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Lieser bei der Jubiläumsfeier des fünfzigjährigen Bestehens des westfälischen Bauernvereins gehandelt, die in diesen Tagen in Gegenwart von 2000 bis 3000 westfälischen Landwirten in Münster abgehalten worden ist. Nachdem bei der Gelegenheit u. a. die konfessionelle Schule gefeiert worden war, erhob sich der Minister zu dieser rednerischen Leistung:

Wenn ich meinen Blick über die Tausende schweifen lasse, kann ich zu meiner Freude konstatieren, daß die in letzter Zeit so viel beschränkte, aber nicht in die Erscheinung getretene Unterernährung im westfälischen Bauernstande nicht zu spüren ist. Sollte sie aber die Schwelle des Mühsalstandes überschreiten und die Dämme des Bauernstandes überfluten, dann kann ich Ihnen die Versicherung geben, — sollte ich dann noch an der Spitze der landwirtschaftlichen Verwaltung stehen — so werden meine Vorschläge auch wiederum nicht dahin gehen, der Unterernährung und Fleischsteuerung mit der Einfuhr russischen und argentinischen Fleisches zu begegnen, sondern lediglich durch eine Hebung und Stärkung der einheimischen Produktion.

Es ist bezeichnend für unsre innerpolitischen Zustände, daß ein Minister etwas derartiges zu sagen magt. Und wenn die Not der Massen noch größer werden sollte, ja, wenn der Hunger „die Dämme des Bauernstandes“ überschreiten würde — der Minister für Landwirtschaft kennt nur das eine Rezept: Hebung der inländischen Produktion! Auf gut Deutsch heißt das, die Konkurrenz des Auslands muß den deutschen Viehproduzenten ferngehalten werden.

Was die Scharfmacher wünschen.

Den Blättern der Scharfmacher ist eine große Freude widerfahren. Hat da ein Provinzialblatt, das seiner mangelnden Bedeutung durch allerlei Sensationsmeldungen aufzuhelfen sucht und dabei wahllos die unwahrscheinlichsten Gerüchte — je unwahrscheinlicher desto besser, denn um so größer ist die Sensation, scheint ihr Berliner Korrespondent zu denken — zu Taktzwecken aufschminkt, die Meldung gebracht, daß die Berliner Staatsanwaltschaft demnächst gegen den Vorsitzenden des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Berlin und Umgegend, den Genossen Eugen Ernst, wegen Androhung des Hochverrats ein Verfahren einzuleiten beabsichtige. Die Unterlage dafür soll eine angebliche Wendung sein, die Genosse Ernst in einer Anrede bei der letzten großen Friedensdemonstration in Treptow gehalten hat.

Dortels Deutsche Tageszeitung und die Post sind ob dieser Boshaft hoch entzückt. Endlich einmal Energie der Staatsleitung, endlich einmal ein Vorstoß gegen die schändlichen Friedensdemonstrationen.

Leider muß den Herrschaften die Freude zertört werden. Die Berliner Staatsanwaltschaft wenigstens hat bisher noch nicht daran gedacht, dem Genossen Ernst irgendeine Zustellung zu schicken, noch hat ihn die Polizei zu irgendeiner Vernehmung geladen. Und die Anklagebehörde wird auch in Zukunft schwerlich dergleichen tun, denn es liegt nichts vor, was ihr einen Anhalt dazu gäbe. Denn Genosse Ernst hat die ihm in den Mund gelegten Keufierungen weder der Form noch dem Inhalte nach getan. Die Meldung über die Ernst'sche Rede stammt von einem seit sehr langer Zeit als durchaus unzuverlässig bekannten Berichterstatter, der seine Berichte zumeist vor den Veranstaltungen zu Hause anfertigt, und die Staatsanwaltschaft dürfte die Blamaze scheuen, eine Anklage auf so schwankem Boden aufzubauen. Der fromme Wunsch aller gütigen Scharfmacher, der Sozialdemokratie ein kleines Hochverratsprozeßchen anzuhängen, wird also nicht in Erfüllung gehen.

Arbeiterbespigelung im liberalen Musterlande.

Eine Streitigkeit, die zwischen dem Genossen Schwall, Karlsruhe, als Vertreter des süddeutschen Eisenbahnerverbandes, und einem Mitgliede des staatssozialistischen badischen Eisenbahnerverbandes, dem Hallenausschußmitglied Grether, vor zwei Gerichtsinstanzen zum Austrag kam, förderte interessante Tatsachen aus Sicht der Oeffentlichkeit. Grether wurde überführt, daß er sich in den Diensten der vorgelegten Staatsbehörde stellte, um den Denunzianten gegen seine Kollegen zu machen. Das Strafammerurteil machte denn auch folgende Feststellungen:

Es sind nun aber auch heute eine Reihe von Tatsachen festgestellt worden, die den Grether als Arbeitervertreter in einem merkwürdigen Licht erscheinen lassen. Er gab heute selbst zu, daß er von einem seiner Vorgesetzten den Auftrag bekam, in eine Arbeiterversammlung zu gehen — es war die sogenannte Zwölft-Versammlung vom 4. Mai 1911 — und ihm über deren Verlauf zu berichten. Er gibt weiter zu, daß von den Einberufern jener Versammlung ausdrücklich verlangt wurde, es dürfe nichts hinausgetragen werden; er hat trotzdem der vorgelegten Behörde berichtet. . . . Damit aber ist bewiesen, daß Grether sein Amt als Arbeitervertreter in einer Weise ausübte, die in den Augen der Arbeiter als eine Verräterei angesehen werden konnte.

Das Gericht kommt deshalb auch zu der Entscheidung, daß die Bezeichnungen „Zweideutigkeit“ und „Denunziant“ zur Charakterisierung des Grether gebraucht werden dürfen. Man vermischt leider in dem Urteil auch eine Kennzeichnung des Verhaltens der vorgelegten Staatsbehörde,

in deren Auftrag solche Kreaturen von Denunzianten diese erbärmliche Rolle spielen können. Im Falle Grether ist der Anstifter ein großherzoglich badischer Stationskontrollleur, der die Versammlungen der Eisenbahnarbeiter insgeheim überwachen läßt, während das Vereinsgesetz eine öffentliche Überwachung nicht kennt. Daß zu dieser Bespigelung ahnungsloser Staatsarbeiter gerade ein von ihnen gewählter Vertrauensmann des Arbeiterausschusses ausgesucht wurde, macht diese raffinierte Verräterei besonders niederträchtig. Man darf gespannt sein, wie sich die Generaldirektion der Staatsbahnen zu dieser Feststellung verhält.

Die Landtagswahlen in Württemberg.

Am Sonnabend ist in Württemberg der größere Teil der Landtagswahlen, die sogenannten Bezirkswahlen, vollzogen worden, die in den einzelnen Wahlkreisen stattfinden, im Gegensatz zu den ergänzenden Proportionalwahlen, für die das Land in zwei Wahlbezirke geteilt wird. In 60 Wahlkreisen ist gewählt worden. Die Ergebnisse liegen aus 60 Kreisen vor. Das für Stuttgart wird erst heute ermittelt werden, weil die Feststellung der Abstimmung dort längere Zeit erfordert — in der Landeshauptstadt werden nämlich 6 Abgeordnete nach dem Proportionalverfahren gewählt.

Die 60 Wahlergebnisse aus dem Lande ergeben folgendes Bild: Es erhielten die Sozialdemokratie 7, die Volkspartei 6, die Nationalliberalen 3, die Konservativen und der Bund der Landwirte 10, das Zentrum 19 Mandate. Die große Zahl der Zentrumssitze ist keine Ueberraschung, denn die Schlichtung der Konfessionen in Württemberg sichert dem Zentrum seine bisherigen Sitze im ersten Wahlgang. Der wesentlichste Zug des Wahlergebnisses ist, daß die Volkspartei und die Nationalliberalen trotz ihres Wahlabkommens ihren Besitzstand nicht zu verteidigen vermochten, während die Sozialdemokratie und der Bauernbund erhebliche Gewinne erzielten. Die liberalen Parteien haben fast auf der ganzen Linie Stimmerrückgang zu verzeichnen; die Sozialdemokraten im ganzen Lande, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, große Stimmengewinne. Das Zentrum konnte in einer Anzahl Bezirke seine Stimmzahl nicht halten, es wiegt allerdings seine Verluste durch Gewinne in anderen Bezirken wieder auf.

Die vereinzelt Stimmverluste der Sozialdemokratie sind im allgemeinen nicht bedenklich, da sie überwiegend in abgelegenen, in der Bevölkerungszahl zurückgehenden Bezirken auftreten. Nur in jenen Kreisen steht es anders damit, die zum Reichstagswahlkreis Göttingen gehören. Im Landtagswahlkreis Schorndorf, der hierher gehört, ist allerdings noch ein Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen, Welzheim dagegen ist an die Nationalliberalen verloren gegangen — die Sozialdemokratie hatte diesen Kreis vor zwei Jahren allerdings nur durch einen Zufall erobert und ihr Kandidat hat immer noch einen kleinen Stimmengewinn gegen die Wahl von 1908. In G m i n d dagegen büßte die Sozialdemokratie 400 Stimmen ein, die die Bürgerlichen gewannen und in Göttingen verlor sie 500 Stimmen, während die Bürgerlichen an 1000 zunahmen.

Die Kundnahmen können aber das im ganzen erfreuliche Bild nicht trüben. Unter Abrechnung der Verluste und unter Anschaffung von Groß-Stuttgart gewinnt die Partei 25 000 Stimmen.

Gewählt sind die Genossen S i d e b r a n d, Stuttgart-Land, K e i l, Ludwigsburg-Land, T a u s c h e r, Cannstatt-Amt, Hornung, Heilbronn-Amt, S c h l e g e l, Ehlingen, K e n n g o t t, Nürtingen, S p e r k a, Maulbronn, Ehlingen, das der Partei bei der letzten Wahl entzogen wurde, nahmen die Genossen dem großpreussischen nationalliberalen Bürgermeister W i l h e l m w i e d e r a b. Nürtingen, das gefälscht schien, wurde zur freundlichen Ueberraschung im ersten Wahlgang geholt, Maulbronn durch einen Stimmengewinn von 1000 zum ersten Male glänzend erobert. Neuenburg und Neulingen-Amt, die vor 6 Jahren mit relativer Mehrheit geholt wurden, müssen sich einem zweiten Wahlgang unterwerfen. In etwa 4-6 Bezirken kann die Sozialdemokratie im zweiten Wahlgang noch siegen, wenn alle Kräfte angestrengt werden.

Danach könnte die sozialdemokratische Fraktion mit den Proporz-Abgeordneten 17 bis 18 Mitglieder stark werden.

Die Schwächung der Liberalen bringt die verbündeten Reaktionskräfte Zentrum und Konervative nahe an die Mehrheit im Landtage. Der Liberalismus ist im Rückgang, das ist neben dem Aufstieg der Sozialdemokratie das wesentlichste Merkmal der Wahlen.

Wie die Gewerkschaftszentrale wirkt.

Die päpstliche Entscheidung gegen die christlichen Gewerkschaften und gegen die Kölner Richtung läßt der Berliner Richtung den Kamm schwellen. Kardinal Kopp, der alte Gegner der Kölner, hat die Enzyklika nicht umsonst gelesen: Die Kölnische Zeitung erhält aus Berlin folgende telegraphische Mitteilung:

Kardinal Kopp mag sich neuerdings weit über die Grenzen seiner bisherigen Zurückhaltung hinaus. Während er gleichzeitig durch Mittelpersonen in weiten einflussreichen katholischen Kreisen die Mitteilung verbreiten läßt, daß die deutschen Bischöfe es mit der Veröffentlichung der Enzyklika genügen lassen würden und praktisch alles beim Alten ließen, rüftet er in seiner Diözese und bereits darüber hinaus zum Kampf gegen den Volksverein. Ein Delegiert der Münchener-Blabacher Zentrale des Volksvereins, der in der Studentenwelt bei der freien Studentenenschaft und den Korporationen bestens bekannte Führer der sozial-studentischen Verbände, Dr. Karl Sonnenstein, sollte am Freitagabend in Berlin im katholischen Vereinshaus in der Niederwallstraße in einem Kreise sozial interessierter Akademiker über ein Thema seines Fachgebietes einen Vortrag halten. Dieser Vortrag war schon seit langem festgesetzt und das Thema selbst fand weder äußerlich noch innerlich in irgendwelchen Beziehungen zu den bekannten schwebenden Streitfragen. Dr. Sonnenstein hat zu Zeiten des verstorbenen Kardinals Fischers in den letzten Jahren duzende Male derartige Vorträge vor Akademikern in Städten der Breslauer Diözese gehalten, ohne daß Kardinal Kopp, solange Fischer lebte, ihm hinderlich gewesen wäre. Freitagabend erschien nun kurz vor Beginn des Vortrages im Auftrage des fürbischöflichen Delegaten sein Sekretär und machte dem zahlreich anwesenden Publikum die verblüffende Mitteilung, der Herr Kardinal habe an das entscheidende verboten, daß Delegierten der Münchener-Blabacher Zentrale in seiner Diözese, vor allem in Berlin, zu Worte kämen. Das Verbot des Kardinals erfolgte auf telegraphischem Wege im letzten Augenblicke. Der Vortrag wurde natürlich nicht gehalten, das akademische Publikum zerstreute sich aber unter lebhaftem Widerspruch gegen die Maßregeln des Breslauer Kardinals.

**Gegen die preussische Eisenbahnverwaltung**  
richtet die Kölnische Zeitung schwere Vorwürfe. Sie schreibt am Sonntag:

Aus dem Uebelstand des Wagenmangels, über den seit Wochen geklagt wird, ist allmählich eine völlige Störung des Eisenbahnverkehrs im Ruhrgebiet geworden. Die Eisenbahnverwaltung hat sich mit ihrem Wagenpark völlig befähigt, die Schienenwege sind verstopft und die Eisenbahnverwaltung sieht sich außer Stande, den Anforderungen des Verkehrs auch nur einigermaßen zu entsprechen. Es ist damit ein Zustand eingetreten, der unsere gesamte Volkswirtschaft in empfindlichster Weise in Mitleidenschaft zieht, der aber nach der ganzen bisherigen Entwicklung der Dinge vorzuziehen war und darum hätte vermieden werden können.

An anderer Stelle schreibt das Blatt:

Die Tatsache steht fest, daß die Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahnverwaltung gegenüber den Anforderungen unseres Verkehrs im Ruhrgebiet völlig zusammengebrochen ist. Von vertrauenswürdiger Seite wird uns dazu berichtet, daß auf einer ganzen Anzahl Stationen des südwestlichen Rheinlands (Eifel) eine große Menge Güterwagen ohne ersichtlichen Anlaß festgehalten wird und daß sich immer mehr die Ansicht geltend macht, daß jenes Verfahren deshalb gelöst werde, um im Falle einer Mobilmachung sofort an der Westgrenze des Reiches ausreichend mit Transportmitteln versehen zu sein.

### Ostende!

Die Dortmunder Arbeiterzeitung hatte, wie auch eine Reihe anderer Parteiblätter, im April einen Artikel: „Ostende. Zur Psychologie der Reserve“ gebracht, der die Erziehung des Hauptmanns Reisch durch den Militär Emerleben behandelte. Im Schluß dieses Artikels wurde eine Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere der Armee erteilt. Einige Redakteure von Parteizeitungen sind in der Folge schon zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Auch der Verantwortliche des Dortmunder Parteiblattes, der Genosse Henzler, bekam eine Anklage. Die Sache hatte aber ihre Schwierigkeiten. Es kam wiederholt zur Vertagung der Verhandlungen, weil Henzler alle Reservenoffiziere als Richter ablehnte wegen der Beförderung der Beförderung. Nach dem Eröffnungsbeschluss sollten eben alle Personen, die im Militärverhältnis Vorgesetztenstellungen bekleideten, beleidigt sein. In einem der Termine meinte der Vorsitzende der Strafkammer, es werde unter solchen Umständen wohl schwer halten, eine Kammer zusammenzubekommen. Dadurch sah sich jedoch der „unpatriotische“ Angeklagte nicht im mindesten veranlaßt, den Antrag fallen zu lassen. Am 16. November kam die Sache endlich zu Ende. Der Ablehnungsantrag wurde für unzulässig erklärt. Dabei wurde die weise Unterscheidung beliebt zwischen den einzelnen Offizieren, die nicht verletzt seien, und dem beleidigten ganzen Offizierskorps (?). Der Angeklagte und sein Verteidiger stellten dann verschiedene Beweisanträge. Sie wollten eine Anzahl Soldaten, die unter dem erschossenen Hauptmann gedient, geladen wissen zur Bekundung, daß Reisch seine Untergebenen oft und viel durch übermäßige Strapazen gequält habe. Auch der Regimentskommandeur sollte geladen werden und aussagen, daß er schon früher den Erschossenen gewarnt habe, den Wagen nicht zu überspannen. Ferner sollte ein Kriegsgerichtsrat vernommen werden, der die Untersuchung der Sache geführt und sich aus schärfste absprechend über den toten Hauptmann geäußert habe.

Alle diese Anträge wurden abgelehnt. Statt dessen beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf zwei Monate.

Ein Moment der Verhandlung ist recht kennzeichnend. Als sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, wurde bemerkt, daß den Richtern besondere Akten gebracht wurden. Vor der Urteilsverkündung beantragte der Verteidiger, zu protokollieren, daß Abschriften von Urteilen, die von anderen Gerichten wegen des selben Artikels gefällt worden seien und die nicht Gegenstand der Verhandlung gewesen, von der Staatsanwaltschaft den Akten beigegeben, daß diese Abschriften während der Beratung im Richterzimmer geholt und bei der Urteilsfindung nach ihm zugegangenen Informationen mit verwendet seien. Der Staatsanwalt gab zu, daß er solche Urteilsabschriften zu den Akten gegeben, er meinte, ob diese aber bei der Urteilsfindung mit benutzt worden seien, wisse er nicht. Der Vorsitzende erklärte, daß drei Abschriften von Urteilen der Gerichte in Danzig und in Dresden bei den Akten gewesen; ein Urteil sei zwar in den Verhandlungsraum geholt worden, aber nicht als Beweismittel, sondern zur Stillisierung des Urteils!

Dabei kann sich nun jeder denken, was er will.

**Gegen die Leipziger Volkszeitung** ist in der schwarzen Presse vor kurzer Zeit die Anschuldigung erhoben worden, sie habe mit Unrecht den Besitzer des verfallenen Bankhauses Müller in Baden-Walden als einen Mann nach dem Vergehen der Zentrumspartei charakterisiert. Nun wird mitgeteilt, daß dieser letzte Vertreter des einst so angesehenen Bankhauses H. G. Jörger durch seine zur Schau getragene Frömmigkeit das Vertrauen der Katholiken und Zentrumskreise zu erwerben verstand. Täglich sah man den Bankier Müller mit dem Gebetbuch in der Hand zur katholischen Kirche schleichen, bis der Krach des Geldinstituts, dem so viele fromme Korporationen ihren gesammelten Mannern anvertraut hatten, dem frommen Müller einen Sitz im Gefängnis verschaffte. Nach den neuesten Berichten betragen die angemeldeten Konkursforderungen nahezu vier Millionen Mark. Das Bankgebäude ist in dem zweiten Vollstreckungstermin für 235.000 Mark dem einzigen Bewerber zugeschlagen worden. Die von den frommen Gläubigern erhobenen Einlagen mußten wieder der Konkursmasse zugeführt werden. Der Vorkurs der Müllerischen Buchführung wird als unklar bezeichnet. Man begreift deshalb, warum die badische Zentrumspresse sich so beeifert, diesen katholischen Betrüder, von dessen Heiligkeit sich getäuscht worden ist, von der schwarzen Arbeiterpresse abguschliffen.

**Von der preussischen Ausweisungspraxis.** Aus dem Ostpreußen (Ostpreußen) ist ein älteres, sehr wohlhabendes (die Tatsache wird hier erwähnt) weil die Polizei gemeinsam nur arme Teufel anweist. D. Red.) jüdisches Ehepaar aus Rußland von der preussischen Polizei sächlich ausgewiesen worden. Das Ehepaar hatte während der Wadesaison schon in Gaux gewohnt. Wegen der Krankheit eines Kindes hatte es den Aufenthalt in dem Badeort verlängert, und das muß den Argwohn der preussischen Polizei erregt haben. Sie schritt schließlich zur Ausweisung der „lästigen“ Ausländer.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Aufgelöste Gemeindevertretungen.

Aus Jara (Dalmatien) wird gemeldet: Die Regierung hat die Gemeindevertretungen von Salato und Sedonice aufgelöst. Die Auflösung wurde wegen direkter Beteiligung der Bürgermeister und der Gemeindevertreter an den jüngsten Demonstrationen zugunsten der Balkanvölker verfügt. Der Präsident des dalmatinischen Landtages Jucevic und andere hervorragende jüdische Abgeordnete erklärten, daß die baltanfreundlichen Demonstrationen in Dalmatien lediglich der Freude über die militärischen Erfolge der Balkanvölker entspringen, von denen eine günstige Rückwirkung auf die jüdisch-lamische Politik der Monarchie, namentlich bezüglich Kroatiens, erwartet werde.

### Schweiz.

#### Aus der „freien“ Republik.

Zürich, 18. November. Unter Anspornung auf den Zürcher Generalrat vom 12. Juli fordert die Zürcher Regierung vom Kantonsrat (Landtag) die Vermehrung der Polizei um 15 Mann,

bemerkt aber gleichzeitig, daß sie nicht „allen Anforderungen gewachsen“ sei, daß aber „für solche Fälle“ nach wie vor das Militär bereit sein werde. — Ein halbes Duzend Untersuchungsrichter sind immer noch mit der Untersuchung betr. die „Arbeiter“ des Generalstreiks beschäftigt — seit über 4 Monaten! Rund 800 Arbeiter sollen an die Anklagebank, wegen „Aufruhr“, Mitteilung u.; die meisten jedoch wegen — man lasse nicht: — wegen „Teilnahme am Generalstreik“! — Die Ausweisungsbefehle gegen den Arbeitersekretär Belloni und den Gravenmeister Pertram hat die Regierung zurückziehen müssen. In der ersten Sitzung hat sie meher auf die Niederlassungsbewilligung noch darauf geachtet, daß diese beiden Genossen nicht weiter verdrängen hätten als Ehrenämter in der Arbeiterunion anzunehmen.

### Italien.

#### Freieipromene Anarchisten.

Wegen Verherrlichung des Königsmords und Anreizung zum Klassenhaß hatte sich die Anarchistin Maria Nigita vor einem römischen Gericht zu verantworten. Die Nigita sollte ihre Straftat in einer Rede im römischen Volkshaus begangen haben, die sie mit der Ermahnung an den König schloß, des Schicksals seines Vaters eingedenk zu bleiben. Sie hatte auch darauf hingewiesen, daß es in Italien noch Anarchisten gäbe, und daß Hundert I. Tod als eine Sühne des Kriegs mit Absinthien und der gewalttätigen Niederwerfung des Mailänder Aufstandes anzusehen sei. Die Angeklagte gab alle ihre zur Last gelegten Neußerungen zu. Als Zeugen wurden nur Polizeibeamte und zwei Richterstatter vernommen. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis und schen es für belastend anzusehen, daß der spätere Minister d'Alba der Rede beigewohnt hatte. Das Gericht sprach die Angeklagte frei, mit der Begründung, daß keine strafbare Handlung vorliege.

Mailand, 17. November. Gustav Serró, der am Sonntagabend in Mailand eintraf, um in einer Versammlung gegen den Krieg zu sprechen, wurde gleich nach seinem Eintreffen auf die Polizeiprästektur abgeführt, wo er zurückgehalten wird, bis eine Entscheidung darüber getroffen worden ist, ob er ausgewiesen werden soll oder nicht.

### Spanien.

#### Reaktionäre Pege.

Madrid, 17. November. Heute morgen fand im Theater Grandia vor einer ungeheuren Menschenmenge ein Volksmeeting gegen den Anarchismus statt. Mehrere Redner, unter ihnen der Deputierte Grijalbo, forderten die Menschenmenge auf, den Attentaten der Anarchisten durch gleiche Verbrechen zu antworten. Gegen den Sozialistenführer Jelsias und gegen den Führer der Radikalen Lerroux wurden aus der Menge Todesrufe laut. Lerroux hatte gestern mit dem Ministerpräsidenten eine Unterredung gehabt und ihm erklärt, daß seine Partei sich auf das Entschiedenste dagegen wehren würde, wenn Andinahmegelese gegen die Radikalen eingeführt werden würden.

Die wahnwitzige Tat des Anarchisten Bordinas wird, wie vorausgesehen war, von den Reaktionären eifrig ausgenutzt. Neue schwere innere Kämpfe werden die Folge sein, bei denen die noch schwache Arbeiterbewegung einen harten Stand haben wird.

### Großbritannien.

#### Die englischen Municipalwahlen.

L. K. London, 18. November. Die Labour Leader veröffentlicht auf Grund der gesamten Ergebnisse der englischen und schottischen Municipalwahlen eine Uebersicht der Gewinne und Verluste der Arbeiterpartei und der sozialistischen Kandidaten. Danach haben insgesamt 531 Vertreter der Arbeiterpartei und der sozialistischen Organisationen kandidiert, wovon 158 gewählt worden sind. Gewonnen wurden 63 Mandate, verloren 21, so daß ein Nettogewinn von 42 Mandaten zu verzeichnen ist.

Auf die einzelnen Parteien verteilen sich die Erfolge folgendermaßen:

Die J. L. P. hat 260 Kandidaten aufgestellt, wovon 111 gewählt wurden. Gewinne 44, Verluste 6, Reingewinn 38 Mandate. Als „Arbeitervertreter“ waren 167 aufgestellt, wovon 87 gewählt wurden. Gewinne 14, Verluste 13, Reingewinn 1 Mandat.

Die D. S. P. (Britisch Sozialistische Partei) stellte 87 Kandidaten auf, wovon 7 gewählt wurden. Gewinne 2, Verluste 1, Reingewinn 1 Mandat.

Als „unabhängige Sozialisten“ kandidierten 88 Personen, wovon 3 gewählt wurden. Gewinn 3, Verlust 1, Reingewinn 2 Mandate.

In vier Städten wurden Kandidaten der J. L. P. und der Arbeiterpartei zu Bürgermeistern gewählt, und zwar in South Shields, South, Doncaster und Swansea.

Bei den vorjährigen Municipalwahlen wurden folgende Reingewinne erzielt: J. L. P. und Arbeiterpartei 70; D. S. P. 1 und „unabhängige Sozialisten“ 3.

### Nord-Amerika.

#### Neuyorker Polizeikorruption.

Neuyork, 17. November. Die gerichtliche Untersuchung gegen den Neuyorker Polizei, die nach der Affäre Rosenthal eingeleitet worden ist, bringt noch immer neue sensationelle Enthüllungen. Ein kürzlich verhafteter Verbrecher namens Benjamin Levy erklärte vor dem Untersuchungsrichter, es gebe Polizeienten, die nicht nur die gestohlenen Sachen mit den Verbrechern teilen, sondern selbst vor den Häusern, in denen die Einbrüche verübt werden, Wache stehen. Levy sagte unter seinem Eide aus, daß der Polizeikommissar Dougherty ihm 75 Dollar gegeben und ihn aufgefordert habe, gemeinsam mit zwei anderen Verbrechern, die heute im Gefängnis sitzen, einen Einbruch bei einer Firma zu verüben. Der Einbruch sei auch tatsächlich von ihm (Levy) und seinen beiden Helfershelfern verübt worden, wobei sie für circa 30000 M. Straußenselbst stahlen. Die Polizei leitete am selben Tage eine Untersuchung ein und stellte fest, daß die Tür erbrochen worden war, verhängig aber, daß sie selbst an der Tat beteiligt war. Die Venie wurde nachher zwischen Polizei und Einbrechern brüderlich geteilt.

#### Tarifrevision.

Washington, 18. November. Die Demokraten sind im allgemeinen für Wilsons Entschluß, eine außerordentliche Revision des Tarifs zu verlangen. Man glaubt, daß die Tarifrevision die Wills Underwoods in der letzten Session zum Muster haben wird.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Eine Erinnerung.

Wir nahmen dieser Tage von einem Artikel des national-liberalen Abgeordneten Dr. Kaiser Notiz, in dem dieser den Inhalt und die Ausföhrung des dem Landtage unterbreiteten Kirchensteuergesetzes besprach. Da dieses Gesetz bereits in den nächsten Tagen im Plenum der Zweiten Kammer zur Schlußberatung kommen wird, erscheint es angebracht, eine Erinnerung aufzurufen, die ein bezeichnendes Licht wirft auf die Wandlungsfähigkeit der bürgerlichen Parteien in wichtigen prinzipiellen Fragen. Bekanntlich hat die konservativ-nationalliberale Mehrheit der Zwischendeputation, die die Steuergesetze vorbereitet, den

wichtigsten Grundsatz des Kirchensteuergesetzesentwurfs, die Aufhebung des Rechts der Mehrheitskirche auf Besteuerung andersgläubiger Grundbesitzer, zu streichen beschloffen. Dieser Beschluß ist aus teilweise voneinander abweichenden Beweggründen erfolgt. Einig waren die beiden Parteien aber darin, es zu verhindern, daß Dissidenten künftig weniger Grundsteuer zahlen als die der Kirche angehörenden Grundbesitzer. Angesichts dieser Vorgänge ist es nun interessant, daß dieselben Parteien noch vor wenigen Jahren ganz andere Standpunkt eingenommen und den von der Regierung jetzt zur Verwirklichung vorgeschlagenen Grundsatz der Freilassung andersgläubiger Grundbesitzer als einen wesentlichen Fortschritt bezeichnet haben. Das Kirchensteuergesetz war bereits im Jahre 1907 dem Landtage unterbreitet, damals aber nicht verabschiedet worden. Als es am 13. Februar 1908 in der Kammer zur Vorberatung kam, sprachen sich mehrere konservative sowohl wie national-liberale Redner in dem obenbezeichneten Sinne aus. Der konservative Abgeordnete Behrens beispielsweise führte aus, daß er mit dem Vorschlage der Regierung, für die evangelisch-lutherische Landeskirche Steuern von andersgläubigen nicht mehr für zulässig zu erachten, einverstanden sei, ihn in jeder Weise billige und für einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit den andersgläubigen gegenüber halte. Und der National-liberale Dr. Rühlmann erklärte, der Regierungsentwurf suche eine ganze Menge wichtiger Fragen in durchaus modernem Sinne zu lösen, deren endgültige Lösung nicht wohl lange hinausgeschoben werden könne. Dazu gehöre ganz besonders die Durchführung des Gedankens, den Staat zu einem vollständig paritätischen in jeder Beziehung weiter zu entwickeln, wie dies dadurch herbeigeführt werden solle, daß die Besteuerung des Grundbesitzes der Minderheit zugunsten der Mehrheit aufgegeben werde.

Über nicht bloß das. Wie aus einer im Bericht der Zwischendeputation abgedruckten Regierungserklärung hervorgeht, hat bereits vor der Einbringung des Kirchensteuergesetzesentwurfs vom Jahre 1907 ein anderer bekannter National-liberaler, der frühere Bürgermeister und jetzige Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher, sich öffentlich und ungleichbedeutend für die gänzliche Freilassung der andersgläubigen von Kirchensteuern ausgesprochen. Das geschah auf dem sächsischen Gemeindetage im März 1905, wo Blüher einen Vortrag über die Reform der Parochialkostengesetzgebung hielt und dabei ausführte:

Die Reform muß ferner vor allem diejenigen Bestimmungen heftigen, die Anlaß zu berechtigten Beschwerden gegeben haben. Solche — ich nenne nur die berechtigten Beschwerden — haben in der neueren Zeit nahezu jeden Landtag beschäftigt. In erster Linie handelt es sich dabei um die Besteuerung andersgläubiger. Dabei ist zwischen der Besteuerung der sogenannten persönlichen Anlagen einerseits und zu den dinglichen Anlagen andererseits zu scheiden. In den persönlichen Anlagen haben andersgläubige nur bei der Schule und auch da nur insofern beizutragen, als sie für die Schule der konfessionellen Mehrheit dann Steuern müssen, wenn sie keine eigene Schule besitzen, vielmehr jene mit benutzen; diese Besteuerung ist durchaus gerechtfertigt. Anders steht es mit den dinglichen Anlagen, der Grundsteuer; zu dieser sind, zugunsten der Mehrheitsgemeinde der Schule, auch diejenigen andersgläubigen verpflichtet, die eine eigene Anstalt unterhalten, und ebenso müssen zur Kirchengemeinde alle, auch die andersgläubigen Grundbesitzer, Grundsteuer geben. Diese Besteuerung läßt sich nicht rechtfertigen.

Schon vor 150 Jahren bestimmte das Preussische Allgemeine Landrecht, Teil II, Titel 11 § 261: „Doch soll niemand bei einer Parochialkirche von einer andern als derjenigen Religionspartei, zu welcher er selbst sich bekennt, zu Lasten oder Wagnissen, welche aus der Parochialverbundenung fließen, angehalten werden, wenn er gleich in dem Pfarrbezirke wohnt oder Grundstücke darin besitzt.“

Achtlich besagt das bairische Gesetz vom 22. Juli 1810: „Kein Staatsbürger ist verbunden, zur Befriedigung der Bedürfnisse von Kirchen und Schulen einer Religionspartei, zu welcher er nicht gehört, mittels Umlagen beizutragen, wenn nicht ein gemeinschaftlicher Genuß oder ein besonderes Rechtsverhältnis besteht.“ Ebenso hat unser Evangelisch-lutherisches Landeskonfessionsrat in der Vorordnung vom 22. Juni 1888 sich mit vollem Rechte zu dem Satz bekannt, „daß es dem natürlichen Rechtsgefühl widerspricht, Personen, welche aus der Kirchengemeinde förmlich ausgeschieden und daher nicht mehr Mitglieder derselben sind, noch zur Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse, an welchen sie keinen Anteil haben, heranzuziehen.“ Dieser Satz, mit dem damals die Freilassung der Dissidenten von persönlichen Kirchenanlagen begründet wurde, behält seine Wahrheit auch für die Realsteuer. Denn was kann es für die vorliegende Frage ausmachen, ob die Steuer nach dem Grundbesitz oder nach dem Einkommen oder nach einem andern Maßstabe auferlegt wird? Und zu welchen Beweismitteln kann unter jetziger Rechtszustand führen! Unter Umständen muß der Protestant zum Peterspfennig oder zu einer Gabe für die congregatio de propaganda sive beitrage, oder der römisch-katholische Christ zum die Cod-vom-Rom-Bewegung subventionieren helfen. Sagen Sie nicht, meine Herren, daß ich hier zu bedenklich bin; die Empfindlichkeit ist nirgends größer und berechtigter als in Glaubensdingen.

Man darf angesichts dieser ganz einseitigen Stellungnahme eines der ihrigen gespannt darauf sein, ob die national-liberale Landtagsfraktion die Stellungnahme ihrer Parteifreunde in der Deputation teilen und damit den, wie es in der oben erwähnten Regierungserklärung heißt, „mit den jetzigen Anschauungen über kirchliche Steuerpflicht schlechterdings unvereinbaren Rechtszustand, der Sachen auf diesem Gebiete gegenüber allen größeren deutschen Bundesstaaten sowie dem österröichlichen Nachbarstaate tatsächlich rückständig erscheinen läßt“, notwendig helfen wird.

#### Arcinabzustände.

Die Skandal- und Katastrophen von Burgstädt ist wieder um einige Blätter reicher. Das Schöffengericht hatte sich mit zwei Verleumdungsprozessen gegen Bürgermeister Dr. Roth, den vielgenannten fortschrittlichen Landtagsabgeordneten, zu befassen. Beide Prozesse haben ihre Ursachen in der immer noch nachstehenden Erregung, die sich an jenen Prozeß des Bürgermeisters Dr. Roth gegen den Fabrikanten Winler im Jahre 1910 knüpfte. Damals war Winler zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Gericht hatte bekanntlich die gegen Dr. Roth erhobene Beschuldigung des Falschspiels als nicht erwiesen betrachtet.

In dem ersten der beiden jetzigen Prozesse Winler gegen Dr. Roth wegen einer Zeitungswitz; Dr. Roth hatte Widerklage erhoben. Vor Eintritt in die Verhandlung kam jedoch ein Vergleich zustande, die Klagen werden zurückgezogen und die Kosten geteilt.

Auders bei der zweiten Verhandlung. In diesem Falle klagte der Fabrikant Kreychmar gegen Dr. Roth. Hinter Kreychmar stand die aus dem Prozeß Winler im Jahre 1910 bekannte Stammtafelrunde, die sich jetzt auch im Jubiläumsvorjahr bemerkbar machte. Die Behauptung, daß Roth falsch gespielt habe, ist zuerst von dem Fabrikanten Gärtner aufgestellt worden, und zwar etwa sechs Jahre nach dem angeblichen Falschspiel. In der Zwischenzeit

Hat Gärner, der Referent dieser ist, anstandslos mit Roth gespielt, und auch der Kläger, dem es nun dem Vorkommnis seiner Mitteilung gemacht haben will, hat ohne Gewissenbisse mitgespielt. Er sollte aber trotzdem als Kronzeuge Gärners in einem ehrenrührigen Verfahren dafür auftrreten, daß Dr. Roth seinerzeit schon gewißlich habe. Dr. Roth hatte davon Kenntnis erhalten und in einer Eingabe an den Ehrenrat des Bezirksammanbros in Borna geschrieben, dem Renquis des Archivar über das angebliche Nachspiel sei deshalb kein Gewicht beizulegen, weil er eine glatte Urkundenfälschung begangen habe, die nur wegen eingetretener Verjährung nicht verfolgt werden sei, und daß er ferner viermal der Brandstiftung dringend verdächtig gewesen, beim Militär mit Degradation und 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und im bürgerlichen Leben wegen Körperverletzung und Beamtenebeidigung ujm. bestraft worden sei. Wegen dieser Behauptung habe Archivar Privatklage angebracht. Die Vergleichsversuche des Vorstehenden scheiterten, da er erklärte, daß es sein Recht sein würde, wenn er die Beschuldigungen auf sich ziehen lassen wollte. Der Anwalt Dr. Roth bestritt die Richtigkeit der Behauptung. Er habe nur den Ehrenrat informiert und die Glaubwürdigkeit des jetzigen Klägers erfüllt zu wollen. Zudem entsprächen seine Behauptungen der Wahrheit. Die Urkundenfälschung liege darin, daß er bei seiner Anmeldung in Burgstädt schriftlich angegeben habe, seine Ehe sei 1890 geschloffen, während die Eheschließung in Wirklichkeit erst 1886 erfolgt ist. Man habe angenommen, daß dies geschehen sei, um zu verheimlichen, daß seine Frau ein Kind mit in die Ehe gebracht hat. Er habe, nachdem ohne sein Zutun Erörterungen angestellt waren, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft mit dem Bemerkten unterbreitet, daß die Verjährungsfrist abgelaufen sei. Der Verdacht der Brandstiftung habe sich auf den Kläger gelenkt, da es innerhalb einer ganz kurzen Zeit dreimal bei ihm gedauert habe. In weiten Kreisen habe man den Kläger für den Brandstifter gehalten. Er (Roth) habe um so mehr Grund gehabt, sich gegen das Mitleid der Staatsanwaltschaft zu wehren, als gerade damals die angebliche Nachspielaffäre bei seiner Nichtbestätigung als Oberbürgermeister von Jitau eine große Rolle gespielt habe.

Die Behauptungen des Angeklagten über die Bestrafungen des Klägers wurden durch die Beweisaufnahme bestätigt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Kläger — wie weiß durch welche Protektion — wegen der militärischen Bestrafung befreit und wieder in den Rang eines „Unteroffiziers der Reserve“ berufen worden ist. Für die Behauptungen wegen des Verdachts der Brandstiftung konnten positive Beweise nicht erbracht werden, aber — man hat allerhand „gemunkelt und vermutet“.

Nach Schluß der Beweisaufnahme erklärte Bürgermeister Dr. Roth, daß er nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und nach den Erklärungen des Klägers die Behauptungen wegen Brandstiftung und der Brandstiftung sowohl als wegen der Urkundenfälschung nicht aufrecht erhalten könne. Hieraus ein neuer Vergleichsversuch des Vorstehenden der übrigens wiederholt den Kläger in die Schranken weisen mußte, der aber vom Kläger abgelehnt wurde. Der Vertreter des Klägers beantragte eine Freiheitsstrafe, der Verteidiger Roths um Verurteilung auf § 193 der Freiheitsstrafe. Das Urteil verurteilte Dr. Roth wegen Beleidigung zu 200 Mk. Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher Kosten. Die Beleidigung wurde erklart in der Behauptung in dem Schreiben des Angeklagten an den Ehrenrat des Bezirksammanbros Borna, der Kläger habe sich einer glatten Urkundenfälschung schuldig gemacht, die nur wegen der eingetretenen Verjährung nicht hätte verfolgt werden können. Das eingetretene Verjährung nicht hätte verfolgt werden können. Das Verbrechen der Beleidigung nach § 186 des Strafgesetzbuchs angenommen. Der Schutz des § 193 habe dem Angeklagten nicht zufließen können, da er die Grenze des Zulässigen überschritten habe.

Die Sammlungsfrage hat einen Erfolg gegen Dr. Roth zu verzeichnen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie sich damit aufrechten und die Feindschaften gegen Dr. Roth einstellen werde. Wahrscheinlich wird vielmehr der Kampf gegen Dr. Roth um so hartnäckiger weitergeführt werden.

### Konservative Konsumvereine.

Die Konsumvereine liegen den Konservativen schwer im Magen. Das sieht man wieder aus einem Artikel des konservativen Vaterland: Der Staat im Staate, worin dem dummen Spießbürtum vor den Konsumvereinen graulich gemacht wird. Da wird der Umkreis des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz nach dem letzten Rechenschaftsbericht den Lesern in mittelständlicher Beleuchtung vor Augen geführt und schließlich aus dem Vorwort ein längerer Zitat gegeben, das mit der Wendung schließt, daß der Staat der Gegenwart leider (!) ein Klassenstaat sei und die Gründe der Bekämpfung der Konsumvereine sehr materieller Natur seien. Dazu bemerkt nun das Vaterland:

Das ist ein offenkundiges Bekenntnis zur Sozialdemokratie. Unsere parlamentarischen Orverordneten und unsere Staatsregierungen scheinen leider von derartigen offenen Bekenntnissen nur selten Notiz zu nehmen. Es wäre sonst schwer zu verstehen, daß der Staat auch auf diesem Gebiete ruhig zuseht, wie seine Zofen, wie die schlimmsten Gegner seiner arbeitenden Bürger ihre Bauwerkstätte verrichten, und daß er auch nicht den leisesten Versuch unternimmt, sich selbst gegen das drohende Verhängnis zu schützen!

Daß durch die Konsumvereine die kapitalistische Gesellschaft und der bürgerliche Staat nicht aus den Angeln gehoben werden kann, ist eine Wahrheit, die so offen zutage liegt, daß sie jeder mit halbwegs normalen Verstand begabte Politiker kapieren muß. Und man darf daher auch den Konservativen im allgemeinen zutrauen, daß sie dies begreifen. Wenn das Vaterland dennoch seinen Lesern solchen Schwachs vorsetzt, so beweist das nur, was es seinen Lesern alles bieten darf und daß im Kampfe gegen die Sozialdemokratie jedes Mittel erlaubt ist.

### Bewerbstöße Bettel.

Aus Großsalka bei Dresden wird der Dresdner Volkszeitung geschrieben: In letzter Zeit wurden wiederholt im Auftrage der Herren Pastoren Flugblätter durch die Lehrer an die Schulkinder verteilt mit der Aufforderung, Geld mitzubringen zur Unterstützung eines evangelischen Kirchenbaues in Rom (!). Wenn wir uns nun schon gegen die Bettelerei im allgemeinen wenden, so müssen wir uns entschieden gegen die Art und Weise vernehmen wie sie hier betrieben wird. So wurde beispielsweise Kindern, die nicht mitbringen, gesagt: „Dein Vater ist wohl auch ein Roter!“ Mit dieser Bettelerei wird keineswegs erreicht, daß die Kinder zu besonderer Opferfreudigkeit erregt werden. In falscher Eitelkeit wollen die Kinder häufig nicht hinter anderen zurückstehen und es ist nicht nur einmal vorgekommen, daß sie sich aus dem Grunde auf unlautere Art in den Besitz von Geldmitteln gebracht haben. Besonders ein Passus aus einem Flugblatt erregt mich sehr angetan, die Kinder zu verleiten. Es heißt dort: „Darum mußt unbedingt auch Du zu diesem Kinder Gottesdienste eilen und auch etwas in Deinem Götterdienste mitbringen, vielleich aus Deiner Sparbüchse, meißt Du, etwas Orbenliches muß es schon sein, denn Du willst doch Deine Kraft beweisen nicht wahr?“ In bewußter Art, daß sich Lehrer finden, die sich zur Vermittlung einer solchen mit moralischem Zwange verknüpften Bettelerei hergeben.

Kadelschloß. Der Liberale Verein zu Lichtentau. Callenberg führt in der bürgerlichen Presse Klage darüber, daß den angeblichen Lehrerinnen, die das Callenberger Seminar besuchen, verboten worden ist, einem von ihm veranstalteten Kurs über Staatsbürgerkunde beizuwohnen. Der Oberschulrat hat dies Bürgerkunde bei den Vorträgen gewarnt, weil sie dadurch den Ruf der Anstalt schädigen und sich später ihre amtliche Stellung erschweren. Die Lehrerinnen haben unter diesen Umständen auf den weiteren Besuch der Vorträge verzichtet. Nun klagt der Liberale Verein über

Kadelschloß und will im Landtage Beschwerde führen. Sonst merken aber die Liberalen nichts von Kadelschloß.

Dresden. Der Hauskalkypant der Stadt auf das Jahr 1913 schließt im Voranschlag mit 72157307 Mk. in Einnahme und Ausgabe ab, das sind 5823184 Mk. mehr gegenüber dem Voranschlag auf das laufende Jahr.

Burgstädt. Die Regierung hat die Konzession für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn in Burgstädt — Burgstädt — Pimbach an die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft in Berlin erteilt. Diese Bahn soll an die Stelle der Autoomnibus-Verbindung Burgstädt — Burgstädt — Pimbach treten und neben dem Personenverkehr auch dem Güterverkehr dienen.

Böhm. Im Gemeinderat zu Oberderwitz hatten die reaktionären Elemente bei der Beratung des Ortsgesetzes alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine ihren Wünschen entsprechende Fassung durchzusetzen. Sie wandten sich sogar mit Zuschriften an die Amtshauptmannschaft. Den Wünschen dieser Elemente würde es auch entsprechen, wenn die Klasse der Unzufriedenen niemals geteilt worden wäre. Die dazugehörigen Anträge wurden jedoch vom Gemeinderat mit großer Mehrheit unter der Befugung abgelehnt, man habe keine Berechtigung, das Gesetz reaktionärer zu gestalten, als es schon sei.

Jittau. Eine Erlaubnis aus dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Jittau hatte bekanntlich der Jittauer Stadtrat schon vor längerer Zeit beantragt. Die Bezirksversammlung hatte dem auch zugestimmt. Damit war auch die Bedingung verknüpft, daß die Wegegeldbestelle an der Straße Jittau-Oberdorf-Landesgrenze bei Jittau in Wegfall kommen soll. Als dem Rat der Stadt Jittau jetzt mitgeteilt wurde, haben das Finanzministerium und das Ministerium des Innern dieser Maßnahme zugestimmt, so daß die Hebelstelle mit Ende dieses Jahres in Wegfall kommt. Der Stadtrat erklärt darin ein gutes Omen und gibt sich der Hoffnung hin, daß sein Auscheiden aus dem Bezirksverband auch für den Fall Genehmigung findet, wenn das Bezirksverbandsgesetz scheitern sollte.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Ein schreckliches Familien-drama trug sich in Dresden im Hause Kronprinzengäß 14, zu. Dort erschog der 39 Jahre alte Oberpostkassierer Robert Paul Kimmich seine 36 Jahre alte Ehefrau geborene Thiene und seine beiden Kinder, den 11 Jahre alten Bürgerkassierer Hellmuth und die 13jährige Schülerin Ilse, und darauf sich selbst. Gegen 9 Uhr vormittags erfolgte die gerichtliche Aufhebung der Leichen. — Im Krankenhause Friedrichstadt in Dresden badete am Freitag der Waise Juniper die 1894 geborene Arbeiterin W., die sich seit September wegen Epilepsie im Krankenhaus befindet. Wahrscheinlich hat sie beim Baden einen neuen Anfall bekommen und ist dabei ertrunken. — Ein Votum der Firma Demisch & Engler in Jittau war beantragt worden, ein Sächsisches mit 2500 Mk. nach den Fabriksräumen der Firma zu bringen. In der Nähe des Rummerberges, dicht bei der Fabrik, trat ein Unbekannter an den Boden heran, suchte ein Gespräch mit ihm anzuknüpfen und warf ihm dann ein scharfes Pulver in die Augen. Darauf rief der Unbekannte den Geldbeutel an sich und flüchtete nach der Stadt zu. Nach Durchquerung mehrerer Gärten erwichte man den Flüchtling in der äußeren Weberschne. Der Räuber ist der 33jährige Weber Reinhold Wieda aus Braunsdorf in Oesterreich. — In Klingenberg wurde wegen Verdachts ein am Talsperrenbau beschäftigter Arbeiter verhaftet. Er soll vor etwa drei Wochen in Rummenhain (Mhl.) einen Mitarbeiter erschossen haben. Seit dieser Zeit lebte der Verdächtige unter falschem Namen. Bei seiner Vernehmung vor dem Amtsgericht Tharandt behauptete er, daß der Arbeitergenosse das Opfer einer Spielerei mit einer Browningspistole geworden sei. — Als in Jettan bei Meissen die elektrische Leitung des Ortes an die Heberlandzentrale angeschlossen werden sollte, waren fünf Mann im Transformatorgehäuse anwesend. Nach der Einschaltung schoß plötzlich eine mächtige Feuer-garde empor, so daß das ganze Transformatorgehäuse in Flammen stand. Nur mit großer Mühe gelang es den darin befindlichen Leuten, sich zu retten.

## Aus den Nachbargebieten.

### Der Meininger Landtag

tritt am 19. November zu einer Sitzung zusammen, die aber voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein wird. An bemerkenswerten Vorlagen wird der Landtag zu erledigen haben: ein Gesetz über den Schutz wildwachsender Pflanzen, Einreichung mehrerer Beamtensstellen in höheren Schulklassen, Neueinrichtung einer Regierungsratsstelle im Staatsministerium und Bewilligung von 310000 Mk. zum Ankauf von Domänenbesitz. Da in der letzteren Frage unsere Fraktion prinzipiell auf dem Standpunkt steht, daß die Domänenvermehrung so wie bisher nicht weiter gehen kann, und da auch bürgerliche Abgeordnete dieser Ansicht beipflichten, dürfte es bei Beratung dieser Vorlage zu ausgedehnten Debatten kommen.

Galle a. S. Bürgermeister Scherff in Kranichfeld in Thüringen, der erste Direktor des Kronischfelder Bankvereins, wird seit Anfang November vermisst, die Staatsanwaltschaft, die Untersuchungen vermutet, beschlagnahmte die Wäcker und die Kasse des Bankvereins.

Sera. Bürgermeister Broßmann und Schlachthofdirektor Jizsch, die in Anspruch genommen, um vorbestimmte Fleischlieferungen abzugeben, sind zurückgehalten und haben die Erlaubnis gemacht, daß in Dänemark gewaltige Mengen an vorhanden sind. Es empfiehlt sich aber nur, erste Qualität Fleisch zu bestellen, da die zweite Qualität hierzuende kaum Abnahme finden würde. Dänemark sei in der Lage, auf Jahre hinaus Fleisch zu liefern.

## Gerichtssaal.

### Schwurgericht.

Der „Aufruhr“ an der Elster. Unter der Anklage des Aufruhrs stehen der 34 Jahre alte Arbeiter Gustav Emil Köhler aus Kleinshocher, der 20 Jahre alte Fabrikarbeiter Karl Joseph Beda aus Großshocher und der 23 Jahre alte Arbeiter Gustav Alfred Jänig aus Kleinshocher. Die Angeklagten vergnügten sich am Donnerstag, den 11. Juli, nachdem sie feierabend gemacht und viel getrunken hatten, mit einer Rauferei auf der Elster. Donnerstags abends befindet sich in der Nähe des Schleufliger Parks viel Publikum, das dem Konzert zuhört. Die Angeklagten machten sich nun den „Spaß“, in der Nähe der Brücke so stark mit ihrem Kahn zu schaukeln, daß Beda ins Wasser fiel und ans Ufer schwamm. Ihm nach sprang Köhler, angeblich um sein Jodett aus dem Wasser zu holen. Das Publikum soll an dem Vorgang ebenfalls keinen „Spaß“ gehabt haben. Anders aber dachten darüber die Polizeibeamten, die die drei Leute arre-tieren wollten, aber bei ihnen auf Widerstand stießen. Auch das Publikum soll für die Angeklagten Partei ergreifen und eine drohende Haltung gegen die Schutzleute eingenommen haben. Köhler und Beda sollen sich zunächst geweigert haben, den Beamten ihre Namen zu nennen. Als sie arretiert werden sollten, sollen sie sich eingestemmt und um sich geschlagen haben, so daß sich eine große Menschenmenge ansammelte, die hobte und pfliff. Jänig soll einen Schutzmann mit Faustschlägen auf den Kopf und mit Fußstößen traktiert haben, um die Verhaftung seiner Freunde zu vereiteln. Die Schutzleute zogen schließlich blank. Die Angeklagten erklärten, sie seien stark betrunken gewesen. Beda sei beim Plündern ins Wasser gefallen. Mit Absicht hätten sie den Kahn nicht

umgekippt. Jänig behauptet, er habe nicht geschlagen, aber das Publikum habe gerufen: „Saut sie!“ Darauf hätten die Schutzleute den Kahn gezogen, worauf aus dem Publikum wieder gerufen worden sei: „Wehe, wenn ihr schlägt!“ Der Schutzmann Jizsch erzählt, wie er gesehen habe, daß sich die Kahnfahrer tüchtig schaukelten, so daß Beda ins Wasser fiel. Im Publikum erhob sich darüber ein Gelächter. Er (der Zeuge) habe hinunter gerufen, sie sollten den Unfug unterlassen. Beda habe er festgehalten, weil er seinen Namen nicht nennen wollte. Da trat Köhler hinzu und Beda ließ davon. Köhler widersetzte sich ebenfalls, so daß er seinen Schlagstrich nahm, um Köhlers Widerstand zu brechen. Köhler habe ihn gegen das Brüdengeländer gedrückt, so daß er mit dem Rücken über das Geländer gedrückt wurde, und das Publikum habe geschrien: „Werft den Hund ins Wasser!“ Dann aber sei ihm ein Kollege zu Hilfe gekommen. Als sie sich nun mit Köhler beschäftigten, seien sie von hinten mit Schlägen bombardiert worden. Er habe dann nach hinten zu mit seinem Schläger geschlagen und dabei den Angeklagten Jänig getroffen. Es sei auch versucht worden, ihn von hinten das Seitengewehr zu entreißen. Das Publikum sei rufend gewesen: „Werft die Schutzleute die wegelaufenen Arretanten wieder unten am Wasser sehen, versuchen sie, ihrer habhaft zu werden. Aber Beda sprang wieder ins Wasser und schwamm ans andre Ufer. Die Beamten gingen darauf auch ans andre Ufer. Nun nahmen sie Jänig fest, der fortwährend von hinten geschlagen haben soll.“

(Die Verhandlung dauert fort.)

Unter der Anklage der Brandstiftung hatte sich der bereits mit fünf Jahren Zuchthaus verbüßte 45 Jahre alte Altwarenhandler Karl Heinrich Schläger aus Oberderwitz zu verantworten. Sch. wohnte seit dem vorigen Jahre in Wendischluppa in einem dem Holzbildhauer J. in Wurzer gehörenden bauisigen Hause, das nur noch einen Wert von 8000 Mk. repräsentierte. Sch., der in dem Grundstück seinen Althandel betrieb, hatte sich mit 1700 Mk. versichert. Es soll wegen der Unreinlichkeit des Betriebs häufig zu Streitereien gekommen sein und Sch. soll einmal gesagt haben, wenn er aus dem Hause kämte, so würden die andern auch herauskommen. In der Nacht zum 12. August brannte es nun in dem Hause. Sch. will erst durch den Feueralarm geweckt worden sein. Seine Kinder, seine Frau, seine zwei Hunde und er selbst wurden an einer von außen angelegten Leiter aus dem brennenden Hause geholt. Sch. wurde beschuldigt, diesen Brand angelegt zu haben, um sich die Versicherungssumme zu verschaffen. Mit der Rettung auf der Leiter soll er eine Komödie aufgeführt haben. Sch. selbst bestritt aber, der Brandstifter zu sein. Trotz der Vernehmung von einem Duzend Zeugen gelang es nicht, Sch. zu überzeugen, so daß die Geschworenen auf Nichtschuldig erkannten. Sch. mußte freigesprochen und aus der Haft entlassen werden.

### Landgericht.

Ein schweizerischer Sprachlehrer. Der 42 Jahre alte Johannes Montfort aus Holland, der hier in der Grassi-straße eine große Wohnung inne hatte und sich durch Sprachunterricht ernährte, wurde wegen unfittlicher Handlungen an seinen Schülern zu 1 1/2 Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

### Kaufmannsgericht.

Beleidigung als Entlassungsgrund. Der Expedient E. stand in Kündigung in dem Expeditionsgeschäft von Albert Meyer in Leipzig, wo er seit April d. J. mit 80 Mark Monatslohn beschäftigt war. Während der Kündigungsfrist, die bis zum 31. Oktober lief, hat E. mehrfach, einige Stunden aus dem Geschäft weggehen zu dürfen, weil er sich noch einer anderen Stellung anschauen wollte. So war es auch am 18. Oktober, wo E. den Mitinhaber Hugo Meyer junior um Erlaubnis zum Fortgehen nachmittags 10 Uhr erwirkte die Erlaubnis mit der Begründung, am Nachmittag müsse E. wegen der vielen Arbeit im Geschäft nicht weggehen. Darauf sagte E.: „Sie hindern mich in meinem Fortkommen, wir werden uns dann vor Gericht sehen.“ Diese Antwort empörte Mr. so, daß er den Expedienten anführte, er sei ein unverlässlicher Bengel und ein großer Unmümel. Wegen dieser Beleidigung verurteilte E. die Arbeit und verlangte Zahlung seines Gehaltes bis zu Ende Oktober. Da die Firma aber nur bis zum 16. Oktober Gehalt zahlte, klagte E. jetzt auf Zahlung von 38,88 Mark und Ausstellung eines Zeugnisses. Vor dem Gericht machte der Beklagte als Entlassungsgrund noch geltend, E. habe den 72 Jahre alten Herrn Meyer mit einigen Flegeln großlich beleidigt, mit den Worten: Du Rindvieh, Du dummes Schwein! Davon habe die Firma allerdings erst Kenntnis erhalten, als E. die Arbeit schon verlassen hatte, die Firma machte aber nachträglich von diesem Entlassungsgrund Gebrauch. Der Expedient bestritt zwar, die Schimpfwörter gebraucht zu haben, aber die Firma brachte für ihre Behauptung einen Zeugen. Das Kaufmannsgericht prüfte nicht erst die Frage, ob der Expedient wegen der Schimpfwörter Unmümel und Bengel die Arbeit sofort verlassen konnte, der Kläger wurde vielmehr mit seinen Ansprüchen kostenpflichtig abgewiesen, weil er den Chef großlich beleidigt habe. Das sei ein Grund zur sofortigen Entlassung.

### Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

#### Dienstag:

Speisenstall I (Schaanitzgäß 1): Sauerkraut mit Schmelkefleisch.  
Speisenstall II (Zosterstraße 1): Kartoffelsuppe und Nudeln mit Schmelkefleisch.  
Speisenstall III (Mühlgäß 24): Weizenbrat mit Schmelkefleisch.  
Speisenstall IV (Ritterstraße): Sauerkraut mit Schmelkefleisch.  
Speisenstall V (Königsplatz 5): Sauerkraut mit Schmelkefleisch.  
Speisenstall VI (Königsplatz 10): Weizenbrat mit Schmelkefleisch.  
Speisenstall VII (Wasserkunstrasse 5): Weizenbrat mit Schmelkefleisch.  
Speisenstall VIII (Bismarckstraße 35): Weizenbrat mit Schmelkefleisch.

### Opisthorchis No. 26965.

„... Unter dem sozialen Fortschritt  
schwimmt Großvater mit  
dem Köhler und dem Rindvieh  
und Vollkommenheit.“

Luz Opisthorchis No. 26965

# Grosse Versammlung

für Frauen und Männer

Dienstag, den 19. November 1912, abends 7/9 Uhr  
im Saale des Volkshauses, Zeitzer Str. 32.

Tagesordnung:

Vortrag der Genossin Frau Dr. Weil, Berlin, über:  
**Die Befreiung der Frauen durch den Sozialismus.**

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

22003] **Karl Buhl, Leipzig, Dresdner Str. 24.**

## Ortsverein Connewitz.

Dienstag, den 19. November, abends 9 Uhr

### Vereins-Versammlung

im Gasthof zum Sächsischen Haus.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Mylau über: Die Lage der Arbeiterklasse. 2. Vereinsangelegenheiten.

Sonnabend, den 23. November, abends 8 Uhr, im Hotel Friedrichshallen  
Hochinteressanter

### Lichtbilder-Vortrag und Kinematographen-Vorstellung.

Ausführender: Herr R. Laube.

Nachmittags 4 Uhr: **Kinder-Vorstellung.**

Eintrittspreis zur Abend-Vorstellung im Vorverkauf 15 Pfg., an der Kasse 25 Pfg. Zur Kindervorstellung 5 Pfg.

Programme werden an den bekannten Stellen und in der Vereins-Versammlung ausgegeben. Der Vorstand.

## Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig.

Sonntag, den 24. November (Totensonntag)

### Theater-Abend

im Felsenkeller, Plagwitz.

### Die grösste Sünde.

Drama in 5 Akten von Otto Ernst.

Ausgeführt von der Dramatischen Abteilung des Ortsvereins.

Anfang Punkt 7/8 Uhr.

Eintrittskarten im Vorverkauf à 30,- an den bekannten Stellen. An der Kasse 40,-.

Sonnabend, den 21. Dezember, nachmittags 4 Uhr, und

Sonntag, den 22. Dezember, nachm. 1 Uhr und abends 7/8 Uhr

### Weihnachtsmärchen Schneewittchen und die sieben Zwerge.

Karten à 10,- für Kinder und 20,- für Erwachsene sind jetzt schon zu haben. Der Vorstand. 28384\*]

## Ortsverein Leutzsch

### Funktionäre!

Dienstag, den 19. November, abends 7/9 Uhr im Vereinslokal.

Solljähriges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

NB. Die Bibliothek ist ab Dienstag, den 19. November, wieder geöffnet. Wir empfehlen dieselbe zur recht regen Benutzung. 28322] D. P.

## Fabrikarbeiter-Verband

Zahlstelle Markranstädt u. Umg.

Dienstag, den 19. November 1912, abends 8 Uhr, im Thüringer Hof, Markranstädt

### Lichtbilder-Vortrag

über Betriebsgefahren und Arbeiterschutz in der chemischen Industrie. Vortrag: Kollege W. Buch, Hannover. Kollegen und Kolleginnen, sorgt für zahlreichen Besuch des Vortrags! Mitglieder anderer Organisationen sowie Genossen und Genossinnen sind hierzu eingeladen. Eintritt frei. 28355] Die Ortsverwaltung

### Spezialgeschäft f. Bettfedern u. fert. Betten

Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt

Großes Lager in Inletts.

**Heinr. Rohr, L.-Volkmarzdorf, Kirchstr. 2**

Ecke Wurzenor Strasse.

Socht. Hüter, Ringzug und Schube billig zu verkaufen. Plagw., Jahstr. 45, pt. v. 1

### Prima Briketts

kaut man am vortheilhaftesten bei

**Benno Grimm**

G. u. h. H. Tauchaer Strasse 41.

### Pelzwaren

eigene Fabrikate

Stolas v. einfachsten b. feinst.

Anfertigung aller Pelzschon.

32-jähriges Bestehen.

**K. Pauzer, Kürschnerstr.**

Guerrstrasse 11, III. F.

## Färberei Adler



besonders schön reinigen wir

**Garderobe für**

**Damen-Herren**

**u. Kinder**

## Joach. Pahl

Kolonnenstr. 22

fertigt unter Garantie

preiswert und gut

Herren-Moden

## Reparaturen

an Uhr, j. Art, nur

für sol. Ausführung

u. unter Gar. bei

**Gustav Kaniss**

Uhrmach., Tauch. Str. 6

## Eskimoleben

von Fridtjof Nansen.

(Geb. seit 1891, nur 1.00 Mk.)

liefert die

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abteilung Buchhandlung.

## Arbeiter-Bildungs-Institut

Die Verwaltung des Riedel-Vereins hat uns zum Vertriebe an organisierte Arbeiter eine Anzahl Billets zu der am Dienstag, den 19. November, abends 7/9 Uhr, in der Albert-halle stattfindenden

### Hauptprobe

übergeben.

PROGRAMM:

### Berlioz, Requiem

Direktion: Herr Dr. Georg Göbler. — Solo: Herr Hofopernsänger Stewert. — Orchester: Die verstärkte Hofkapelle aus Altenburg (zirka 140 Musiker). Insgesamt zirka 400 Mitwirkende.

Einlasskorten und Programm 50 Pfg.

Ausgabestellen: Buchhandlung Volkszeitung, Tauch. Str., und deren Filialen im Volkshaus, in Lindenau und Volkmarzdorf. Der Bildungs-Ausschuss.

## Metallarbeiter

Verband

Die Bibliothek steht allen Mitgliedsmitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bureauezeit entliehen werden

### Lichtbildervorträge

des Kollegen Seb. Lauterbach-Stuttgart über

### Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter

finden statt:

Dienstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Albertgarten.

Donnerstag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, im Schloss Drachensfels.

Freitag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Felsenkeller. [22012\*

Sonnabend, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im Goldenen Löwen, Taucha.

Montag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lindenhof, Schkeuditz.

Dienstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Leipzig.

Eintrittskarten à 20 Pfg. sind im Bureau und durch die Vertrauensleute zu beziehen.

### Jugendabteilung.

Donnerstag, 21. Novbr., abends 8 Uhr: Lichtbilder-Vortrag im Volkshaus. Herr Paul Kleyo aus Berlin spricht über: Die Entstehung eines Kinematographenfilms. Für die in der Metallindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge ist der Eintritt frei.

Eintrittskarten sind im Verbandsbureau zu haben. [28025\*

### Metallschleifer, Polierer und Galvaniseure.

Freitag, den 22. November: Versammlung im Volkshaus. 1. Vortrag des Kollegen K. Probst. 2. Branchenangelegenheiten. [\*

### Fabrikklempner der Gelbmetallindustrie.

Freitag, den 22. November: Versammlung im Volkshaus. 1. Vortrag: Die Vorläufer des Sozialismus. 2. Branchenangelegenheiten.

### Mechaniker, Elektromonteur u. verw. Berufe

Sonnabend, den 23. November 1912, abends Punkt 7/8 Uhr: **Öffentliche Versammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Humor und Satire in der modernen Literatur. Referent: Genosse Gustav Honnig, Leipzig.

2. Verschiedenes. Es liegt im Interesse der Söhne und des Redners, nicht zu tauchen. [2826\*

### Formen- und Giessereiarbeiter

Dienstag, den 26. November, nach Arbeitschluss: Bezirks-Versammlung im Deutschen Haus, Stötterstr. Tagesordnung: 1. Gewerkschaftskämpfe im Wandel der Zeit. Referent: Karl Probst. 2. Gemeinlich.

### Schkeuditz.

Dienstag, 19. Novbr., abends 7/8 Uhr: **Versammlung im Deutschen Haus.** Vortrag: Das Koalitionsrecht d. deutschen Arbeiter. Referent: Kollege Th. Kuxemann, Leipzig. [28026\*

## Der Verein der erwerbtreibenden Blinden

empf. dem geehrt. Publikum als Vorkennzeichen: B. Kauf, Plagw. Str. 55, pt.; als Nordmacher: H. Schulze, Kirchstr. 25/27; als Rohrputzmeister: H. Bed. Niesche, Str. 11, M. Kamink, Brodhandstr. 32, C. Meich, Melanchthonstr. 3, II., P. Rube, Poststraße 16, D. H., S. Densel, Schönerer Weg 42, pt., H. Reiche, Markthofstraße 11, II., W. Wetze, Hofer Straße 18b, III., P. Drehe, Meudorfer Straße 33, II., G. Verhold, Döllz, Siebenerstraße 11, III.; als Klavierstimmer: A. Schulze, Bayerische Straße 44, D. H., D. Dittmar, Albertstraße 27, IV.; als Klavierstimmer und Salonpianist: J. Gebert, Petersstraße 28, D. IV.

### Puppen-Spezial-Geschäft und Klinik

Agnes Weist (kein Laden) [28208\*

Grimmischer Steinweg 14, I. Etage.



## Für Gartenbesitzer

empfehlen wir:

### Der praktische Gärtner.

Illustr. Gartenbuch, 2 Bände.

1. Band: Biergarten und Topfblumen-Kultur nebst einer Einleit. Die Pflanze als lebendes Wesen. Mit 701 Abbild. u. 14 Gartenpl.

2. Band: Gemüse- u. Obstbau. Mit 337 Abbildungen und 3 Gartenplänen.

Jed. Bd. geb. statt 18, nur 6.50. 4 Bände in einem Band geb.

Der Küchen- u. Blumengarten von Henriette Davidis

statt 3, nur 1,-

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abteilung Buchhandlung

Tauchaer Straße 19/21.

Zu beziehen durch alle Filial- oder durch die Ausräger der Leipziger Volkszeitung.

Hugo Blum

Büchse-Fabrik

Reichsstr. — Handelshof.

Gundorfer Str. 23.

G. Schirmer

## Familien-Nachrichten

### Herzlichen Dank

Allen unsern Verwandten, Freunden, Nachbarn, meinen Arbeitskollegen und Kolleginnen und Sängern sowie meinen Verbandskollegen und Kolleginnen (Textilarbeiterverband) für die anlässlich unserer Silber-Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit und schönen Geschenke. [28321] Moritz Hermsdorf und Frau.

Für die uns beim Hinscheiden meines lieben Gatten, unfers guten Vaters gegebenen Beweise herzlichster Anteilnahme sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern tiefgefühltesten Dank. Besonders Dank der Familie Poppitz, seinen lieben Kollegen, der Lungenauer Landsmannschaft sowie allen denen, die ihm die letzte Ehre erwiesen haben. [28337] L.-Lindenau, den 18. November 1912. Emilie verw. Edel und Kinder.

Am Sonnabend entschlief nach kurzem Kranken sein unerwartet mein lieber treusorgender Mann, unfers guter Vater, Bruder, Onkel und Schwager der Gastwirt August Robert Winkler im Alter von 45 Jahren. In tiefster Trauer Großhoyer, den 18. November 1912 Wilhelmine verw. Winkler zugleich im Namen aller Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Dienstag, 19. Nov., nachmittags 1/3 Uhr, auf dem Friedhofe Großhoyer statt. [28310]

Am 16. November verschied ganz unerwartet unser Mitglied, der Gastwirt Robert Winkler in Großhoyer, Hauptstraße 28. Sein kollegiales Verhalten sichert ihm allezeit ein ehrendes Gedenken. Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Zahlstelle Leipzig. Die Beerdigung erfolgt Dienstag, nachmittags 1/3 Uhr, vom Trauerhause. Die Kollegen treffen sich Punkt 2 Uhr im Goldenen Dr. [28320]

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Leipzig. Am 15. November verschied im 71. Lebensjahre unser Mitglied, der Paternenwärter August Emil Schneider. Ehre seinem Andenken. [28381]

Allen Verwandten und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß meine liebe gute Frau, unfere Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau Johanne Hahnemann geb. Döring Sonntag früh 4 Uhr im Krankenhause St. Jakob nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist. L.-Lindenau, den 18. November 1912. Willy Hahnemann und Kind im Namen sämtlicher Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Mittwoch, vormittags 11 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes aus statt. [28350]

Sonntag abend verschied plötzlich und unerwartet unfers herzlichgutes Lieschen im 8. Lebensjahre. Dies zeigt hierdurch an L.-Anger, Lingerstr. 21, IV., den 18. November 1912 [28358] Familie Max Roselt. Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 1/4 Uhr, auf dem Trinitatisfriedhofe statt.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. November.

Geschichtskalender. 18. November 1827: Der Erzähler Wilhelm Hauff in Stuttgart gestorben (\* 1802). 1832: Der Polarforscher Adolf Erik Nordenskiöld in Gelsingford geboren (\* 1801). 1836: Der Mediziner Cesare Lombroso in Verona geboren (\* 1800). 1863: Der Vyrifer Richard Dehmel zu Wendisch-Bernsdorf in Brandenburg geboren. 1880: Elberfelder Geheimbundsprozess. 1907: Der Polarforscher Sir Francis Leopold Mac Clintock in London gestorben (\* 1819).

Sonnenaufgang: 7,20, Sonnenuntergang 4,1.
Mondaufgang: 2,3 nachm., Monduntergang: —.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 19. November.

Westliche Winde, Zunahme der Bevölkerung, milde, zunächst noch kein erheblicher Niederschlag.

Südlerringe.

Während auf einigen Gebieten die Fabrikantenkartelle dazu übergehen, den Zwischenhandel auszuschalten und die von diesem seither erzielten Profite sich zuzuführen — es sei nur an den Petroleumvertrieb der großen Petroleumgesellschaften erinnert —, halten sie es auf andern für zweckmäßiger, weil jedenfalls bequemer, ihn beizubehalten und zu untertänigen. Dafür gehen dann die „Kleinhafteren des Großhandels“ zur Bildung örtlicher und Bezirksvereinigungen über, die den Zweck verfolgen, die Tendenz der Fabrikantenkartelle und Handelsindividuale nachzuahmen und in verstärktem Maße die Konsumenten zu schröpfen. Recht auffällig tritt das gegenwärtig im Kohlenhandel zu Tage. Wohl bestehen noch mancherlei Differenzen zwischen Großhändlern und Plakhändlern, weil erstere noch nicht unterlassen wollen, gelegentlich den Kleinen das Fett von der Suppe zu stehlen, aber die Zeichen einer Verständigung mehren sich doch. Vielfach haben sich beide Gruppen schon zu dem Zwecke verbunden, Preisunterbietungen zu verhindern. Die Produzenten schließen den Profit der Händler. Wer die von den Kohlenhändlervereinen festgesetzten Verkaufspreise nicht innehält, wird in eine Konventionalsstrafe genommen, und die sogenannte „erste Hand“, d. h. die Produzenten, sorgen kraft ihrer Vertriebsmacht für den Eingang der Strafen. In einzelnen Städten, auch in Leipzig, ist dieses System bereits stark ausgebreitet. Außenleiter werden rücksichtslos bekämpft, Konsumentenorganisationen aufgefressen durch Nichtlieferung. Wenn das so weitergeht, dann sieht es um die Konsumenten von Feuerungsmitteln schlimm aus. Die Zeichenhaber im Bunde mit den Großimporteurs diktieren uneingeschränkt die Engrospreise, und der von ihnen und ihren Handelslangern geschickte Plakhändler schreibt die Detailspreise vor, die der schuldlose Verbraucher dann bei Strafe des Frierens zahlen muß! Insbesondere hat man es auf die Konsumenten abgesehen. Man weiß, welche Macht in der Vereinigung der Käufer steckt, und sucht deren Wirkungen beizeiten aufzuheben. Deshalb ist es hohe Zeit, daß hier von den Konsumenten planmäßig vorgegangen wird. Der Bedarf der organisierten Käufer, der Angehörigen von Konsumvereinen, an Kohlen und andern Brennmaterialien, ist, wenn man ihn als Einheit betrachtet, ein so großer, daß er einen nicht unwesentlichen Teil der Förderung in Anspruch nimmt, zumal wenn man den Verbrauch der gemeinschaftlichen Produktivbetriebe einrechnet. Daß diese Tatsache nicht bei der Deckung des Bedarfs in der Preisgestaltung wirksam zum Ausdruck gelangt, muß je länger je mehr als äußerst unangenehmer Zustand empfunden werden. Hoffen wir, daß es mit der äußerlichen Erstarkung und der finanziellen Kräftigung der Konsumentenorganisationen diesen gelingen möge, auch auf dem höchsten Gebiete der Feuerungsmittelversorgung Breche zu legen in die Willkür der koalitierten Produzenten und Händler. Einfach ist die Aufgabe nicht, aber auch nicht unlösbar.

Die Rechte des Angeklagten im Strafverfahren.

I.

Ueber dieses Thema hielt Rechtsanwalt Dr. Hübler vor den Leipziger Buchdruckern einen Vortrag, den wir hier ausführlich wiedergeben, da der behandelte Gegenstand allgemeine Wichtigkeit hat. Eine Belehrung hierüber ist ein Bedürfnis, so führte der Vortragende aus, da Strafverfahren für den Einzelnen und seine Angehörigen oft von weittragender Bedeutung sind. Man begegnet aber häufig nur geringer Kenntnis, selbst gebildete Leute meinen z. B. öfters, sie könnten die Anklage einfach abschwören! Die Kenntnis dieser Dinge ist aber sehr wichtig, denn keiner soll sagen, er werde mit dem Strafgesetz nicht in Verührung kommen. Insbesondere läßt jeder Gefahr, der eine Rolle in der modernen Arbeiterbewegung spielt. Handlungen, die die Gewerkschaftsbeamten für ihr gutes Recht halten, können als Vergehen angesehen werden. In Tarifverhandlungen, Betriebsräten und Streikandrängungen sind schon Verbrechen begangen worden! Welche Ausdehnung hat schon Artikel 153 der Gewerbeordnung erhalten, viele dieser gewerkschaftlichen Handlungen werden zu strafbaren Vergehen.

Das Strafgesetz unterscheidet zwischen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Diese Unterscheidung ist im Strafprozeß für die Beurteilung des Angeklagten wichtig. Die Schöffengerichte sind da für die Kleinen Vergehen und Übertretungen, die Strafkammern sind für die Verbrechen zuständig und die Schwurgerichte für die schwersten Fälle. Das Oberlandesgericht (in Sachsen) und das Reichsgericht entscheiden als Revisionsinstanzen endgültig, das Reichsgericht außerdem als einzige Instanz in Hoch- und Landesverratsfällen.

Es ist Grundgesetz, daß kein Angeklagter seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf; der Angeklagte kann nur in seinem Wohnort oder in demjenigen Orte vor Gericht gestellt werden, wo die Straftat begangen wurde. Wenn ein Mann in Dresden einen strafbaren Brief nach Leipzig schreibt, so sind die Gerichte beider Städte zuständig. Es ist wichtig, daß der Angeklagte dies weiß und zur rechten Zeit geltend machen kann.

Der Gang des Strafverfahrens ist in der Regel folgender: Ein Mann wird bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft angezeigt. Er erhält eine Vorladung und ist noch nicht der Angeklagte, sondern nur erst „Beschuldigter“. Muß der Beschuldigte der Einladung Folge leisten? Nein! Er kann dazu nicht gezwungen werden. Wenn kein Haftbefehl eines Richters vorliegt, so kann weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft den Mann holen. Eine andre Frage ist aber, ob es ratsam ist, von dem Recht des Ausbleibens Gebrauch zu machen. In der Mehrzahl der Fälle ist die Frage zu verneinen, weil die Polizei das Recht

der „vorläufigen Festnahme“ hat, da der Mann fluchtverdächtig erscheint, eben weil die Gefahr der Verdunkelung des Tatbestandes (Kollisionsgefahr) besteht. Das Recht der Festnahme steht übrigens jedemmann zu, wenn Gefahr oder die Voransetzung eines richterlichen Haftbefehls vorliegt. Wer vorläufig festgenommen ist, kann verlangen, daß er „unverzüglich“ richterlich vernommen wird. In der Praxis bedeutet dies: am nächsten Tage. Der Richter hat nun zu entscheiden, ob er einen Haftbefehl erläßt. Wenn es sich um ein Verbrechen handelt, bedarf der Haftbefehl keiner Begründung, bei Ausländern bedarf er überhaupt keiner Begründung. Die Art der Verhängung der Untersuchungshaft hat sich ganz gänzlich ausgebildet, dies gibt selbst die Regierung in ihrem Entwurf zur Strafprozeßreform zu, indem sie bemerkt, daß die tiefgreifende Maßregel der Untersuchungshaft oft verhängt werde, wo es nicht nötig ist. Sobald „Kollisionsverdacht“ vorliegt, wird ganz schablonenmäßig verfahren. In der Praxis genügt zur Verhängung schon der Umstand, daß die Beschuldigten der sozialdemokratischen Partei angehören und sie demzufolge solidarisch seien! Es liegt auf der Hand, daß bei solcher Handhabung ungemein hart verfahren wird.

Der verhaftete Angeklagte kann mit seinem Verteidiger sprechen; sieht er aber wegen Kollisionsverdachts, so muß bei der Unterredung ein Gerichtsbeamter danebenstehen. Eine Aussprache mit dem Verteidiger kann dem Angeklagten aber wenig nützen, denn der Verteidiger bekommt während der Voruntersuchung keinen vollständigen Einblick in die Akten, er kann nur Verhastete von Akten erhalten. Das Wichtigste aber, nämlich die Aussagen der Belastungszeugen, braucht ihm nicht gesagt zu werden. Wenn der Verteidiger hiervon unterrichtet ist, so verbannt er dies nur beiderseitig Entgegenkommen. Die Unterredung mit dem Verteidiger bedeutet für den Verhafteten also nur eine Art Trost im Unglück.

Bei der Verhängung des Haftbefehls muß dem Angeklagten gesagt werden, daß er sich beschweren könne. Aber die Beschwerde hat nur sehr selten praktische Bedeutung, denn in mindestens 95 von 100 Fällen wird der Haftbefehl bestätigt. Es liegt im Interesse des Angeklagten, die Beschwerde nicht einzureichen, da durch das Hin- und Herschicken der Akten etwa zehn Tage verstreichen, die vollständig verloren sind. Man muß daher empfehlen, keine Beschwerde zu machen, damit die Sache schneller vorwärts geht. Etwas andres ist es dagegen, wenn der Verhaftete Kaution stellen kann. Da ist in vielen Fällen eine Aushebung der Kaution zu erzielen. Dies ist also ein Vorrecht der Verhafteten.

Der Angeklagte hat das Recht, von der Staatsanwaltschaft zu verlangen, auch die entlastenden Momente zu ermitteln. Diese Bestimmung wird von den Staatsanwälten sehr häufig zitiert, namentlich vor den Geschworenen, um darzutun: wir sind eine objektive Behörde. Aber diese Bestimmung steht größtenteils nur auf dem Papier. Der Staatsanwalt darf auch zugunsten des Verurteilten Berufung einlegen, von welchem Rechte er aber kaum Gebrauch macht. Eine solche Objektivität ist psychisch auch unmöglich, denn der Staatsanwalt betrachtet durch jahrelange Gewohnheit die Sache nur von der Seite, wie sich die Anklage begründen läßt. Auch der Verteidiger könnte nicht so objektiv sein. Der Verteidiger gibt zu, daß die Natur subjektiv macht, aber der Staatsanwalt bestimmt das und behauptet nach wie vor: wir sind eine objektive Behörde. In Sachen darf der Staatsanwalt nicht auf Freisprechung plädieren wie in Preußen, er stellt in solchen Fällen die Verurteilung ins „Ermeßen des Gerichts“. Daß die Staatsanwaltschaft keine unabhängige Behörde ist, zeigt sich in ihrer Stellung zum Ministerium. Sie hat den Befehlungen der vorgesetzten Behörde zu folgen. Wenn beispielsweise ein Staatsanwalt eine Streikandrohung nicht als Erpressung ansieht, so muß er dennoch Anklage erheben, wenn seine Behörde es verlangt. Der Staatsanwalt kann aber ein Verfahren auch einstellen. Wenn ein richterliches Verhör stattgefunden hat, muß dem Angeklagten der Einstellungsbeschluss mitgeteilt werden. Die Einstellung des Verfahrens ist aber nicht einem Freispruch gleich zu achten, denn die Sache kann noch weiter verfolgt werden.

Nunmehr hat die Eröffnungs-kammer zu prüfen, ob alles in der Anklage in Ordnung ist; die Eröffnungs-kammer gibt die Sache dann an die zuständige Kammer ab. Die Anklage muß dem Angeklagten zur rechten Zeit mitgeteilt werden, damit er Anträge stellen kann. Wegen der Eröffnungsbeschlüsse aber gibt es keine Beschwerde. Wenn aber keine Voruntersuchung stattgefunden hat, so kann sich der Angeklagte allerdings beschweren. Man muß dem Angeklagten aber dringend abraten, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Bei der Jugendvernehmung in der Voruntersuchung darf nämlich weder der Angeklagte, noch der Verteidiger anwesend sein. Von der Jugendvernehmung wird ein Protokoll angefertigt. Es ist viel besser, die Jugendvernehmung geschieht im Lichte der Hauptverhandlung, weil dort Angeklagter und Verteidiger Fragen stellen können. Das Protokoll spielt in dem Verfahren die denkbar größte Rolle. Wir haben zwar eine mündliche Hauptverhandlung, und nach dem Geßey soll nur die Hauptverhandlung den Ausschlag geben. In der Praxis hat sich das aber leider ganz anders gestaltet, da wird auf das Protokoll das größte Gewicht gelegt. Wenn der Angeklagte sagt, dies oder jenes sei von Protokollant falsch aufgefaßt worden, so heißt es: Alter Freund, hier steht: vorgelesen, genehmigt, unterschrieben. Darum ist zu raten, daß kein Beschuldigter ein Protokoll unterschreibt, oder mindestens sich überzeugt hat, daß alles genau so drin steht, wie er es gemeint hat. Ein schlussfertig unterschriebenes Protokoll richtet einen nicht leicht anzubessernden Schaden an.

Die Wahl in der zweiten Klasse. Am Sonnabend hat die zweite Garnitur Leipziger Stadtverordnetenwähler ihr Wahlrecht ausgeübt und ihre Vertreter auf sechs Jahre gewählt. Obwohl vier Kandidatenlisten erschienen sind, war die Wahlbeteiligung doch schwächer, als bei der 1910er Wahl, sie ist von 70 auf 63 Prozent gesunken. Gewählt wurden die Kandidaten der Hausbesitzerpartei, deren Komitee sich Vereinigtes Bürgerwahlkomitee nannte. Die Hausbesitzerpartei getraut sich bekanntlich nicht, unter dem eignen Namen vor die Wähler zu treten, auffälligerweise nicht einmal vor die Wähler der zweiten Klasse, die doch meist aus ihren eignen Anhängern bestehen. Von 4480 abgegebenen Stimmen erhielt die Hausbesitzerliste 3826 bis 4027. Die bisherigen Stadtverordneten erhielten die niedrigste, die neuen Kandidaten die höchste Stimmenzahl, offenbar sind deren Namen durchgestrichen worden, weil sie für die Biersteuer gestimmt haben. Die niedrigste Stimmenzahl, 3826, erhielt der Bäckermeister Simon, der bei der Abstimmung über die Biersteuer überhaupt gestimmt hat.

Die nächsthöchste Stimmenzahl, 224, hat die sozialdemokratische Liste erhalten, die liberalen Protestler brachten es auf 223, während die Kandidaten der Gastwirtsliste es auf 166 Stimmen brachten. Auf diese Liste waren auch Namen aus der Hausbesitzerliste mit übernommen worden. Die Sozialdemokratie hat gegen die Wahl vom Jahre 1910 nur 5 Stimmen mehr; von der Wahl im Jahre 1908 bis 1910 stieg ihre Stimmenzahl von 80 auf 219.

Am schlechtesten haben wieder die liberalen Protestler abgeschnitten. Während sie es bei der Wahl 1910 wenigstens zu einem Achtungserfolg brachten, indem von 4776 abgegebenen Stimmen 1290 auf ihre Liste fielen, haben sie diesmal kaum den sechsten Teil dieser Stimmenzahl erhalten.

Die abgegebene Stimmenzahl von 4480 bei 7067 Wählern verteilt sich so nach:

Table with 2 columns: Party name and number of votes. Includes Hausbesitzerliste (4027), Sozialdemokratische Liste (224), Liberale Protestler (223), Liste der Gastwirte (166).

Die bürgerliche Presse teilte nur die Stimmengahlen mit, ohne sich über den Wahlausfall zu äußern. Daß die Wahlbeteiligung gerade auch bei der zweiten Klasse geringer ist, zeigt, daß die bürgerlichen Kreise der Kommunalwahl kein reges Interesse entgegenbringen. Weite Kreise sagen sich auch, daß gegen die Hausbesitzermacht unter dem gegenwärtigen Wahlrecht anzukämpfen, erfolglos sei. Mit Unrecht! So fest ist die Position der Hausagrarier nicht, daß sie nicht durch den entschiedenen Willen der Bevölkerungsmehrheit zu erschüttern wäre.

Eine Liebestragödie. Am Sonnabend mittag hat im Grundstück Humboldtstraße 20, der am 28. Dezember 1890 in Ortelburg in Ostpreußen geborene Schneidergeselle Wilhelm Radek auf seine Geliebte, das 19jährige Dienstmädchen Frida Starkloff, aus einem Revolver einen Schuß abgegeben. Die Kugel drang dem Mädchen in den Kopf. Der Täter flüchtete darauf in den Keller des Grundstücks und schoß sich dort durch das Ohr in den Kopf. Beide Verletzte wurden im Krankenhaus St. Jakob untergebracht, wo der schwerverletzte Schneider noch am Sonnabend in den Abendstunden verstarb. Die Verletzung des Mädchens ist nicht lebensgefährlich. Radek soll die Tat aus Eifersucht begangen haben. Zwischen den beiden bestand ein Liebesverhältnis, sie wollten sich in nächster Zeit heiraten. Radek wohnte im Hintergebäude des Grundstücks Humboldtstraße Nr. 20, während das Mädchen bei einer Herrschaft im Vorderhause im Dienste stand. Radek glaubte in letzter Zeit Grund zur Eifersucht zu haben, er soll das Mädchen mehrfach mit andern Herren getroffen haben. Darüber scheint sich der sonst ruhige und solide Mann sehr aufgeregt zu haben; er soll mehrfach geäußert haben, er wolle dem Mädchen eins auswichsen. Am Sonnabend hatte Radek seiner Wirtin die Adresse seiner Mutter gegeben mit der Bemerkung, sie solle diese aufheben, vielleicht könne sie diese noch einmal gebrauchen. In dem gleichen Tage gegen mittag ging Radek aufgeregt vor der Haustür auf und ab, offenbar in der Absicht, das Mädchen zu treffen. Als dann die Starkloff kam, ging Radek auf das Mädchen zu und gab, ohne ein Wort zu sagen, den Schuß ab. Das Mädchen ging auf Anraten der Wirtin zum nächsten Arzt, der ihr einen Rotverband anlegte und sie dann nach dem Krankenhaus bringen ließ. Ein Schuhmann war dem gestrichelten Radek in den Keller gefolgt, wo er dem jungen Mann, der bleich und verstört aussah, gut zuredete, er solle nicht noch mehr Dummheiten machen. Bevor es der Schuhmann verhindern konnte, hatte sich Radek den Schuß beigebracht, schwer verletzt brach er zusammen. Er wurde mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Radek hatte einen Holzfuß, er ist als siebenjähriger Junge in eine Dreschmaschine gekommen und hat dabei den Fuß eingebüßt. Die Starkloff soll ein hübsches Mädchen sein, die in letzter Zeit lieber von Radek frei sein wollte. Wahrscheinlich wird ihre Verletzung bald geheilt sein.

Eine Beratungsstelle für künstlerischen Schaufenster-Schmuck! Der Verkehrsverein hatte in einer der letzten Sitzungen beschlossen, eine Beratungsstelle für künstlerischen Schaufenster-Schmuck für Leipzig zu schaffen. Diese Beratungsstelle soll den Zweck haben, dem, der sein Schaufenster zweckentsprechend, künstlerisch ausstatten will, Künstler und Künstlerinnen namhaft zu machen, die bereit sind, ihm mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es sind hier namentlich die mittleren und kleineren Geschäfte ins Auge gefaßt, die nicht in der Lage sind, sich eine geeignete künstlerische Persönlichkeit für den Schaufenster-Schmuck zu halten. Der Verein hofft, durch die Errichtung dieser Beratungsstelle das Gesamtbild der Geschäftstraßen unserer Stadt günstig zu beeinflussen, und ihnen dadurch ein künstlerisches Aussehen von besonderem Reiz zu schaffen.

Die verbotenen Sirenen. Vom Polizeiamt wird bekanntgegeben: Nachdem in letzter Zeit wiederholt Verbrechen darüber hier eingegangen sind, daß Kraftwagenführer innerhalb der Straßen hiesiger Stadt die erforderlichen Warnungssignale durch einen zwar tiefstönenden, aber langgezogenen, heulenden und die Passanten erschreckenden Dupentton abgeben, dessen Anwendung höchstens nachts auf der Landstraße beim Ueberholen von Geschirren angebracht erscheint, so weisen wir darauf hin, daß die Anwendung dieser Dupen gemäß § 380<sup>1</sup> StGB. mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden wird. Die gleiche Strafe wird hierdurch auch Radfahrern angedroht, die Warnungssignale durch sog. „Sirenen“ abgeben. Die Schussmannschaft ist zur Aufsichtsführung in dieser Richtung besonders angewiesen worden.

Eine dreifache Schwindlerin ist auswärts aufgetreten. Sie kam abends in ein Puggeschäft und suchte für ihre Köchin, wie sie sagte, einen Trauerhut aus. Dieser sollte nach der Wohnung gebracht werden. Die Angestellte des Geschäfts sollte aber auch einen größeren Betrag einzelnen Geldes mitbringen, da die Köchin mit einem Fälschungsarschein bezahlen werde. Die Gaunerin hat verstanden, der Botin unterwegs das Geld abzulocken und damit zu verschwinden. Jedenfalls reist sie umher. Beschrieben wird sie: 40 bis 50 Jahre alt, übermittelgroß, mit duntelblondem Haar.

Abgestürzt. Auf dem Plage der künftigen Verkaufsausstellung ist am Sonnabend der 23 Jahre alte Zimmermann Wilhelm Schulz infolge eines Fehltrittes aus über 4 Meter Höhe abgestürzt, wobei er eine starke Kopfverletzung erlitten hat. Der Verunglückte hat in das Krankenhaus übergeführt werden müssen.

Unstille Menschen. In der Kaiser-Friedrich-Straße lief ein unerkannt entkommener Mensch einem Kleinen Mädchen in ein Haus nach und verging sich dort an dem Kinde. In der Teicher Straße hat ein Unbekannter einen 4jährigen Knaben mit in den Keller gelockt und dort eine unästhetische Handlung an dem Knaben vorgenommen, wobei er aber von andern hinzutretenden Kindern gestört worden ist. Der Täter wird beschrieben: mittelgroß, schlank, blond, mit gutgepflegtem, starken Schnurrbart und von gesundem Aussehen.

In der Nähe von Turgensteins Garten hat abends ein schamloser Mensch ein junges Mädchen belästigt. Nach ehe ein Schuhmann herbeigeholt werden konnte, ist der Täter entkommen. Beschrieben wird er: etwa 28 bis 30 Jahre alt, mittelgroß, schlank, mit dunklem Haar und bartlosem Gesicht.

Vor einigen Wochen hatte ein 50jähriger Handlungsgehilfe im Südviertel junge Mädchen unästhetisch belästigt. Jetzt wurde der dreifache Mensch ermittelt und verhaftet.

Für 5000 Mk. Rauchwaren, und zwar 60 Markterfelle, 1 Markterkrant und 1 Markermuff, sind in der Nacht zum Sonntag bei einem Einbruch aus dem Magazin zum Fleiß in Braunschweig gestohlen worden. Möglicherweise haben sich die Diebe mit der Beute nach Leipzig gewendet.

Zwei Zehnpfenniger, ein 17jähriger Zimmermann aus Reudersdorf und ein gleichaltriger Arbeiter aus Liebertsee bei Torgau, ver-

zum letzten Abend aus einem Gasthause der inneren Stadt, wo sie sich ohne Geld eine größere Besche geleistet hatten, heimlich zu drücken. Der Wirt durchschaute aber die Absicht der beiden und ließ sie verhaften.

Eine diebische Aufwärterin aus Taucha stahl einer Familie im Nordviertel 100 Mk. Bei einer Durchsuchung ihrer Wohnung fand die Kriminalpolizei noch 90 Mk. vor. Die Diebin wurde verhaftet.

Verhafteter Einbrecher. Als eine Bewohnerin des Peterssteinwegs aus einem Zimmer den Vorfall ihrer Wohnung betrat, bemerkte sie zu ihrem Schrecken einen fremden Menschen, der mit einem Nachschlüssel eingedrungen war, aber sofort floh. Der Spitzhube rannte durch die Beethoven- und Hartfortstraße, wo ihn zwei junge Leute festhielten. Da er klagte, er habe den Fuß gebrochen, wurde er zunächst ins Krankenhaus, von da aber, da er sich den Fuß nur verstaucht hatte, in das Polizeigefängnis gebracht. Der Verhaftete gibt sich für einen 23jährigen Handlungsgehilfen Hans Friedrich Robert Schlieper aus Berlin aus. Auf seiner Flucht hat er zahlreiche Werkzeuge zum Einbrechen von sich geworfen.

## Aus der Umgebung.

### Beschlüsse des Bezirksausschusses.

Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Leipzig genehmigte in seiner letzten öffentlichen Sitzung die Besuche von Wäber in Zwenkau, um Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks und zur Veranstaltung von Singpielen im Grundstücke Stadt Leipzig, von Müller in E. Lindenau, um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks im Gasthaus Kautzsch, von Melzer in D. a. u. s. i. g., um Erlaubnis zum Wein und Bier, von Neufsch in Schönefeld, um Erlaubnis zum Ausschank alkoholfreier Getränke im Grundstück Siedelstraße 9, von Keilig in E. Thra um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks im Grundstück Zur guten Quelle, von Winkler in B. h. l. i. g., Ehrenberg um Ausdehnung der Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschl. des Branntweinschanks auf eine neu zu erbauende Kolonnade im Grundstück Schloss Wettin, von Müller in E. Lindenau, um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks im Grundstück Bahnhofstraße 53 in Lindenau, von Taubert in P. l. i. t. z., um Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks und Abhalten öffentlicher Tanzveranstaltungen im Gasthof zum Partenthal in P. l. i. t. z., von der Firma Hugo Schneider, A. o. in Paunsdorf, um Erlaubnis zum Ausschank Bier und alkoholfreier Getränke und von Gebhardt in R. l. a. u., um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks im Grundstück Nr. 28 der Driestie für R. l. a. u.

Ein Besuch von Heineke in Leutzsch um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks, Abhalten öffentlicher Tanzmusik an den regulationmäßigen Sonn- und Festtagen bis abends 11 Uhr und zur Ausdehnung des Schankbetriebs auf die über dem großen Tanzsaal gelegenen Gastzimmer im Grundstück zur Burgare in Leutzsch wurde nur, soweit die Schankerelaubnis in Frage kommt, genehmigt; die Tanzerelaubnis wurde abgelehnt. In derselben Weise wurde auch ein Besuch von Fritsch in Schönefeld um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks und Abhalten von Musik und Gesangsvorträgen im Grundstück zur Lindenallee in Schönefeld entschieden. Auch hier wurde nur der Ausschank genehmigt.

In Aussicht gestellt wurde die Genehmigung eines Besuchs der Leipziger Modelbahn G. m. b. H., um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks in einem auf einer Parzelle am Hienigswald in Burghausen zu errichtenden Gasthause.

Abgelehnt wurden die Besuche von Thiemann in Schönefeld um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks im Grundstück Ecke Leipziger- und Mittelstraße in Schönefeld, von Knauer in Z. n. i. g. um Erlaubnis zum Ausschank Branntwein, von Heineke in Leipzig um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks in Leutzsch, von Weyer in Leipzig um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks im Grundstück Drei Egel in Wiedertisch und von Hahn in Engelsdorf um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks im Genossenschaftskasino der Baugenossenschaft für Eisenbahnbedienstete in Engelsdorf.

Brandis. Das Dreiklassenwahlrecht zur Stadtverordnetenwahl angenommen. Die Deputierte stimmte in der gestrigen Sitzung einstimmig für die Vorlage; dagegen stimmten nur die Abgeordneten Dietel und Wegner. Mit diesem Streich hat Dr. Dse mit seinen getreuen Gefolgsleuten den Verrat an seinem „Programm“ und an seinen Wählern die Krone aufgesetzt. Der neue Bürgermeister Dr. Kohle arbeitet ganz nach Wunsch der Deaneer. Nach berühmten Mustern wollte man wie es schien unsere Gefolgsleute an die frische Luft befördern lassen, als der allerdings sehr „merklich“ Moment der Abstimmung kam. Der Stadtverordnete Bogtänder hatte den Auftrag, sich gestört zu fühlen. Er sagte immerzu, die Zuhörer wären zu laut, während draußen die Volksgelichter tapteten. Der Bürgermeister hätte ja vielleicht auch gern eingegriffen, aber die Zuhörer nahmen das „Unerhörte“ („das ist ja unerhörte“), ist ein Lieblingsausdruck des Stadtrats Dr. Dse, mit Ruhe entgegen und die Störung, die man offenbar wollte, blieb aus. Als vor zwei Jahren die Gegner der Deaneer einen Antrag erhielten, schaffte man durch Änderung des Ortsstatuts die Ersatzleute ab. Die Gefahr war beseitigt, aber bei der vorigen Wahl wurden nur Gegner der Deaneer gewählt und bei der nächsten Wahl würde die Mehrheit Dses in die Brüche gegangen sein. Mit Hilfe des Schreckensrufes: „Die Sozialdemokraten kommen“, ändert man nun das Wahlrecht, um die Herrschaft noch einige Jahre zu retten. Die Deaneer waren verpflichtet, laut Wahlausruf des sogenannten Bürgervereins mit allen Mitteln für Erhaltung des bestehenden Wahlrechts zu kämpfen. Der Bürgerverein verbürgte sich dafür, daß die Stadtverordneten Fische, Bogtänder und Binna für das allgemeine gleiche Wahlrecht seien. Man kann es also einigermaßen verstehen, wenn sie, Herr Bogtänder durch die Deffektivität „gehört“ fühlte.

Bürger. Seid auf der Hut. Schände seid ihr verraten worden. Eure Entredung ist beschlossene Sache. Erhebt Euch wie ein Mann dagegen. Jetzt, das auch ihr kämpfen könnt. Tretet alle dem Wahlrechtsschutzverein bei.

Engelsdorf. Gemeinderatswahl. Die Ergänzungswahlen zum Gemeinderat finden am Freitag, den 13. Dezember, von 5 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends im Pöschchen Gasthof statt. Es scheiden mit Ende dieses Jahres aus: Klasse I (Anfänger): Ausschussperson Baumelster Günther, Ersatzleute Gudebesiger D. Kautzsch und Lentier B. Scheffler; Klasse II (Anfänger): Ausschussperson Richter B. Döhne und Gutsbesitzer Fr. Döhne, Ersatzmann Hausbesitzer E. Scheide; Klasse IV (höchstbesteuerter Anführer): Ausschussperson Eisenbahnwerkmeister Jahn, Ersatzmann Assistent Müller. — Die Wählerlisten liegen von heute bis zum 9. Dezember in der üblichen Expeditionszeit auf dem Gemeindegasthof zur Einsichtnahme aus.

Kaunhof. Der Stadtgemeinderat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung u. a. mit einer Eingabe des Herrn Franz Michel wegen Benutzung der Wohnung im Dachgeschoss seines Grundstücks Lange Straße 23B. Es soll Herrn Michel anheimgegeben werden, ein anderweitiges Gesuch um Ausnahmewilligung

einzureichen, das der Stadtgemeinderat beizuwirken will. — Herr Rechtsanwalt Dr. Franz in Grimma hat unterm 8. d. M. für Herrn H. A. A. in Grimma eine zweite Lösungsurkunde für die auf dem Grundstück Grimmaer Straße 177 eingetragene Straßendauerhaftigkeit gebeten. Es soll, um Herrn H. A. entgegenzukommen, ein Rechtsgutachten eingeholt werden und dann unter Umständen die Ausstellung der Urkunde erfolgen. — Dem Besuch des Kirchenvorstandes um Eintragung des Friedhofs an der Klingauer Straße in das Eigentum des Kirchenlehns soll entsprochen werden. — Man nahm Kenntnis von der Eingabe des Vereins Sächsischer Gemeindefürsorge wegen Verteilung der Pensionsberechtigung an sämtliche Angestellte und Beamten der Stadtgemeinde mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Angestelltenversicherung. Es wurde beschlossen, das Weitere abzuwarten. — Von dem Schreiben des Herrn Dr. Heyd vom 8. d. M. nahm man Kenntnis. Die von Herrn Dr. Heyd gewünschte Zahlung von 4500 Mk. für das Beschleunigungsprojekt soll erfolgen, sobald die zur Genehmigung nötigen Pläne für die Aufsichtsbehörde hier eingegangen sind. — Die unterm 7. d. M. eingegangene Nachrechnung des Tiefbauunternehmers Fuhrmann in Höhe von 2500 Mk. für Mehrarbeiten bei der Ausführung der Parthenberichtigung wurde abgelehnt. Es wurde aber der am 28. September d. J. gefasste Beschluß, Herrn Fuhrmann für Mehrarbeiten eine Entschädigung von 1800 Mk. zu bewilligen, wenn er auf alle weiteren Ansprüche wegen dieser Parthenberichtigungsarbeiten an die Stadtgemeinde verzichtet, aufrecht erhalten, mit dem Zusatz, daß sich der Stadtgemeinderat an dieses Zugeständnis nur noch acht Tage von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab an Herrn Fuhrmann bindet. — Von der Firma Weyer u. Neufsch sind in der Parthenberichtigung die Teilungsunterlagen über die Landabtretungen in Kaunhofer Flur eingegangen. Diese Unterlagen sollen, sobald die noch fehlenden für die Flur Erdmannshain eingegangen sind, mit diesen an das Gericht eingereicht werden. — Der vom Bauausschuß vorgeschlagene Ausbesserung des Rathausdaches, die etwa 150 bis 160 Mk. Kosten verursachen wird, wurde zugestimmt. — In geheimer Sitzung wurde den Expedienten Götzsch und Ritter vom 1. Januar 1913 ab eine Gehaltszulage von je 100 Mk. bewilligt, außerdem wurde auf zwei Steuerreklamationen, ein Erlaß und Gestundungsgesuch, in zwei Wegwechselladungsangelegenheiten und acht Armenangelegenheiten Entschädigung gefasst.

Köhl. Unglücksfall. Am Freitag früh in der 8. Stunde fanden die Eheleute Börsch ihren Zimmerjungen, den Buchhalter Kleinau, schwerverletzt und blutig in seinem Zimmer vor. Der schnell herbeigekommene Arzt stellte eine Schußwunde in der rechten Schläfe fest. Nach den späteren Aussagen des Verletzten soll die Schußwunde durch die Selbstentladung seines Revolvers entstanden sein.

Pöbelwitz. Unfall. Ein 45 Jahre alter Monteur aus Dessau, der mit dem Legen eines Rabels beschäftigt war, wurde auf hiesiger Flur von einer Lokomotive erfasst und zu Boden geworfen. Er erlitt dabei außer einer schweren Kopfverletzung Quetschungen an den Händen und Füßen. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus übergeführt.

## Adressen

### der Austräger der Leipziger Volkszeitung.

- Leipzig: Filiale Volkshaus, Zeitzer Straße 22.
- „ Gustav Lehmann, Wettiner Straße 26, IV.
- „ Frau Helene Kampf, Böhrstraße 14, vt.
- „ Frau W. Richter, Kösniger Straße 6, B.-G. III.
- „ Hermann Teufelstein, Sebastian-Wach-Straße 39, G. I.
- „ Frau Mahmussen, Eberhardstraße 8, IV.
- „ Frau S. Schlesier, N., Josephinenstraße 14, Hof I.
- „ Frau Bötscher, Sternwartenstraße 18, Sg. III.
- „ Frau Wittens, Friedrichstraße 20, pt. I.
- „ Frau Arndt, Friedrichstraße 21, I.
- „ Frau Barth, Berliner Straße 44, I.
- „ Frau Sorge, Reureudnitz, Dfstraße 35, IV.
- „ Frau Kern, Sebastian-Wach-Straße 39-41.
- „ Frau Franke, Alnberger Straße 50, Sg. IV.
- „ Frau Meyer, Duerstraße 7.
- „ Frau S. Winkler, Friedrichstraße 15, I.
- „ Frau H. Reindl, Friedrichstraße 21, vt.
- „ Maria Huber, Friedrichstraße 27, L. r.
- „ Frau Bertha Kund, Gerichtsweg 6, III. I.
- „ Frau Martha Wilde, Friedrichstraße 27, II.

- Böhlen: Wilh. Jindler.
- Böhlitz: Filiale Ost, Elisabethstraße 19.
- Thonberg: G. Trolsch, Reigenhainer Straße 32.
- Comnewitz: A. Prior, Bornaische Straße 13.
- Kleinzißhöher: A. Peter, Diebstaustraße 5.
- Pindenan: Filiale Völkner Str. 41. Telefon Nr. 3854.
- Pöhlitz: Georg Padel, Colobredostraße 1.
- Plagwitz: Schibel Filiale Weihenfelder Straße 19.
- Altranstädt: Otto Hoppe.
- Althen: Hermann Griep.
- Leutzsch: Paul Singer.
- Borsdorf-Zwenfurth: Frau Anna Hunger, Zwenfurth Nr. 20.
- Böhlitz-Ehrenberg: Eduard Breckau.
- Börsch: Karl Frische, Bahnhofstraße 77b.
- Brandis und Kämmerel: Frau Auguste Mühlberg, Schloßstr. 208.
- Burghausen: Böbiger.
- Gröbern: Frau Wwe. Kulte.
- Crosterwitz: Frau Wwe. Kulte.
- Groß-Pöhlitz: Alb. Horst.
- Dewitz: Frau König.
- Dölitz: Frau Schröbter, Probstheider Straße.
- Dösen: Frau L. Volster, Johannastraße 2, vt.
- Dreisau: Albin Rämmler, 22.
- Eutritzsch: Richard Herzog, Magdalenenstraße 6.
- Groß-Pöhlitz: Max Koblinsky.
- Eilenburg: Wilhelm Lutzsch, Steinstraße 1.
- Engelsdorf: Frau L. Betac.
- Euthra: Frau verw. Weichardt.
- Fuchsheim: Theodor Vohl.
- Gaschwitz und Großschädelin: Robert Döbel.
- Gautsch: Albin Weidner, Ritterstraße 208.
- Gerlachshain: Gustav Anand.
- Gohlis: Hermann Müller, Emdenthaler Straße 12.
- Göhrenz-Alberndorf: Fischer.
- Grasdorf und Gradedorf: Damann.
- Großhennersdorf: (siehe Probstheiden).
- Groß-Pöhlitz: Gruner.
- Großschöcher: Wilhelm Nagel, Friedrich-Schmidt-Straße 3.
- Gülbengossa: Frau Marz.
- Hänichen: Frau Friederike Bräutigam, Nr. 43b.
- Hohenlöhe bei Rigen: Wols. Rigen.
- Hölschhausen: Frau Sterzik, Körnerstraße 10, I.
- Imnitz: Richard Welland, Nr. 18.
- Knauthain-Partmannsdorf: Bernh. Weber, Knauthain.
- Knautschberg: Ernst Piebing.
- Nüdra: Ad. Wollmer.
- Römlitz: Otto Schmidt.
- Rudwiz: Götze.
- Groß-Rehna: Göde.
- Tausen: W. Schwarzburger, Rausen Nr. 28 D, II.
- Leutzsch: Friedrich Stone, Hauptstraße 53.
- Leibertswitz: Otto Zwicker, Seifertshainerweg.
- Lindenthal: Karl Albrecht.

- Althen: Th. Albrecht.
- Hänichen: (siehe Hänichen).
- Markleeberg: Karl Kern, Bornaische Straße.
- Markranstädt: Paul Weising, Marienstraße 10.
- Alt-Möckau: W. Demrich, Eilenburger Straße 11, II.
- Groß-Pöhlitz: Eugen Haase, Nr. 14.
- Mittel-Möckau: Frau E. Partung, Wilhelmstraße 24.
- Neu-Möckau: Otto Henze, Kreuzstraße 10.
- Nobelwitz und Papi: S. Walter in Nobelwitz.
- Nöckern: Frau Blauschmidt, Eckardtstraße 22, vt.
- Rölkau und Zwenauendorf: Paul Röder, Städtischer Straße I.
- Raunhof: Hermann Rengig.
- Delitzsch: Otto Piebing, Delitzsch Nr. 29 d.
- Delitzsch: Julius Schmidt, Hauptstraße 43, II. I.
- Vanitzsch: Krause.
- Paunsdorf: Herr Hener, Dresdner Straße 181, III.
- Schönefeld: Filiale Ede Leipziger und Schmidt-Mühl-Straße.
- Vortitz und Pausig: Frau Anna Rieger.
- Probstheiden: Otto Reiller, Nr. 18.
- Probstheiden: Frau Anna Lange, Hauptstraße 17, I.
- Radwiz: Paul Hilger.
- Rötha: Friedrich Hermann Müller, Marienstraße 130.
- Rückmarsdorf: Oswald Seidel, Nr. 27c.
- Schleifbar: Gustav Triller.
- Schönefeld: Max Wille, Augustenstraße 3.
- Schladebach: Friedrich Leida.
- Schöna: Herr Wiedemann.
- Seebitzsch: Herr Jacob.
- Sommerfeld: Frau L. Betac.
- Stahmeln: Frau Martha Pfaff, Nr. 10.
- Stötteritz: W. Pöhlitz, Ferdinand-Jost-Straße 27.
- Störnthäl: Bruno Langhoff.
- Stütz: Frau Weiland, Leipziger Straße 8, III.
- Tausberg: Frau Emma Sauer.
- Tausa: Frau Emilie Röhler, Kirchstraße 31.
- Thelma-Pöhlitz: Frau Neubauer, Hauptstraße 30.
- Treben: Bernhard Schner.
- Throna (Bezirk Leipzig): Arthur Zeidig.
- Trachena: Emil Wiedenhold.
- Wachau: Max Wolf, Nr. 27.
- Wahren: Herr Adolf Herpin, Zeitenstraße 3.
- Weihenfeld: Alfred Döbner, Fischegasse.
- Wiedertisch: Max Becker, Albert-Dietel-Straße.
- Witzsch bei Euthra: Richard Stöde.
- Zeichen: Gustav Altmann, Nr. 16.
- Zöbiger: Auguste verw. Reinhardt, Nr. 6.
- Zschortau: Paul Zschäpe.
- Zschöllau: Karl Dreher.
- Zudelshausen: Frau Köhler, Städtischer Straße 6, II.

## Filialen der Leipziger Volkszeitung.

- Leipzig: Filiale Volkshaus, Zeitzer Straße.
- „ Frau Ida Wehlhorn, Albertstraße 12.
- „ Herr S. Boriels, Marktallenstraße 12, pt.
- „ Herr Otto Jacob, Wäckerstraße 47, Ede Berliner Straße.
- L. Bolkmarzdorf: Filiale Ost: Elisabethstraße 19.
- L. Anger: Herr G. Schirmer, Zwenauendorfer Straße 26, vt.
- „ Herr D. Risch, Eichenstraße 12.
- L. Reudnitz: Restaurant Schöber, Comeniusstraße 2.
- „ Herr Gustav Riede, Zigarrengeschäft, Bergstraße 7.
- „ Herr Franz Albrecht, Täuscheweg, Ede Breitkopfsstraße, Zigarrengeschäft.
- Stütz: Herr Wilhelm Bruchardt, Schulstraße 5.
- L. Thonberg: Herr Ernst Trolsch, Reigenhainer Straße 32.
- L. Stötteritz: Max Pöhlitz, Ferdinand-Jost-Straße 27.
- L. Kleinzißhöher: Herr M. Georgi, Diebstaustraße 31, pt.
- „ Herr Karl Peter, Diebstaustraße 5.
- Leutzsch: Herr F. Stone, Hauptstraße 53.
- L. Pindenan: Völkner Straße 41, Ede Kaiser-Wilhelm-Straße. Telefonanschluß Nr. 3854.
- L. Plagwitz: Weihenfelder Straße 19.
- Böhlitz-Ehrenberg: Herr Ed. Breckau, Ede Wettiner und Mühlensstraße.
- L. Comnewitz: Herr R. Prior, Bornaische Straße 13.
- L. Eutritzsch: Herr H. Herzog, Magdalenenstraße 6.
- L. Gohlis: Herr Hermann Müller, Emdenthaler Straße 12.
- Schönefeld: Filiale Ede Leipziger und Schmidt-Mühl-Straße.

## Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Qualitäts: Cigarette  
Joseffi  
JUNO  
GOLD 2 Pfg.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz feurig süßen **Santa Lucia** Stärkungs-Fl. 1.50 Nachahmung bitte zurückzuweisen. Künftig in Apotheken, Drogerien und Delikatess-Geschäften. =

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf im Leipziger Buchhandel.

Die Scharfmacher im Buchhandel führen ihren bössartigen Kampf gegen die Arbeiter unter lebhafter Mithilfe der Polizei weiter, obwohl sie entgegen allen Versicherungen es glänzend verstanden haben, sich und vor allen Dingen ihre kleineren Konkurrenten böss in die Nesseln zu setzen. So viel sie mit großen Zahlen über angeblich vorhandene Arbeitswillige herumwerfen, so windig steht es mit der Qualität dieser ehrenwerten Gestalten aus, so wenig sind diese in der Lage, die eingearbeiteten und jetzt ausgesperrten Markthelfer zu ersetzen. Das bestärken wiederum die Inzerate nach „nichtorganisierten Markthelfern“, die das Streikbrecherleitbureau am Peterssteinweg in seiner gestrigen Nummer in nicht geringer Anzahl bringt. Das bestärken auch die Einschläge an den Plakatsäulen, in denen der Buchhändler-Hilfsverband nach wie vor Rauschreier sucht, die sich in dem Streikbrecherbureau in der Hospitalstraße, sonst Buchhändlerhaus gehalten, melden sollen. In einem der Inzerate werden ausdrücklich Markthelfer gesucht, die schon im Buchhandel tätig waren und im Paden gelibt sind. Das zusammengelieferte Kaschemmenpublikum, das jetzt in den Leipziger Buchhandlungsfirmen den Markthelfer zu mimen sucht, ist also nicht zu verwenden, kann trotz allen entgegenstehenden Behauptungen die Arbeiten der Markthelfer nicht verrichten. So müssen denn zu ihrem Schmerze selbst die Schlichter des Kampfes an ihre Kunden Rundschreiben verschicken, Barpakete und Bar fakturen nur an Personen auszugeben, die sich durch eine Legitimationskarte der Firma als empfangsberechtigt ausweisen können. Bei Nichtbeachtung dieser Bitte müßte nochmalige Bezahlung der Pakete beansprucht werden. Welche Gründe die jetzt mit Kaschemmenpublikum „arbeitenden“ Firmen zu solchen Mitteilungen veranlassen, mag die Tatsache lehren, daß einer der Herren Arbeitswilligen, die die Firma F. E. Fischer barg, nicht weniger denn neunzehn Blätter mitgegeben ließ, die er zu bezahlen vergessen hatte. Wie er versichert haben soll, habe er die Rechnung begleichen wollen, wenn er die unter der Weste mitgenommenen Blätter in seinem so nebenbei eingerichteten Privatbuchhandel umgesetzt hätte. Daß solchen Gestalten nicht gut Barpakete und Bar fakturen anzuvertrauen sind, kann man demnach verstehen. Aber auch die Wirtsleute solcher nützlicher Elemente haben alle Ursache, sich ihre Wohnungsinassen genau zu betrachten. Der „Privatbuchhändler“ bei der Firma F. E. Fischer, dessen „Sammlung“ von 10 Bänden man in seinem Bette fand, blieb seiner Wittin, einer armen Witwe, die die Miete schuldig. Wenn nun die Firma F. E. Fischer den Versuch machte, die Taten ihres Lieblings nicht an die Öffentlichkeit kommen zu lassen, so beweist das nur, daß auch sie kein reines Gewissen hat, daß sie sich schließlich sagen muß, bei einem Tagelohn von 4 M. kann am Ende niemand ohne Stehlen auskommen.

Ein Zeichen für die Situation im Leipziger Buchhandel ist übrigens auch eine Anzeige in der Königsberger Allgemeinen Zeitung vom 15. November, in dem mitgeteilt wird, daß „infolge eines in Leipzig ausgebrochenen Markthelferstreikes die dieswöchentlichen Zeitschriften verspätet hier (in Königsberg) eintreffen und daher erst zirka zwei Tage später als gewöhnlich zur Bestellung kommen können.“ Unterzeichnet ist das Inzerat: Der Ortsverein der Königsberger Buchhandlungen. So müssen denn die Treiber im Leipziger Buchhandelskonflikt, die die kleineren Buchhändler scharf an der Landare haben, zu anderen Mitteln greifen, wenn auch zu keinen einwandfreien. Sie sehen sich ihre eingerichteten Leute zurück, wollen aber an diese nicht direkt herantreten, und verfallen so, wie wir schon mitteilten, auf die wenig faire Methode, die Führer der Bewegung bei den Ausständigen und Ausgesperrten anzuschwärzen, um so Differenzen in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Dieses durchsichtige Mandover mißlang; die Versammlung im Schloßkeller machte den Herren und ihren Tintenknäus am Peterssteinweg einen dicken Strich durch die Rechnung. So greifen sie zu einem anderen Mittelchen, nicht besser und nicht sauberer als das erste. In der Ecke des Vimanpapiers, in der alle außerredaktionellen Querulanten ihre literarischen Prüdelnprodukte ablagern dürfen, hat man

auch den Treibern im Buchhandel oder einem ihrer willenlosen Werkzeuge ein Plätzchen eingeräumt, wo der Wadere also heulmeiert:

Zum Streit im Buchhandel. Streit — wach ein Schreckenswort für so viele Familien! Sorge und Not steht hinter der Tür, und ein jeder, der beteiligt ist, fragt sich: Muß es sein? Nein —, früher gab es zufriedene Menschen! — Verbesserung soll der Streit bringen? — Vielleicht für diejenigen, welche brotlos sind und sich glückselig schämen, etwas zu verdienen. Aber unter denen, welche gezwungen (?) werden, die Arbeit niederzulegen, gibt es genug, denen es zur Qual wird, und welche die Folgen auf Lebenszeit zu tragen haben. Ganze Familien werden dadurch unglücklich. Jeder Streit hat Opfer gefordert, das kann niemand widerlegen. Man denke nur an den großen Streit der Buchdrucker und Metallarbeiter. Ein freier Wille ist das höchste Glück, das sollte jeder Mann bedenken. Das Wort „muß“ ist eine harte Nuß. Wohl denen, welche wieder in die alten Verhältnisse einziehen können, aber zu beklagen sind diejenigen, die sich nunsonst dem Zwange unterwerfen und nun einer ungewissen, trostlosen Zukunft entgegengehen! Mußte es sein? —

Dieser Appell an die Tränenrüsseln könnte als denn doch zu dumme einfach unbeachtet mit dem übrigen Zeug aus dieser Ecke der Bergehenheit anheimfallen, wenn er nicht den perfiden Zweck hätte, das Familienleben der Ausständigen und Ausgesperrten zu vergiften, die Frau gegen den Mann aufzuheben. Das ist die Absicht der Dirne am Peterssteinweg, die sonst so pastoral über „deutsches Familienleben“ zu fasten pflegt. Die Frauen der Ausgesperrten sollen den Zutreiber für die Scharfmacher abgeben, sollen ihre Männer in die Betriebe drängen, sie zum Verrat an ihren Klassenoffen bewegen. Ein künftiges Unterfangen zwar, aber was schert sich die kapitalistische Moral um solche Kleinigkeiten? Der Zweck heiligt eben die Mittel.

Auch die Leipziger Polizei legt ihre koalitionsrechtsfeindliche Tätigkeit unbekümmert um alle Befehle der verantwortlichen Ausständigen und Ausgesperrten fort. Nach wie vor verbietet sie den Streikposten das Betreten der Fußwege vor den Grundstücken der bestreikten und aussperrenden Firmen. Die Streikposten werden einfach auf die jenseits des Fahrdamms liegenden Fußwege verwiesen, das Recht des Streikpostenlehens somit vollständig illusorisch gemacht. Sollte dieser Kampf wirklich verloren gehen, dann trägt die Leipziger Polizei mit ihren ungeschicklichen und ungerichteten Maßnahmen ein volgerichtetes Maß von Schuld daran. Den Dank der Unternehmer hat sie schon im voraus weg, denn in einem Zirkular erklären diese, daß die Polizei in dankenswerter Weise für den Schutz der Arbeitswilligen gesorgt hätte.

Wenn dann noch die bürgerliche Presse sich in dem traurigen Geschäft übt, der Öffentlichkeit vorzulügen, der Transportarbeiterverband sei nicht in der Lage, die Ausständigen und Ausgesperrten zu unterstützen, so sei demgegenüber nur festgestellt, daß das Vermögen des Verbandes mehrere Millionen beträgt, er also in der Lage ist, die im Kampfe stehenden Leipziger Buchhandlungsmarkthelfer monatelang über Wasser zu halten. Aber alle diese Mandover haben ja nur den Zweck, einmal die kleineren Buchhändler über die Situation zu täuschen, dann aber vor allen Dingen die Reihen der kämpfenden wankend zu machen. Daß dies nicht gelingen wird, beweist deutlich die Schloßkeller-Versammlung. Ist aber die Sehnsucht der Unternehmer nach ihren alten und eingerichteten Reuten so groß, so mügen sie sich sagen lassen, daß es nur bei ihnen liegt, eine Einigung herbeizuführen. Die Ausständigen und Ausgesperrten sind wie bisher stets zu Verhandlungen bereit; und wenn eine Einigung nicht zustande kommt, so liegt es nur an eistlichen Scharfmachern, die an dem gegenwärtigen Kampfe ein ganz besonderes, vor allen Dingen auch geschäftliches Interesse haben. Denn: die Großen halten es dabei am längsten aus, die Kleinen springen über die Klinge! —

Leipzig und Umgebung. Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer. An dem Neubau des Unternehmers Schubert in Quasnik, Staatsstraße, haben die Kollegen keinen Lohn erhalten. Der Bau ist deshalb gesperrt. Deutscher Bauarbeiterverband, Filiale Leipzig. Verband der Zimmerer, Filiale Leipzig.

Deutsches Reich.

„Christliches“. Unter den Führern der christlichen Gewerkschaften gibt es nicht wenige, die es verstehen, Dinge in ihr Gegenteil zu verkehren, die entgegen allen christlichen Grundsätzen ihrem Mitmenschen, sobald er nicht „christlich“ ist, alles nachsagen zu können glauben, fürzum, die das Verleumdungshandwerk für keine Schande halten. Dafür wieder einige Beispiele.

Vor dem Schöffengericht in Köln standen der Verleger S. Theisinger vom „Christlichen Werk“ und der christliche Gewerkschaftssekretär Verlage als Drucker und Verfasser eines Flugblatts, worin dem Angestellten Marx Sander vom Deutschen Metallarbeiterverband vorgeworfen war, er habe sich den Unternehmern zum Vermitteln von Streikbrucharbeit gegen Provision angeboten. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte zu je 50 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es: Der Vorgang sei nicht richtig dargestellt, denn es habe sich nicht um Vermittlung von Streikbrucharbeit gehandelt, sondern nur um Lieferung von Guß an solche Fabriken, die die Metallarbeiter nicht ausgesperrt hatten; die Lieferung des Gußeisens habe nur im Interesse der Arbeiter gelegen.

Ferner: Der Geschäftsführer der Zweigstelle Lüdenscheid des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Genosse Ferdinand Schmidt, war gelegentlich einer Bauarbeiter-Aussperrung von den Christlichen schwer verleumdet worden. Der Christliche Wagner hatte behauptet, Gen. Schmidt habe deshalb eine Einigung herbeizuführen wollen, weil er bestochen sei. Ein anderer Christlicher Namens Meid hat behauptet, daß Gen. Schmidt hinter dem Rücken des Christlichen Bauarbeiterverbandes, mit dem zusammen der Kampf geführt wurde, einen Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen habe, und ihn als Lumpen bezeichnet. Gen. Schmidt strengte Privatklage an, über die das Schöffengericht in Hagen i. W. verhandelte. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß die Behauptungen der beiden Christlichen un wahr waren und daß Gen. Schmidt völlig korrekt gehandelt hat. Das Urteil lautete gegen Wagner auf 8 M. und gegen Meid auf 10 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten. Ob die schwarze Presse, die seinerzeit die Verleumdungen weiter verbreitete, jetzt soviel Anstand aufbringen und das bedauern wird?

Millionengewinn für Bergwerken!

Sie thronen an goldenen Tischen, die Bergwerksunternehmer. Sichtbar ruht auf all ihren Werken in den letzten Jahren der „Segen des Himmels“. So wurde auf der Generalversammlung des Phoenix, A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb, von der Generaldirektion mitgeteilt, daß als Geburtsdagsgabe — am 10. November waren 80 Jahre seit der Gründung der Gesellschaft verfloßen — eine Dividende von 18 Prozent für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgeschüttet werden könnte. Eine gleich hohe Dividende hat der Phoenix seit seinem Bestehen nur dreimal zahlen können, und zwar 1868/69, 1889/90 und 1872/73. Das Aktienkapital betrug 1911 106 000 000 M. Die zur Verteilung kommende Dividende beläuft sich demnach auf die Summe von 19 080 000 M. Da im Jahre 1911 von Phoenix 24 176 Arbeiter und Beamte beschäftigt wurden, so beziehen die Aktionäre einen Gewinn von über 555 M. pro Kopf der Beschäftigten. Die Rentabilität kommt jedoch in diesen Zahlen noch nicht voll zum Ausdruck. Die Generaldirektion teilte auf der Generalversammlung noch mit, daß in den letzten fünf Jahren für Neubauten nicht weniger als 64 Millionen Mark ausgegeben worden sind. In der gleichen Zeit haben sich aber die Anlagewerte nach der Bilanz nur um 141 000 M. erhöht. Das besagt, daß sämtliche Neubauten aus Gewinnen gedeckt wurden. Das nächste Jahr scheint nach dem von der Direktion gegebenen Bericht aber noch viel längender zu werden. Der Ueberfluß in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres betrug 12 308 000 M. gegen 8 238 000 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das ist fast eine Steigerung von 50 Prozent. Hinzu kommt noch die neuerdings eingetretene Erhöhung der Kohlenpreise, obwohl auf der Generalversammlung von der Direktion erklärt wurde, daß bei den guten Verkehlrichtungen die Gesellschaft nicht mehr dieselben Preise nötig habe, um gute Ueberflüsse zu erzielen.

Die Bergwerken schwimmen also im Golde, die Bergarbeiter aber leiden Not. Als im Frühjahr die Bergarbeiter durch den Streik einen höheren Anteil an Produktionsbeitrag erzielen wollten, wurden von den zentrumskristlichen Arbeiterführern alle Mittel angewandt, um den Erfolg des Streiks abzuwenden. Wenn sie damit dienten, zeigen die Unternehmensgewinne.

Neue Differenzen in der Halberstädter Wärfelmaschinenfabrik von Christian Förster (Jnh. A. Walbeger).

Im Oktober stellten die Arbeiter dieser Firma die Arbeit ein, um die niedrigen Löhne auszubessern. Es gelang, die Firma zu einigen Zugeständnissen zu zwingen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Die Firma sucht nun nach beendeten Kampfe dafür Rache an ihren Arbeitern zu nehmen, indem sie die organisierten Arbeiter ohne Gründe entläßt. Herr Walbeger als Inhaber will mit den organisierten Arbeitern in seinen Betrieben gänzlich aufräu-

Feuilleton.

Biljecronas Heimat.

Roman von Selma Lagerlöf.

44) [Nachdruck verboten.] Während dieser ganzen Rede hatte Maja Lisa immerfort überlegt, wie sie den Vater überzeugen könnte, daß sie das Briefchen nicht geschrieben habe. Ach, wenn ihr bei einer andern Gelegenheit diese Geschichte mit so großer Beredsamkeit vorgetragen worden wäre, wie gekührt wäre sie da gewesen! Jetzt aber drehten sich alle ihre Gedanken nur um die Ungerechtigkeit, die ihr widerfuhr, und zwar nicht nur von ihrem Vater. Sie dachte dabei nicht an die arme Frau, sondern an den Mann, der sie hierher begleitet hatte, um sie anzuklagen. Er glaubte also die Beschuldigung auch, glaubte, daß sie geschrieben habe, um sich einen Mann zu erbetteln, der einer andern gehörte! Da wendete sie sich plötzlich von dem Vater ab und sah Biljecrona an. Seine Augen waren nicht auf sie gerichtet; trotzdem judte er zusammen, als habe er ihren Blick gespürt. Er sah tief bekümmert aus; aber jetzt flog mit einemmal das gültige Lächeln über sein Gesicht. Er warf ihr einen beruhigenden Blick zu, gerade wie einem Kinde, das eine Torheit begangen hat, und schien sie bitten zu wollen, gefaßt zu sein, es sei keine große Gefahr vorhanden. Darauf sah er gleich wieder weg. Ungebürlich wendete sich Maja Lisa von ihm ab; und während ihr Vater noch weiter sprach, richteten sich ihre Augen auf die Großmutter. Großmutterns Blick begegnete den ihrigen mit tiefem Ernst und hatte beinahe denselben Ausdruck wie Biljecronas.

Offenbar dachte Großmutter ganz wie er: Hab keine Angst, sondern fasse dich! Und auch Großmutter sah gleich darauf nach einer andern Seite, nach derselben wie Biljecrona. Da schaute auch Maja Lisa dorthin, und da sah sie, wenn die beiden andern betrachteten — die Stiefmutter. Diese schien merkwürdig erregt zu sein. Sie war totschwarz, und ihre Augen schauten ganz irr und wirr, ungefähr wie an jenem Morgen, wo Maja Lisa ihr zum erstenmal begegnet war. Man sah deutlich, Mutter war von einem großen Schreden erfüllt. Einen Augenblick überlegte Maja Lisa, ob am Ende die Stiefmutter das Briefchen geschrieben habe; aber sie verwarf den Gedanken wieder, da die Mutter ja in der Schreibkunst nicht bewandert war. Ueberdies war es kein Wunder, wenn Mutter Angst hatte, denn der Vater war jetzt unnatürlich aufgeregter. Sie hatte alle Ursache, unruhig zu sein, wie das enden werde. Was für ein Glück, daß Maja Lisa Mutter angesehen hatte! Dadurch war ihr wieder eingefallen, daß sie sich hüten mußte, ihren Vater zu erzürnen. Sie hörte ihm also ganz still bis zum Schluß zu, und als er ausrief, daß er sie nicht mehr seine Tochter nennen wolle, sagte sie ganz demütig: „So tue der Herr Vater mit mir, wie er will. Wenn ich nicht mehr unter seinem Dach leben darf, muß ich wohl ...“ Hier wurde sie von Pfarrer Biljecronas Frau unterbrochen, die jetzt rasch auf sie ztrat. Jetzt müße es aber genug sein, rief sie, indem sie angittvoll nach Maja Lisas Hand griff. Es habe weder in ihrer, noch in des Verwalters Absicht gelegen, daß von diesem Briefe weiter die Rede sein solle. Sie hätten ihn dem Pfarrer nur vorgelegt, um ihn zu überzeugen, daß seine Tochter Biljecrona gern habe. Sie selbst habe sich gestern nach Hentilsberg begeben, weil sie ganz außer sich gewesen sei. Denn sie wolle nicht, daß Pastor Biljecrona ihrerwegen zugrunde gehe. Sie habe auch den Verwalter nur fragen wollen, ob es denn keine Möglichkeit gebe, ihren Mann von

ihm zu befreien? Sie wolle ihm die Scheidung anbieten, wolle ihn nie mehr unter die Augen treten, wenn sie nur die Gewißheit erhalte, daß er dann die bekäme, die er liebt. Und nur um darüber zu sprechen, seien sie und der Verwalter hierhergekommen. Sie hätten Maja Lisa nichts Böses antun wollen, nein, sie wollten nur, sie solle ihnen helfen, den zu retten, der im Begriffe stehe, sich zu verbrennen. Die Pfarrerstochter sah diese einfache Frau an. Und mit einem Male wurde ihr klar, was für ein prächtiger junger Mann Pfarrer Biljecrona gewesen war, und sie begriff, wie entschuldigend unglücklich sich seine Frau fühlen mußte. Da gewannen bei Maja Lisa die gewohnte Freundlichkeit und Teilnahme wieder die Oberhand, und sie erwiderte mit bebender Stimme: „Ach, ich kann es ja nicht! Gewiß würde ich ihm helfen, wenn ich es vermöchte; aber heiraten kann ich ihn niemals, denn er ist nicht der, den ich liebe.“ Sie fühlte, wie ihr bei diesem Geständnis eine heiße Rote Hals und Gesicht überflutete. Fast hätte sie geradezu den Namen dessen genannt, den sie lieb hatte. Doch der Vater machte wieder eine ungebuldige Bewegung, als wolle er all dieses beiseite schieben. „Du hast noch nicht ...“ Aber jetzt wurde der Pfarrer unterbrochen, und zwar von Großmutter Benta, die von ihrem Lehnstuhl aus das Wort ergriff. „Ueber Sohn!“ sagte sie. „Mein lieber Sohn verfährt heute abend recht hart mit Maja Lisa. Er weiß doch, daß eine Siebzehnjährige gewiß nie gegeben wird, jemanden lieb zu haben, am allerwenigsten im Beisein von so vielen Leuten. Hätte mein lieber Sohn allein mit Maja Lisa gesprochen, so würde sie sich wohl kaum gewiegt haben zu sagen, wie alles zusammenhängt!“ (Fortsetzung folgt.)

men. Da er sie aber nicht alle auf einmal hinauswerfen kann, so glaubt er, sie durch seine Untergebenen hinauswerfen zu können. Die jugendlichen Hilfsarbeiter, die auch mitgestreift hatten, sind einem Streikbrecher unterstellt, der sein Erziehungs- und Schulwesen durch Schläge und Schimpfmörter übt, so daß schon einige dieser jugendlichen den Betrieb freiwillig verlassen haben. Alle Vorstellungen bei der Firma, die Jugendlichen der Obhut eines solchen rabiaten Mannes zu entziehen, waren vergebens. Die Firma geht immer rücksichtslos gegen die organisierten Arbeiter vor. Vor einigen Tagen wurden wieder zwei Gefellen entlassen, nur weil sie organisiert sind. Auf die Frage eines Entlassenen, warum sie entlassen werden, erhielten sie einfach die Antwort: „Ein Grund liegt nicht vor, bei Waldener gibt es keine Gründe mehr!“

Trotz aller Reserve der Organisation ist sie aber nun zum Kampf gegen die Firma abermals gezwungen worden, und zwar durch das rücksichtslose Vorgehen des Herrn Waldener. Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands wird auf diesen Kampf besonders aufmerksam gemacht, die Halberstädter Wirtshaus von Chr. Förster werden in ganz Deutschland in den Kolonialwaren- und Delikatessengeschäften, in Warenhäusern, Restaurants, Fabrikantinnen und auf Märkten und Volkstagen umgesehen. Die Organisation der Fleischergefellten kann nur durch weitgehende Unterstützung der Arbeiterschaft den Sieg davontragen.

#### Ein katholischer Arbeitersekretär als Streikbrechervermittler.

In der Stuhlfabrik zu Striegau stehen 81 Arbeiter und 15 Arbeiterinnen im Streit, weil die Firma trotz der allerbesten Löhne, die in dem Betriebe üblich sind, jegliches Entgegenkommen verweigert. Wie nun jetzt mitgeteilt wird, hat ein katholischer Arbeitersekretär, ein Vertreter der Berliner Richtung, die Anwerbung von Streikbrechern für die bedrängte Firma übernommen. Diese Tätigkeit entspräche allerdings vollständig den „christlichen“ Grundsätzen.

Aufhebung des Boykotts über die Firma A. Stukenbrock in Einbeck. Zwischen der Firma August Stukenbrock in Einbeck und dem Transportarbeiterverband ist es zu Verhandlungen und zur Einigung gekommen. Die Firma erklärte sich bereit, bei Differenzen mit der Organisationsleitung zu verhandeln, und versprach, auch ihren Arbeitern wegen Zugehörigkeit zur Organisation keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Damit sind die Voraussetzungen, die zur Verhängung des Boykotts geführt, nicht mehr vorhanden, und wird deshalb der Boykott über folgende Firmen: August Stukenbrock, Einbeck, Hans Hartmann, A. G., Eisenach, Ernteharmonie, Hermann & Laaßen, G. m. b. H., Prenzlau, hiermit aufgehoben.

Der Streik bei der Fleischwarenfabrik Ziem in Bremen ist nach einer Dauer von einigen Stunden beendet worden. Die Fleischergewerkschaft der Firma waren alleamt ausständig geworden, Streikbrecher gab es nicht, und so mußte der Unternehmer nachgeben. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der wesentliche Vorteile, Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, für die Gefellen bringt.

## Der Balkankrieg.

### Krieg, Hungernot und Pestilenz!

Aus Konstantinopel wird der Bosphorischen Zeitung geschrieben: Der Ausgang der muslimanischen Bevölkerung Thrakiens dauert fort. Diese endlosen Flüge mit ihrer kümmerlichen Habe geflüchteter, rezignierter der Hauptstadt aufziehender Leute greifen noch mehr und mehr als die Transporte der Verwundeten und Kranken. Das sind Bilder, die uns um Jahrhunderte in der Geschichte zurückwerfen. Daß der Krieg in unsern Tagen die Existenz von Jahntausenden so ganz vernichten und ein so entsetzliches Verhängnis werden könne, hat wohl niemand geahnt.

In Vozaretten werden viele Fälle von Starrkrampf verzeichnet. Die Verwundeten haben vielfach tagelang ohne Verband draußen gelegen und müssen nun die Mängel des Ambulanzdienstes mit dem Leben bezahlen. Daß für die zahlreichen Cholerafranken unter Soldaten und Flüchtlingen nicht viel getan wird, versteht sich nach den Erfahrungen bei früheren Epidemien von selbst. In San Stefano sind die Cholerafranken dufendweise auf der Straße umgekommen, ohne daß ihnen auch nur die geringste Hilfe zuteil geworden wäre. Spannungspoll sieht man der bulgarischen Antwort auf das Waffenstillstandsangebot entgegen. Man weiß, daß einem Waffenstillstand bald Frieden folgen muß, weil die an der Front immer fürchterlicher wütende Cholera einen großen Kampf unmöglich macht.

Konstantinopel, 17. November. Die Cholera wird zu einer Gefahr, die schrecklicher ist als der Krieg. Die Behörden haben nicht die Macht, der Situation entgegenzutreten. 3000 Kranke wurden mit der Bahn nach San Stefano gebracht, wo sie 24 Stunden ohne Nahrung und ohne Wasser in den Wagons gelassen wurden. Die vier vorhandenen Ärzte erklärten, sie seien nicht in der Lage, 3000

Kranke zu pflegen, und taten gar nichts. Der Zug hätte zurückgebracht werden sollen, aber auf den Protest der Eisenbahnbeamten und nach dem Einschreiten des österreichisch-ungarischen Botschafters sind die Kranken jetzt in den Quarantäne-Stationen untergebracht worden. Schreckliches wird über die Leiden der Kranken in den Hospitälern erzählt, namentlich über die Gefühllosigkeit und Unfähigkeit der türkischen Ärzte und Pfleger.

Gestern ist ein Transport von 500 Verwundeten hier eingetroffen. Zahlreiche Familien von muslimanischen Landbewohnern sind gestern aus den Städten zwischen Tschirkeköj und Konstantinopel hier angekommen. Gegen 500 Wagen und eine große Zahl von Haustieren wurden von den Flüchtlingen über die Straße von Schiffköj bei Pera nach Besiktasch geführt, um von dort nach Kleinasien gebracht zu werden.

Bukarest, 17. November. Nach Meldungen, die brieflich aus Konstantinopel hier eingelaufen sind, erscheint, wie einige ausländische Offiziere berichten, die am Donnerstag und Freitag die Verteilungslinie bei Tschatalbtscha besuchten, dort die Lage aussichtslos. Die Schützengraben sind nur teilweise ausgehoben; Berge von Schanzzeug, sowie große Mengen von Stacheldraht liegen besonders auf dem am meisten gefährdeten nördlichen Flügel unbenutzt umher. Die Mannschaften sind infolge der Cholera meist nicht mehr imstande zu arbeiten. In den Schützengraben hatten vereinzelte Soldaten Wache, während zahllose Kranke auf den Feldern dahinter sich stöhnend in Krämpfen winden und sterben. Auf den Wegen, die strahlenförmig von einzelnen Korps zur Zentrale, zum Bahnhof Hademköj, führen, wankten unzählige cholerafranke Soldaten umher in der Hoffnung, mit Hilfe der Bahn aus dem verfluchten Gebiet entfliehen zu können.

Auf dem Bahnhof Hademköj befindet sich in einem Solomagen das Oberkommando unter Nasim Pascha und im Stationsgebäude das Kommando des ersten Korps unter Ali Risa Pascha. Dieser war an Cholera hoffnungslos erkrankt und sollte sterbend nach Konstantinopel gebracht werden.

Auf dem Gelände um den Bahnhof herum lagen Tausende von erkrankten Soldaten und Hunderte von Toten. Die Bekämpfung der Seuche erscheint unmöglich. Bei Derkos, wo die Wasserleitung für Konstantinopel beginnt, steht ein Hochkommando, von dem Donnerstag nacht zwölf Mann starben und fünfzehn Mann schwer erkrankten. Da selbst dort Patrien fehlen, so besteht die Gefahr, daß die Konstantinopeler Wasserleitung versenkt wird. Drei Ärzte, die sich in Derkos befinden, können nichts weiter tun, als für die Befestigung der Leichen sorgen.

Die Offiziere, die weit vor die türkischen Linien ritten, konnten außer einigen vorgeschobenen bulgarischen Batterien keine Bulgaren feststellen. Tagsüber wurde mehrfach von den Batterien gefeuert. Auch türkische Kriegsschiffe, die vor Derkos liegen, griffen mit Geschützfeuer ein. Nach der Anschauung der Offiziere ist es unmöglich, bei Tschatalbtscha noch zu kämpfen, allerdings ebenso auch für die Bulgaren, diese Stellung zu besetzen, ohne die gesamte bulgarische Armee durch Cholera zu gefährden.

Konstantinopel, 17. November. Amtlich werden 28 Cholerafälle gemeldet, darunter einer mit tödlichem Ausgang. Einige Botschafter sind bei der Porte eingeschritten mit dem Ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um eine weitere Ausbreitung der Cholera zu verhindern.

#### Vor Adrianopel.

Mustapha Pascha, 17. November. Die Lage in Adrianopel wird von Stunde zu Stunde verwickelter. Große Ueberschwemmungen in den umliegenden Wäldern und Sümpfen machen die Lage unerkennlich. Die Lebensmittel sind fast ganz erschöpft. An die Einwohner werden kleine Brote verteilt, mit denen sie drei Tage auskommen müssen.

Die Friedensbedingungen der Balkanverwundeten. Sofia, 16. November. Die bulgarische Regierung hat der türkischen Regierung mitgeteilt, daß die Bedingungen, unter denen ein Waffenstillstand angenommen werden würde, dieselben sind, unter denen Bulgarien bereit wäre, Frieden zu schließen. Der hohen Pforte steht es frei, die Bedingungen anzunehmen oder abzulehnen, unter allen Umständen aber wird der Waffenstillstand nur dann zustandekommen, wenn sämtliche Bedingungen von der Türkei akzeptiert werden. Die Türkei muß das ganze von den Balkanverwundeten besetzte Gebiet an dieselben abtreten, die Pforte behält nur Konstantinopel und ein Territorium, das östlich von Bosphorus, nördlich vom Schwarzen Meer, von einer vom Schwarzen Meer in gerader Richtung nach dem Zusammenfluß des Ergeno mit der Mariza sich erstreckende Linie und der Meerküste bis zur Mündung der Mariza begrenzt wird. Ferner muß sich die hohe Pforte verpflichten, auf diesem Gebiet keine Befestigungen aufzuführen zu lassen und alle noch in Europa befindlichen Truppen innerhalb eines Monats nach Kleinasien abzuschicken. Die Ordnung in Kon-

stantinopel soll durch einheimische Gendarmen aufrechterhalten werden. Bulgarien, Griechenland, Serbien und Montenegro übernehmen dagegen einen Teil der türkischen Staatslasten.

Solange der Waffenstillstand nicht abgeschlossen ist, wird Bulgarien seine kriegerische Tätigkeit in vollem Umfang aufrechterhalten. Die Belagerungsarmee vor Konstantinopel beträgt etwa 170 000 Mann, worunter sich 65 000 Serben befinden.

Betreffs des österreichisch-serbischen Konflikts bleibt die bulgarische Diplomatie ihren Prinzipien treu, Serbien zur Erlangung eines Hafens an der Adria zu unterstützen.

#### Gärungen in der asiatischen Türkei.

Konstantinopel, 17. November. Der armenische Patriarch erhob gestern abend im Ministerium des Innern Vorstellungen über die bebrochene Lage in Adana und Charput mit dem Hinweis darauf, daß ihm bekannt sei, daß sich dort blutige Unruhen vorbereiten. Der Patriarch bat, dafür Sorge zu tragen, daß strenge Maßnahmen zur Verhinderung eines Blutbades getroffen werden.

Konstantinopel, 16. November. In Van herrscht infolge der Ermordung von vier Armeniern durch Kurden große Aufregung. Auch aus Adana wird eine gewisse Gärung gemeldet. In Konstantinopel wurden bereits an Armeniern Missetaten verübt.

#### Die Aufrüstung der türkischen Armee.

London, 17. November. Wie der Korrespondent der Morning Post aus Salonik meldet, sind bis jetzt im ganzen 60 türkische Offiziere wegen Meuterei und Fahnenstich verhaftet worden. Zwanzig von ihnen wurden, noch auf den Schlachtfeldern handrechtlich erschossen, sieben in Konstantinopel.

## Für unsere Frauen.

### Der freie Sonnabendnachmittag.

Das Gesetz befiehlt die allgemeine Sonntagsruhe. An dem heiligen Sonntag sollen die Schöte nicht rauchen, da soll alle Arbeit ruhen. Gewiß, die Schöte rauchen nicht, aber dafür arbeiten tausende Frauen an diesem heiligen Sonntag mehr, als sie in der ganzen Woche schaffen müssen. Täglich stehen sie in der Fabrik und täglich muß daheim die Wirtschaft nur in Hast und Eile versehen werden, denn die Erwerbsarbeit geht vor. Dieser eine Sonntag soll nun all das wieder gut machen, was unter dem Zwang der Verhältnisse halb oder schlecht getan wurde. Da heißt es vom frühen Morgen bis zum späten Abend fleißig sein, und der schönste Tag darf nicht ins Freie und zur Muße laden. Hier und da hört man dann von dem freien, dem heiligen Sonntag sprechen und findet, wie wenig die Frau von dieser Sonntagsruhe hat. In England sind schließlich die Fabriken am Sonnabend mittags, und die Frauen können ihr Hauswesen an diesem Tag versehen. Auch in Deutschland ist die Frage des freien Sonnabend-Nachmittags nicht mehr für alle Arbeiterinnen ein frommer Wunsch. In der Textilindustrie allein haben wir heute schon 36 325 Arbeiterinnen, die vor 1 Uhr mittags die Arbeit verlassen können. Nach einer Rundfrage, die der Deutsche Textilarbeiterverband bei all seinen Filialen veranstaltet hat, wurde über den Arbeitsschluß an Sonnabend-Nachmittagen berichtet:

Nach der Betriebsabteilung von 1907 gibt es in der Textilindustrie 161 218 Betriebe mit 1 088 280 beschäftigten Personen, von denen 52 Prozent Arbeiterinnen sind. Die Umfrage hat nur einen kleinen Teil der Betriebe umfaßt und etwa die Hälfte der beschäftigten Personen. Die Arbeitszeiten verteilen sich auf den Sonnabend folgendermaßen:

| 11 Betriebe mit | 3371 Personen schließen um 12 Uhr |
|-----------------|-----------------------------------|
| 2               | 2100                              |
| 212             | 29500                             |
| 24              | 1324                              |
| 57              | 21804                             |
| 51              | 10212                             |
| 86              | 18913                             |
| 275             | 44687                             |
| 1440            | 81584                             |
| 404             | 78465                             |
| 424             | 53325                             |
| 2626            | 93220                             |
| 723             | 58507                             |
| 90              | 8112                              |
| 17              | 815                               |

Wenn man jetzt bei Betriebschluß bis zu 2 Uhr von einem freien Sonnabendnachmittag redet, so versteht dieser schon für 303 Betriebe mit 58 000 Personen in 48 Orten. Nur in 408 Betrieben, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind, die ja nach den neuen Bestimmungen in der Gewerbeordnung an den Sonnabenden nicht länger als bis 5 Uhr schaffen dürfen, wird noch bis um 5 Uhr gearbeitet. In 2533 Betrieben mit 250 205 Personen erfolgt der Arbeitsschluß früher als 5 Uhr.

Wir sehen, daß die Einführung des Sonnabend-Nachmittags möglich und daß sie notwendig ist. Es wäre nur zu wünschen, daß dieser Frage bei den gewerkschaftlichen Kämpfen mehr Beachtung von Seiten der Arbeiterinnen ge-

# Riesenposten schwarzer Paletots

weit unter Preis!

Eine besondere Kaufgelegenheit für Busstag und Totentest!

# 18<sup>75</sup>

Wir unterlassen es, frühere Verkaufspreise anzugeben, da für jedermann aus den überaus billigen unten angeführten Verkaufspreisen klar ersichtlich, dass zum Teil bei diesen Paletots nur der

Herstellungswert bezahlt wird Stück 22<sup>75</sup> und

Besonders geeignet für starke Damen.

Einige Stücke ausgestellt im Fenster am Rosspatz.

# Steigerwald & Kaiser

Kein Umtausch.

Keine Auswahlendungen.

Aenderungen werden berechnet.



